

Das Parlament

Berlin, Montag 08. April 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 15 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Maas zu spät bei der UNO

Heiko Maas Nach neun Jahren ist Deutschland wieder nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – aber zur ersten informellen Sitzung in New York als amtierender Präsident kam Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) wegen Reifenschadens seines Fliegers zu spät. Das tat seiner Stimmung aber keinen Abbruch. Später diskutierte Maas im Sicherheitsrat über den seit 1970 geltenden Atomwaffenverbot und er drückte wie andere seine Sorge aus, dass es mit der nuklearen Abrüstung nicht mehr vorangehe. Nach dem Aufenthalt in New York reiste Maas weiter nach Washington zu den Feiern zu 70 Jahren Nato-Gründung und einem Treffen der Nato-Außenminister aus diesem Anlass. Am Wochenende war Maas dann im französischen Dinard beim G7-Außenministertreffen anwesend. kru

ZAHL DER WOCHE

15

Mitgliedsstaaten gehören dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Das mächtigste UN-Gremium kann verbindliche Beschlüsse bis hin zu Militärfaktionen fassen. Die USA, China, Russland, Großbritannien und Frankreich sind als Veto-mächte ständige Mitglieder. Zehn Staaten sind nichtständige Mitglieder für je zwei Jahre.

ZITAT DER WOCHE

»Der Sicherheitsrat ist in jetziger Form nicht mehr zeitgemäß.«

Bijan Djir-Sarai, FDP-Bundestagsabgeordneter, in einem Appell an Außenminister Heiko Maas (SPD), den deutschen Vorsitz im UN-Sicherheitsrat für grundlegende Veränderungen zu nutzen

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Arzneimittelkontrollen Bund soll mehr Befugnisse bekommen Seite 5

EUROPA UND DIE WELT
Brexit Premierministerin May will nun die Opposition einbinden Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Illegale Beschäftigung Regierung will Missstände mit Gesetz bekämpfen Seite 10

KEHRSEITE
Ausstellung Comics von Simon Schwartz über 45 Parlamentarier Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Risse im Bündnis

NATO Der Streit über Verteidigungsausgaben überschattet das Jubiläum der Allianz

In den Worten ihres ersten Generalsekretärs Lord Ismay ist die Nato einst gegründet worden, „um die Amerikaner drinnen, die Sowjets draußen und die Deutschen kleinzuhalten“. 70 Jahre nach Gründung des transatlantischen Bündnisses ist nicht mehr ganz so sicher, ob es noch gelingt, „the Americans in“ zu halten – so formulierte es der Grünen-Abgeordnete Jürgen Trittin in der Bundestagsdebatte zur Zukunft der Nato in der vergangenen Woche. Einen anderen hartnäckigen Zweifel suchte Ursula von der Leyen (CDU) zu zerstreuen. Die Verteidigungsministerin bekräftigte die Zusage, die Ausgaben der Bundesregierung fürs Militär bis zum Jahr 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und danach zwei Prozent anzustreben. Auf dieses Ziel hatten sich die Nato-Partner 2014 angesichts neuer Unsicherheiten wie der russischen Krim-Annektion und dem hybriden Krieg in der Ukraine verständigt. Und nicht erst US-Präsident Donald Trump sondern auch sein Vorgänger Barack Obama haben deutlich gemacht, dass sie die Nato-Partner und insbesondere Deutschland beim Wort nehmen wollen.

Finanzplanung Die Bundesregierung hat bisher nur 1,5 Prozent zugesagt und kann auch nicht darlegen, wie sie dieses Ziel erreichen will. Die mittelfristige Planung sieht nach Angaben aus dem Verteidigungsministerium nur 1,26 Prozent für das Jahr 2023 vor. Demnach müssten die Verteidigungsausgaben von 2023 auf 2024 um einen zweistelligen Milliardenbetrag erhöht werden, wenn das Ziel erreicht werden soll. Beim Nato-Jubiläumsgipfel in Washington haben die Außenminister der 29 Nato-Staaten vergangene Woche noch einmal ihr Versprechen erneuert, das Zwei-Prozent-Ziel einzuhalten. Bis wann es erreicht wird, und welche Fähigkeiten und Leistungen darin eingerechnet werden, darüber gehen die Ansichten in den Hauptstädten der Bündnismitglieder allerdings weit auseinander.

Von der Leyen (CDU) bezeichnete das Bündnis in der Debatte als „Garant für Sicherheit und Freiheit in Europa“. Die Nato beruhe auf dem Prinzip der Glaubwürdigkeit des Bündnisversprechens und dem Prinzip fairer Lastenteilung. „Ich finde, beim Beistandsversprechen sind wir gut“, sagte von der Leyen: Deutschland sei der zweitgrößte Truppensteller in der Nato und in Afghanistan und zweitgrößter Nettozahler. Klar sei aber auch, dass die deutschen Anstrengungen auch für die Lastenteilung gelten müssten. „Deutschland muss mehr investieren in die Modernisierung der Bundeswehr.“



Die Verteidigungsausgaben sollen steigen – um wie viel und bis wann, darüber besteht Uneinigkeit unter den 29 Nato-Mitgliedern.

© picture-alliance/dpa

Rüdiger Lucassen (AfD) sprach von einer „gestörten Selbstwahrnehmung“ der Regierungskoalition. Die Bundesregierung breche alle Zusagen, die sie gegenüber der Nato eingegangen sei. „Die Regierung Merkel hat unsere Streitkräfte so weit heruntergewirtschaftet, dass sie als Ganzes nicht mehr einsatzbereit sind.“ Nötig sei eine starke Bundeswehr in einer Nato, die nicht mehr zulasten der Verteidigungsfähigkeit als „weltweites Interventionsbündnis“ zweckentfremdet werde.

Niels Annen (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, bezeichnete es als eine Binsenweisheit, dass es Sicherheit nicht zum Nulltarif gebe. „Aber Sicherheit ist mehr, als zusätzliche Milliardenbeträge in Rüstung zu stecken.“ Die Reduzierung auf eine abstrakte Prozentzahl werde der Komplexität der Aufgabe, Frieden zu sichern, nicht gerecht; zur Sicherheit gehörten auch humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Konfliktprävention. Bijan Djir-Sarai (FDP) kritisierte, dass die Bundesregierung weder Bündnisolidarität

noch Verlässlichkeit demonstrieren würde. „Verlässlichkeit bedeutet vor allem, dass sich Partner an Abmachungen halten, und das ist genau das Gegenteil von dem, was die Bundesregierung hier gerade macht.“ Sie setze die Sicherheit des Landes aufs Spiel und verschließe die Augen davor, „dass wir eben nicht mehr von Freunden umzingelt sind“.

Heike Hänsel (Die Linke) nannte die Nato-Bilanz nach dem Kalten Krieg „verheerend“. Das Bündnis nehme sich heraus, in völkerrechtswidrigen Kriegen militärisch einzugreifen. Angesichts der Aufkündigung des INF-Vertrages über das Verbot nuklearer Mittelstreckensysteme drohe Europa wieder ein „potentielles atomares Schlachtfeld“ zu werden.

Nötig sei deshalb nicht neue Aufrüstung, sondern eine neue Entspannungspolitik. Jürgen Trittin (Grüne) kritisierte die Gewichtungen in den künftigen Bundeshaushalten: „Man schafft keine Sicherheit, indem man bloß aufrüstet und gleichzeitig die Mittel für Diplomatie und Entwicklung

zusammenstreicht.“ Die Bundesregierung müsse sich zudem ehrlich machen und eingestehen, dass der starre Bezug zum BIP keinen Sinn ergebe. „Deutschland wird die zwei Prozent nicht erfüllen. Es gibt dafür keine militärische Notwendigkeit“, sagte Trittin.

Lastenteilung Eine Mehrheit von 324 Abgeordneten stimmte im Hammelsprungverfahren für einen Antrag der Koalitionsfraktionen (19/8940), 245 votierten mit Nein, es gab keine Enthaltung. CDU/CSU und SPD forderten die Bundesregierung auf, sich zu den Zusagen in der Nato zu bekennen, dem „Zielkorridor der Vereinbarungen“ zu folgen und „damit auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur fairen Lastenteilung im Bündnis“ zu leisten. Keine Mehrheiten fanden die Vorlagen der Opposition: Die FDP-Fraktion hatte sich in ihrem Antrag (19/8954) unter anderem dafür stark gemacht, den Zusagen im Nato-Rahmen nachzukommen, die Linksfraktion (19/8964) hatte ein Ende der nuklearen Teilhabe und ein Abzug der US-Soldaten aus Deutschland gefordert. Die Grünen plädierten in ihrer Vorlage (19/8979) für eine „Refokussierung auf die Bündnisverteidigung“.

Alexander Heinrich

EDITORIAL

Trauriges Image

VON JÖRG BIALLAS

Ein Satz, der in der vergangenen Woche vielfach zu hören und zu lesen war, ist alles andere als eine Phrase: 70 Jahre hat die Nato Frieden und Sicherheit in Europa garantiert.

Fürwahr, das westliche Verteidigungsbündnis kann an seinem Jubiläum eine stolze Bilanz ziehen. Der Nordatlantikpakt ist eine Erfolgsgeschichte, die freilich angesichts aktueller Krisen nicht in dem Glanz erscheint, den sie verdient hätte.

Ausgerechnet der stärkste und mächtigste Partner, die Vereinigten Staaten von Amerika, stellen den Vertrag in Frage. In seinem „America-first“-Wahn kritisiert US-Präsident Donald Trump fast schon zwanghaft internationale Verpflichtungen seines Landes. Die Nato macht da keine Ausnahme.

Allerdings liefert ausgerechnet Deutschland Trump ein starkes Argument. Die Nation, die im vergangenen Jahrhundert wie keine andere Leid und Elend über die Welt gebracht und deshalb eine besondere Verpflichtung zum Frieden hat, vernachlässigt die Zahlungsverpflichtungen für das Bündnis. Daraus ist längst ein Konflikt erwachsen, der den inneren Zusammenhalt der Nato deutlich belastet.

Die Nato, einst gegründet als militärische Sicherheitsgemeinschaft gegen expansive Bestrebungen der Sowjetunion, steht Russland auch heute wieder kritisch, bisweilen konfrontativ gegenüber. Das hat zu tun mit der russischen Annexion der Krim, der Haltung des Landes im syrischen Bürgerkrieg, aber auch mit der Osterweiterung der Nato, die Russland als Bedrohung empfindet.

Eine funktionierende Nato ist keine Selbstverständlichkeit. Auch diese Gemeinschaft will gepflegt sein und erwartet zu Recht, dass Abmachungen eingehalten werden.

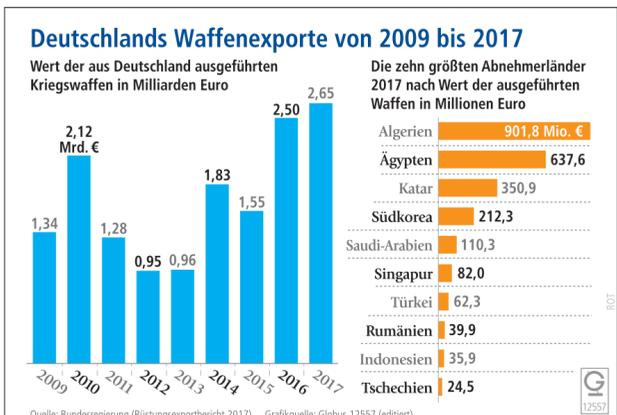
Das Urteil über Deutschland in der internationalen Runde mag nicht ganz fair sein, ist aber leider verheerend: Die Armee in einem der reichsten Nato-Staaten ist in einem beklagenswerten Zustand und in dieser Form nur bedingt eine Bereicherung für das Bündnis.

Fußnote: Rechtzeitig zum Nato-Jubiläum hat die Berliner SPD gefordert, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr in der Hauptstadt keine Schulen mehr besuchen dürfen, um über die Arbeit in der Armee zu berichten. Begründung: „Für Töten und Sterben macht man keine Werbung.“ Gibt es noch Fragen zum Image der Bundeswehr?

Geschäfte zwischen Wirtschaft und Moral

RÜSTUNGSPOLITIK Bundestag debattiert über Waffenexport-Moratorium an die am Jemen-Krieg beteiligten Staaten

Der Bundestag hat auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Freitag über die Haltung der Bundesregierung zur Lockerung des Rüstungsexportstopps an die am Jemenkrieg beteiligten Staaten diskutiert. Eine Kriegsalianz bombardiert seit vier Jahren den Jemen, sagte Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen). Der Bundessicherheitsrat habe den Exportstopp nur um wenige Monate verlängert. Damit spiele die Bundesregierung auf Zeit, sagte Brugger. Die Politik solle für maximalen Schaden an allen Fronten – so gebe es beispielsweise auch keine Planungssicherheit für Unternehmen oder Arbeitnehmer. Joachim Pfeiffer (CDU) hob vor allem auf die Bedeutung der europäischen Ebene ab. Es gehe um die Zuverlässigkeit deutscher Politik. Es sei wenig klug gewesen, dass Deutschland als einziges Land den Export von bereits genehmigten Gütern gestoppt hat, ohne sich mit Partnern in anderen europäischen Ländern und in den USA abzustimmen. Frank Junge (SPD) stellte sich hinter die Festlegung des Bundessicherheitsrats. Eine Verlängerung des Moratoriums sei richtig und notwendig. Die gewonnene Zeit könne und müsse genutzt werden, um Ver-



handlungen auf europäischer Ebene voranzutreiben. Junge bekräftigte zugleich, dass sich die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung bezüglich der ursprünglich für Saudi-Arabien bestimmten Patrouillenboote

der Peene-Werft in Wolgast bekenne und Abnehmer suche. Die Boote sind vom Exportstopp betroffen. Die AfD-Fraktion verwies auf die unsichere Lage dieser Werft. Für Enrico Konning

(AfD) verdeutlicht dies das unwirtschaftliche Handeln der Bundesregierung. Die Rüstungsindustrie brauche Planungssicherheit. Bijan Djir-Sarai (FDP) zielte ebenfalls auf die seiner Ansicht nach inkonsequente Haltung der Bundesregierung ab. Es sei höchste Zeit für europäische transparente Exportrichtlinien. Unabgestimmte Alleingänge schaden in jeder Hinsicht. So agiere man unzuverlässig, ohne Druck auf Kriegsführer ausüben zu können. Die Fraktion Die Linke kritisierte die Bundesregierung scharf. Die Abgeordneten hatten am Vortag einen Antrag (19/8965) eingebracht, in dem sie konsequentere Regelungen fordern. Sevim Dagdelen (Linke) sagte, mit der Entscheidung des Bundessicherheitsrats werde nicht die Hinter-, sondern die Vordertür geöffnet. Sie verwies auf Ausnahmeregelungen mit einem Volumen im dreistelligen Millionenbereich.

Kristina Pezzei

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DAS BÜNDNIS NOCH GLAUBWÜRDIG?

Drei Kräfte

PRO



Ulrike Winkelmann, Deutschlandfunk, Köln

Ja, das ist es. Soll heißen: Das Bündnis ist so glaubwürdig wie immer seit Ende des Kalten Krieges. Seither weiß die Nato nur in Teilen, was sie mit sich anfangen will. Die „Nato, quo vadis?“-Konferenzen finden seit 25 Jahren statt. Drei Kräfte scheinen für den Zusammenhalt maßgeblich zu sein: Erstens das wohl größte Sicherheitsversprechen der Welt, zweitens eine als grotesk beschriebene Bürokratie, drittens die Möglichkeit für die USA, Stärke und Größe zu beweisen. Afghanistan, der einzige Beistandsfall der Nato, illustriert das ganz gut: Selbstverständlich war dies immer und zuerst ein Einsatz der USA, das haben sie jedenfalls vor Ort auch nie verholten. Alle anderen waren eher kleine Rädchen – und darüber auch ganz froh. Und unabhängig davon, was der US-Präsident so behauptet, wenn der Tag lang ist, weist derzeit wenig darauf hin, dass die USA auf die transatlantischen Verbindungen verzichten wollen. In und um Ramstein investieren die Amerikaner derzeit Milliarden Dollar – unter anderem in ein gigantisches Militärkrankenhaus. Der Aufbau der neuen Nato-Einheiten in Osteuropa verläuft erkennbar zu allseitiger Zufriedenheit. Was die Hinwendung der USA Richtung Asien, über den Pazifik statt über den Atlantik angeht – die wird nun sehr regelmäßig beschworen. Und dann der fast neurotische Streit über die zwei Prozent BIP für die Verteidigung: Wenn Kabinettsmitglieder ihre Termine verpassen, weil die Bundeswehr bei einem 43-Milliarden-Haushalt keine Flugzeuge reparieren kann, ist vielleicht Geld doch nicht das größte Problem. Natürlich sollten die Europäer ihre Rüstungsausgaben effizienter einsetzen. Doch das wissen sie ja nun auch schon lange.

Weit komplexer

CONTRA



Robert Birnbaum, Der Tagesspiegel, Berlin

Dass sich die Frage überhaupt stellt, zeigt schon: Zweifel sind angesagt. Vordringlich richten sie sich an Donald Trump. Dessen „America-first“-Ideologie passt nicht zum Beistandsversprechen der Nato. Seine konkrete Politik weckt noch weniger Vertrauen in die einstige Schutzmacht. Ziellose Luftschläge in Syrien folgt ein Schulterklöpf-Treffen mit Wladimir Putin, großmäulig inszenierten Friedensgipfeln mit Nordkorea der wortkarge Abbruch. Verteidigungsminister James Mattis gab entnervt auf, weil sein Chef im Weißen Haus den Wert von Bündnissen nicht begriff. Doch so sehr Trumps Unverstand den Nordatlantiktakt erschüttert – die Schwäche ist älter. Sie gründet in dem Irrtum, dass der Fall der Mauer das Ende der Geschichte sei. Er war aber nur der Anfang der nächsten unerfreulichen Episode. Als Putin die desolante Rote Armee modernisierte, schauten noch alle weg. Die Friedensdividende klingelte einfach zu verführerisch. Erst die „grünen Männchen“ auf der Krim führten dem Bündnis vor, wie erpressbar es geworden war. Erst da fiel auf, dass Estland oder Ostpolen schutzlos dalagen, weil es selbst an der Logistik fehlte, um Truppen zu verlegen. Erst da merkten Militärs und Politiker, dass sie noch im Schema des Kalten Kriegs dachten: Entweder herrscht Frieden oder atomares Armageddon. Die neue Lage ist weit komplexer und kostspieliger. Die Szenarien reichen vom Cyber-Störmanöver über Freischärlar-Aktionen bis zum Einmarsch; hinzu kommen internationale Kriseneinsätze. Und das ist nur der militärische Teil. Glaubwürdig wird die Nato erst wieder, wenn ihre Bürger – und Mitgliedstaaten – sie neu als notwendig erkennen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Dagdelen, mit der Devise „atlantisch bleiben, europäischer werden“ wollen die europäischen Nato-Staaten enger zusammenrücken. Ihre Partei hingegen will raus aus dem transatlantischen Bündnis. Warum?

Die Nato ist ein Relikt des Kalten Krieges. Wir brauchen in Europa eine Außen- und Verteidigungspolitik, die auf Abrüstung, Verständigung und Sicherheit setzt. Deshalb lehnen wir die militärischen Strukturen der Nato ab, die nicht der Territorialverteidigung, sondern Kriegen außerhalb des Nato-Bündnis-Gebiets oder als Drohkulisse gegenüber Russland dienen.

Die Nato-Partner haben sich 2014 das Ziel gesetzt, in Zukunft zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben. Vor Augen hatten Sie damals die russische Krim-Annexion. Wie sollten die Europäer denn aus Ihrer Sicht auf solche neuen Unsicherheiten reagieren?

Wir dürfen nicht in einen Kalten Krieg zurückfallen und einen Rüstungswetlauf beginnen. In unserem Fall würde das Zwei-Prozent-Ziel zu Rüstungsausgaben in Höhe von 85 Milliarden Euro führen. Warum soll es erstrebenswert sein, dass Deutschland mehr für Militär und Rüstung ausgibt als Russland? Diese Abrüstung ist friedenspolitischer Wahnsinn. Sie schafft nicht mehr Sicherheit, sondern weniger. Mit der Ankündigung der USA und dann auch Russlands, den INF-Vertrag für atomare Mittelstreckenraketen auslaufen zu lassen, droht Europa wieder zu einem potentiellen atomaren Schlachtfeld zu werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung hier keine ernsthaften Initiativen auf den Weg bringt.

Welche Möglichkeiten hätte sie denn überhaupt?

Die Bundesregierung hat sich in diesem Streit komplett an die Seite der USA gestellt. Stattdessen müsste sie alles dafür tun, dass die USA und Russland den Vertrag Ende Juli nicht enden lassen. Dazu gehört, dass man von beiden Seiten verlangt, sich zu öffnen gegenüber dem Inspektionsregime des Vertrags und unabhängige, neutrale Rüstungskontrollen zuzulassen. Was wir im Moment hören, sind wechselseitige Vertragsverletzungsvorwürfe, die mit Geheimdienstinformationen begründet werden. Dabei wissen wir doch seit der Irak-Invasion 2003, dass solche Informationen manipulativ eingesetzt werden können. Den Beweis für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak ist die US-Seite bis heute schuldig geblieben.

Die Linke will die Nato durch ein „kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt“. Was meinen Sie damit konkret?

Wir wollen die Nato als Kriegsführungsbündnis auflösen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen entmilitarisieren. Das heißt, dass die 35.000 in Deutschland stationierten US-Soldaten abgezogen und die US-Stützpunkte geschlossen werden. Militärbasen auf deutschem Boden, die an völkerrechtswidrigen Kriegen mitwirken, sind genauso wenig mit der Friedenspflicht des Grundgesetzes zu vereinen wie die Steuerung von Drohenmorden über solche Basen. Wir wollen ein europäisches Sicherheitsbündnis, in dem Russland inbegriffen ist, weil wir Sicherheit in Europa ohne oder gegen Russland für eine gefährliche Illusion halten.

Was ist, wenn die Antwort der Atommacht Russland auf Ihre Abrüstungsofferte lautet: Nein, danke, kein Interesse?

Wir müssen versuchen, den Dialog überhaupt erst wiederherzustellen. Der Nato-Russland-Rat wurde 2014 ad acta gelegt. Zwar finden auf unteren Ebenen wieder Gespräche statt, aber nicht auf der politischen. Die Stationierung von Bundeswehrtruppen an der russischen Westgrenze im Rahmen der Nato, die Manöver, die Aufrüstung des Bündnisses, all

»Relikt des Kalten Krieges«

SEVIM DAGDELEN Die Linksfractions-Vizechefin kritisiert die Nato für die Konfrontation mit Russland und warnt vor einem neuen Rüstungswetlauf



linksfraktion.de

das muss aufhören. Die russische Regierung hat vor Jahren bereits Angebote gemacht, wie man ein gemeinsames europäisches Haus aufbauen kann. Wir müssen uns doch nach unseren und den Interessen der anderen Europäerinnen und Europäer richten und nicht nach Wünschen der US-Administration. Diese hat ein Interesse an der Konfrontation. Wir sollten mit Russland, das Teil Europas ist, bessere Beziehungen anstreben.

Sie fordern auch ein Ende der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik. Wäre es dann nicht absehbar, dass jene EU-Nachbarn nach einer Stationierung von taktischen US-Atomwaffen auf ihrem Gebiet rufen, die sich durch Russland bedroht fühlen?

Mehr Atomwaffen machen die Welt nicht sicherer, das können wir auch unseren Partnern in Europa erklären. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag verbietet ausländische Truppen oder Atomwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Das sollte auf die gesamte Bundesrepublik erweitert und mit Abrüstungsverhandlungen mit Russland verknüpft werden. Wenn man sich ernsthaft auf den Weg in eine atomwaffenfreie Welt begeben möchte, muss man vorangehen. Dann muss einer den ersten Schritt wagen und nicht stets darauf warten, dass die andere Seite ihn macht. Das haben schließlich die erfolgreichen Abrüstungsinitiativen der 1980er und 1990er Jahre gezeigt.

Sollte man, wenn man russische Einkreisungsorgen ernst nimmt, nicht auch polnische oder baltische Sorgen vor russischer Aggression ebenso ernst nehmen?

Zunächst ist festzuhalten: Die Nato hat sich ausgedehnt, nicht Russland. Wir haben darüber hinaus ein groteskes Missverhältnis bei den Militärausgaben, die bei der Nato bei fast einer Billion Dollar und demgegenüber in Russland nur bei 63 Milliarden liegen. Deshalb verstehe ich nicht, warum Russland in diesem Kontext die größere Bedrohung sein soll. Wenn das Sicherheitsgefühl der baltischen oder polnischen Bevölkerungen gestärkt werden soll, dann brauchen wir Verständigung, Dialog und Abrüstung und gegenseitige Garantien für Sicherheit mit Russland. Und eben nicht immer größerer Konfrontation und Eskalation.

Einmal abgesehen davon, wie man das Zwei-Prozent-Ziel der Nato bewertet und welche Dinge dabei eingerechnet werden: Die Bundeswehr ist in keinem guten Zustand. Warum sollte sie nicht mehr Geld bekommen?

Es geht, anders als oft behauptet, bei dieser Debatte ja nicht um eine bessere Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten, die laut Grundgesetz nur der Landesverteidigung verpflichtet sind. Die Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der Nato zielt dagegen auf den Aufbau von Kriegsführungskapazitäten gegen Russland und eine Armee im Einsatz außerhalb des Nato-Gebiets. Hinzu kommt, dass die Politik in den vergangenen Jahren wie in einem Selbstbedienungsladen Rüstungsunternehmen einen Auftrag nach dem anderen verschafft hat, ohne genau zu kontrollieren, ob diese Aufträge pflichtgerecht erfüllt werden. So viele Milliarden für Rüstung und Militär statt für öffentliche Investitionen in Gesundheit, Pflege und Bildung – wir halten das für eine falsche Prioritätensetzung der Bundesregierung.

Das Gespräch führte Alexander Heinrich. ||

Sevim Dagdelen ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags und gehört dem Auswärtigen Ausschuss an. Seit 2017 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke und Sprecherin für Abrüstungspolitik.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Nato-Freund: Karl A. Lamers

Siebzehn Jahre Nato – die vergangene Woche, in der das westliche Verteidigungsbündnis in Washington seinen 70. Geburtstag feierte und der Bundestag in Berlin darüber debattierte, waren auch für Karl A. Lamers besondere Tage. „Die Fragen von Frieden, Freiheit und Sicherheit haben mich schon seit meiner Schulzeit interessiert und geprägt“, sagt der Heidelberger CDU-Bundestagsabgeordnete. In seinem Bundestagsbüro prangen eine schwarz-rot-goldene Deutschlandfahne und die blaue Flagge der Nato. Lamers sitzt seit seinem Bundestagsinzug 1994 ununterbrochen im Verteidigungsausschuss, seit 1998 auch in der Parlamentarischen Versammlung der Nato. Er ist Vizeausschusschef im Bundestag, Vorsitzender der Gruppe der Konservativen, Christdemokraten und Assoziierten in der Nato-PV und Vizepräsident der Atlantic Treaty Association. „Das ist eine großartige Aufgabe, in der ich ganz aufgehe.“ Dass die Nato jetzt auf sieben Jahrzehnte ihrer Existenz zurückblicken könne und nach dem Umbruch von 1989/91 eine gelungene „Häutung“ vollziehen konnte, ist für Lamers eine „großartige Erfolgsgeschichte“. „Das Verteidigungsbündnis hat nach dem Ende des Warschauer Pakts diejenigen Staaten aufgenommen, die sich auf dem Weg freier Selbstbestimmung für den Beitritt entschieden haben. Die Nato bietet auch ihnen eine starke Sicherheitsgarantie und die Möglichkeit, sich in Frieden und Freiheit entwickeln zu können. So, wie sie die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Beitritt 1955 garantiert hat.“ Lamers sagt, man müsse die Ängste der baltischen Staaten, Polens und anderer Länder im Osten verstehen, die sich vor dem aggressiven Gebaren Putins-Russlands fürchteten – angesichts der Mos-

kauer Politik gegenüber der Ukraine, Georgien oder der Militärpräsenz in Transnistrien. „Wir signalisieren Putin, dass wir zusammenstehen und jeder Grenzübertritt in ein Nato-Land ein Angriff auf die ganze Nato ist.“ Zu den Gefahren heutzutage für die westliche Welt zählt Karl A. Lamers auch den Terror, hybride Angriffe oder Bedrohungen aus dem Weltall. „Die Nato hat einen 360-Grad-Blick.“ Ganz unzufrieden ist der CDU-Abgeordnete über die Debatte um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato. 2014 sei auch von Deutschland zugesagt



»Beim Zwei-Prozent-Ziel geht es auch um die Glaubwürdigkeit Deutschlands im Verteidigungsbündnis.«

worden, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben bereitzustellen. Zuletzt sei von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wenigstens 1,5 Prozent als Zwischenziel bis 2024 zugesagt worden. Nach den Planungen von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) steige der Anteil bis 2020 zwar auf 1,37 Prozent, in den Folgejahren aber wieder abzusinken. „Hier geht es um die Glaubwürdigkeit Deutschlands im Bündnis“, empört sich Lamers. „Ich werde mit

anderen Fraktionsmitgliedern darum kämpfen, dass im Haushaltsabschluss höhere Werte stehen.“ Über die Zukunft der Nato kann nicht diskutiert werden ohne US-Präsident Donald Trump zu erwähnen. Seit Amtsbeginn kommen immer wieder irritierende Äußerungen von ihm über die Sinnhaftigkeit der westlichen Verteidigungsbündnisse. „Trump übt sein Amt auf sehr einzigartige Weise aus“, sagt Lamers. „Ich verbinde mit einem US-Präsidenten, dass er der Würde seiner hohen Aufgabe gerecht wird und anderen Respekt entgegenbringt. Das ist noch viel Luft nach oben.“ Für Lamers war es jedenfalls ein starkes Signal, dass Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in der vergangenen Woche als erster Chef des Bündnisses zur Jubiläumsfeier vor dem US-Kongress in Washington sprechen durfte. Er sieht dies als unmissverständliches Bekenntnis der amerikanischen Parlamentarier zu Nato. Wer über Karl Lamers spricht, muss auch über seinen Namensvetter sprechen, den langjährigen bekannten CDU-Außenexperten, der 2002 aus dem Bundestag ausschied. „Anfangs wurde ich häufig mit ihm verwechselt, das hat mir auch genutzt.“ Um sich abzuheben, betont er den zweiten Vornamen A. in seinem Namen Karl A. Lamers, den er aber nicht verraten will. Geboren wurde Lamers 1951 in Duisburg. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen in Münster wechselte er nach Baden-Württemberg, wo er am Max-Planck-Institut in Heidelberg promovierte. Lamers gilt als sehr umtriebiger Abgeordneter, der kaum eine Vereinsfeier oder Veranstaltung vor Ort auslässt. Entspannung findet er, wenn er in seinem Haus in Heidelberg mit Blick auf den Neckar politische und historische Bücher liest. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
5. April 2019

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhesenstr. 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
faizit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Marine-Kriegsschiffe aus 14 Nationen versammeln sich während der Nato-Übung „Trident Juncture“ Ende 2018 vor der Küste Norwegens. Bei der größten Übung seit 2015 nahmen mehr als 50.000 Militärangestellte aus 31 Ländern teil. © picture-alliance/ZUMAPRESS.com

Ende der Friedensdividende

JUBILÄUM 70 Jahre nach ihrer Gründung sieht sich die Nato mit alten und neuen Problemen konfrontiert

Ich gehe Raketen zählen.“ So hieß es in Bonn zu Zeiten des Kalten Krieges, wenn eine Dienstreise zur Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der Nato anstand. Hinter der flapsigen Formulierung stand eine toderne Sache: Was wissen wir über die sowjetische Atomrüstung und welche Schlüsse ziehen wir daraus für die eigene Strategie? Auch Journalisten führen regelmäßig mit zum Raketen zählen, erfuhren dort die Ergebnisse und Manches mehr. Schließlich müssen Demokratien auch sicherheitspolitische Beschlüsse gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. Was nicht immer einfach ist, wie sich vor allem beim wohl wichtigsten Ergebnis der Nuklearen Planungsgruppe zeigte, dem Nato-Doppelbeschluss von 1979, gegen den dann in Westdeutschland Hunderttausende auf die Straße gingen. Durch Deutschland ging damals die Frontlinie des Kalten Krieges. Die Bundeswehr wäre im Bündnisfall fast vollständig dem Nato-Kommando unterstellt worden. Auch in die Einsatzplanung für Atomwaffen war die Nicht-Atommacht Deutschland eingebunden, im Rahmen der Nuklearen Teilhabe, die im Übrigen bis heute gilt. Deutsche Wehrpflichtige hielten verschlüsselte Schreibfunk-Verbindungen aufrecht, über die im Ernstfall nukleare Einsatzbefehle gelaufen wären. Flugzeuge der Luftwaffe wären dann aufgestiegen, um amerikanische Atombomben ins Ziel zu bringen.

Zunehmende Westbindung Das war ursprünglich gar nicht so gedacht. Die Nato war 1949 gegründet worden, wie man in England sagte, „to keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“. Also um die Sowjetunion aus Westeuropa herauszuhalten, die Vereinigten Staaten, deren Außenpolitik in der Vergangenheit oft von Isolationismus geprägt war, in Europa zu halten, aber eben auch, damit Deutschland nicht zum dritten Mal zur Gefahr für seine Nachbarn wird. Diese Haltung änderte sich in dem Maße, in dem sich einerseits die Ost-West-Konfrontation verschärfte und andererseits die Bundesregierung unter Konrad Adenauer (CDU) glaubhaft machte, dass sie es mit der Einbindung in die westlichen Demokratien ernst meinte und dafür sogar bereit war, das Ziel der Wiedervereinigung zurückzustellen. Schon während der Berlin-Blockade 1948 hatten die USA gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich den Versuch der Sowjetunion vereitelt, West-Berlin unter ihre Kontrolle zu bringen, und es war klar, dass sie auch Westdeutschland verteidigen würden. Schon damals legten die USA aber auch Wert auf eine angemessene Lastenverteilung. So wurde aus der ursprünglichen Angst vor einer deutschen Wiederbewaffnung die Forderung danach. 1955 wurde die Bundeswehr gegründet und die Bundesrepublik in die Nato aufgenommen. Die Nato versteht sich nicht als rein militärisches, sondern als politisches Bündnis, als Wertegemeinschaft, die Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist. Das hinderte sie nicht daran, schon bei der Gründung 1949 mit

Portugal eine Diktatur mit aufzunehmen. Es überlag die Gemeinsamkeit im Kampf gegen die sowjetische Gefahr. Die war auch nicht von der Hand zu weisen, wie Umsturzversuche in Griechenland und der Türkei gleich nach dem Zweiten Weltkrieg und die Gleichschaltung der Tschechoslowakei 1948 zeigten. Später führten Militärputsche in Griechenland und der Türkei auch nicht zu einem Ausschluss aus der Nato. Ein erster grundlegender Wechsel in der Nato-Strategie erfolgte 1967 mit dem Harmel-Bericht. Bis dahin drohte das Bündnis mit „massiver Vergeltung“: Jedem sowjetischen Angriff sollte ein atomarer Gegenschlag aus allen Rohren folgen. Das Risiko vollständiger Vernichtung sollte den Frieden sichern. Nun aber schlug der belgische Außenminister Pierre Harmel so etwas wie einen ersten Doppelbeschluss vor. Zum einen sollte weiter militärische Stärke die Gegenseite von einem Angriff abhalten. Zum anderen sollte das politische Gespräch gesucht werden – Abschreckung und Entspannung. Der Harmel-Bericht schlug sich noch im selben Jahr in der neuen Nato-Strategie der flexiblen Erwidern nieder. Mit ihr wurde die Schwelle für einen Einsatz der eigenen Atomwaffen angehoben und die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte erhöht. Gleichzeitig läutete der Harmel-Bericht die abgestimmte Entspannungspolitik des Westens ein, die schon bald Ergebnisse zeigte und mit der Konferenz für Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Fundament für das Ende des Kalten Krieges legte. Zunächst drohte die neue Strategie zu scheitern. Die Sowjetunion begann 1976, mobile nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren. Sie waren aufgrund ihrer Reichweite eine Bedrohung für Westeuropa, nicht aber für die USA. Die Europäer hatten den sowjetischen SS-20-Raketen nichts entgegengesetzt. Konnten sie sich darauf verlassen, dass die USA einen auf Westeuropa beschränkten Angriff mit ihren Interkontinentalraketen beantworten und damit die eigene Vernichtung im Gegenschlag riskieren würden? Die Sorge im Westen war, die Sowjetunion könnte allein mit der Drohung eines Einsatzes der SS-20 ihr altes Ziel erreichen, Amerika und Europa zu entkoppeln. Als Antwort fasste die Nato, angestoßen vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), Ende 1979 den berühmten Doppelbeschluss: Nachrüstung und Rüstungsbegrenzung. Zum einen sollten die USA Raketen und Marschflugkörper mittlerer Reichweite in Europa stationieren und damit veraltete Systeme kurzer Reichweite ersetzen. Zum anderen sollte der Westen mit der Sowjetunion über Obergrenzen für Mittelstreckenwaffen verhandeln. Allerdings kamen die Verhandlungen lange Zeit nicht voran. Während die Sowjetunion weiter aufrüstete und die Nachrüstung der Nato näher

rückte, gewann im Westen, vor allem in der Bundesrepublik und den Niederlanden, die sogenannte Friedensbewegung immer mehr Anhänger. Ihrer Hauptsorge, einem durch Missverständnisse ausgelösten nuklearen Weltkrieg, gab die Sängerin Nena mit dem Hit „99 Luftballons“ Ausdruck. Auch immer größere Teile der SPD rückten von Schmidt ab, was letztlich mit zum Bruch der sozialliberalen Koalition und der Wahl Helmut Kohls (CDU) zum Bundeskanzler führte.

INF-Vertrag Der Beschluss des neugewählten Bundespräsidenten im November 1983, mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu beginnen, veranlasste die Sowjetunion, alle Rüstungskontrollverhandlungen abzubrechen. Erst nach dem Führungswechsel in der Sowjetunion zu Michail Gorbatschow 1985 kamen die Gespräche über Mittelstreckenwaffen wieder in Gang. Ein Gipfeltreffen mit US-Präsident Ronald Reagan 1986 in Reykjavik brach das Eis, im Dezember 1987 unterzeichneten beide den INF-Vertrag zum Abbau all ihrer nuklearen bestückbaren Mittelstreckenraketen. Bis 1991 waren sie verschrottet. Das damit eingeleitete Ende der Ost-West-Konfrontation und der Fall des Eisernen Vorhangs in Europa 1989 brachten die sogenannte Friedensdividende. Alle Nato-Staaten und insbesondere Deutschland reduzierten drastisch Rüstungsetats und Truppenstärken. Dass in diesen spannungsgeladenen Jahrzehnten keiner der Nato-Staaten Opfer eines noch so begrenzten Angriffs von außen wurde, kann nur als Erfolg des Bündnisses gewertet werden. Die im Nato-Vertrag vorgesehene Beistandspflicht wurde erst später und ein einziges Mal ausgerufen, nämlich nach dem Terrorangriff auf die USA am 11. September 2001. Die Bündnispartner unterstützten damit das militärische Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Afghanistan, das den Al-Qaida-Chef Osama bin Laden beherbergte. Bereits 1992 hatte die Nato ihre Bereitschaft zu Out-of-area-Einsätzen vereinbart, also zu Militäreinsätzen außerhalb des vertraglichen Nato-Gebiets, sofern der UN-Sicherheitsrat oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein Mandat erteilt. 1999 kam es zu einem solchen Einsatz, allerdings ohne Mandat. Um massive Angriffe auf die Zivilbevölkerung des Kosovo zu unterbinden, flogen Nato-Flugzeuge Angriffe auf serbischer Truppen. 2011 dann befehligte die Nato mit UN-Mandat die Überwachung einer Flugverbotszone in Libyen, allerdings wurden dabei auch massiv Landstreitkräfte angegriffen. An diesem Einsatz beteiligte sich Deutschland nicht, verhinderte ihn aber auch nicht durch sein Veto. Dies wäre möglich gewesen, denn Entscheidungsprinzip in der Nato ist der Konsens. Oberstes Entscheidungsgremium ist der Nordatlantiktat, in den die Mitgliedstaaten ihre Vertreter entsenden. Auf Botschafterebene arbeitet der Nordatlantiktat permanent, halbjährlich treffen sich die Außen- und Verteidigungsminister sowie etwa alle zwei

Jahre die Regierungschefs. Die Frage der Atomwaffen hat der Nordatlantiktat auf die Nukleare Planungsgruppe übertragen. Der Militärausschuss, bestehend aus Offizieren der Mitgliedsstaaten, unterstützt die politischen Führungsgremien und setzt ihre Beschlüsse um. Geleitet werden Nordatlantiktat, NPG und der Apparat im Brüsseler Nato-Hauptquartier vom Nato-Generalsekretär, derzeit Jens Stoltenberg. Heute spricht niemand mehr von Friedensdividende. Im Zuge der deutschen Einheit wurde die ehemalige DDR 1990 Teil der Nato. Die neu demokratisierten mitteleuropäischen Staaten drängten ebenfalls in das Bündnis. Polen, die Tschechische Republik und Ungarn mussten darauf bis 1999 warten, 2004 kamen Rumänien, Bulgarien, die Slowakei, Litauen, Lettland, Estland und Slowenien hinzu. Die letzten Nato-Erweiterungen waren 2009 um Kroatien und Albanien sowie 2017 um Montenegro. Diese Erweiterungen wertete Russland unter der Führung von Wladimir Putin als gegen sich gerichtet, ebenso wie den Aufbau amerikanischer Raketenabwehrsysteme im östlichen Mitteleuropa. Russland reagierte mit einer neuen Aufrüstung, auf welche die Nato-Staaten nun wiederum eine Antwort suchen. Als Russland Anfang 2014 die Krim annektierte, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses, jeder von ihnen sollte bis 2024 Militärausgaben von zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung anstreben.

Tatsächlich erhöhen Deutschland und weitere Nato-Staaten seit einigen Jahren wieder ihre Verteidigungsausgaben. Allerdings wird der Beschluss von 2014 unterschiedlich interpretiert. Schon US-Präsident Barack Obama hat das Zwei-Prozent-Ziel eher wörtlich genommen, Nachfolger Donald Trump drängt nun massiv darauf. Andere Staaten, allen voran Deutschland, sehen sich nur verpflichtet, bis 2024 dem Zwei-Prozent-Ziel deutlich näher zu kommen. Verstärkt wird der Konflikt durch Trumps Drohung, die USA könnten auch ohne die Nato, wenn die Partner nicht Wort hielten. Zwar hat danach der US-Kongress ein deutliches Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis abgelegt, und auch von Trump kamen versöhnlichere Töne. Ganz abgerückt von seiner Drohung ist er aber nie. Eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland ist indes nicht absehbar. Der Nato-Russland-Rat, 2002 ebenso wie ein Nato-Ukraine-Rat als Gremium ständiger Zusammenarbeit gegründet, ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Statt neuer Abrüstungsverträge kündigten zuletzt die USA und Russland den INF-Vertrag. Die massive Aufrüstung Chinas, obwohl weit vom Nato-Gebiet entfernt, verkompliziert noch alle Bestrebungen um Rüstungskontrolle. Die Herausforderung durch internationalen Terrorismus und durch Cyber-Angriffe bleibt oder wächst sogar. Es wird für die Nato im 71. Jahr ihres Bestehens nicht einfacher. *Peter Stütze*

Verstärkt wird der Konflikt durch Trumps Drohung, die USA könnten auch ohne die Nato.



Die Nato-Schwester

BUNDESTAG Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung

Sie ist die jüngere Schwester der Nato, nicht ihr Kind: die Parlamentarische Versammlung der Nato (Nato PV). 1955 wurde sie auf Initiative von Parlamentariern der Nato-Mitgliedsstaaten gegründet. Sie finanziert sich überwiegend aus Beiträgen der nationalen Parlamente und ist organisatorisch unabhängig. Deshalb kann sie auch nicht die Nato kontrollieren, so wie ein Parlament seine Regierung. Aber, so heißt es auf der Website der Nato PV, „sie bietet eine zusätzliche Plattform für Parlamente, die Entscheidungsfindung in Bereichen, die für die Nato relevant sind, auf nationaler und internationaler Ebene zu beeinflussen“. Der Leiter der deutschen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung, Karl A. Lamers (CDU, siehe Profil auf Seite 2), weist darauf hin, dass in vielen Ländern, darunter Deutschland, Auslandseinsätze parlamentarisch genehmigt werden müssen. Der Nato-Generalsekretär komme jedes Mal zu den Herbsttagungen der Nato PV, stelle sich den Fragen „und erfährt auf diese Weise, was in den Abgeordneten vor sich geht“, erzählt Lamers. „Er weiß, dass er um deren Zustimmung ringen muss.“ Die deutsche Delegation besteht aus zwölf Abgeordneten, darunter Ulla Schmidt (SPD) als stellvertretende Delegationsleiterin, sowie sechs Mitgliedern des Bundesra-

tes. Insgesamt beraten in der Nato PV 266 Parlamentarier aus den 29 Mitgliedsstaaten sowie weitere Abgeordnete aus assoziierten Ländern. „Wir diskutieren gemeinsam in den Frühjahrs- und Herbsttagungen, verabschieden Resolutionen und erstellen wichtige Dokumente zu den großen politischen Fragen der heutigen Zeit“, erzählt Lamers. „Diese Dokumente werden weltweit zur Kenntnis genommen.“ Im gegenwärtig nicht ganz einfachen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten setzt Lamers auf seine amerikanischen Kollegen in der Nato PV. Vergangene Woche sprach Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf Einladung der Parlamentarier vor beiden Häusern des US-Kongresses. „Ich hoffe“, sagte Lamers vor dieser Rede, „dass der amerikanische Präsident jetzt die Chance ergreift dazuzulernen, indem er zuhört“. Er sei der Überzeugung, „dass aus der Parlamentarischen Versammlung heraus, aber auch aus dem US-Parlament heraus, Einfluss genommen werden kann auf den Kurs der USA“. *pst*





Ein Polizist nimmt einem Flüchtling den Fingerabdruck ab. Nach dem Willen der Bundesregierung soll das künftig auch bei Asylsuchenden ab dem sechsten Lebensjahr möglich sein.

© picture-alliance/dpa / Andreas Gebert

Harder-Kühnel durchgefallen

PERSONALIE Die AfD-Abgeordnete Mariana Iris Harder-Kühnel ist in der vergangenen Woche auch im dritten Versuch, zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt zu werden, gescheitert. Die Juristin erhielt in geheimer Abstimmung nur 199 Ja-Stimmen, 423 Abgeordnete votierten gegen sie, 43 enthielten sich der Stimme. Damit bekam die Rechtsanwältin aus Hessen weniger Stimmen, als in den beiden Wahlgängen zuvor im November und Dezember 2018. In den ersten zwei Wahlgängen hätte sie die Mehrheit der 709 Abgeordneten benötigt, also 355 Ja-Stimmen, dies verfehlte sie jeweils deutlich. Im dritten Wahlgang hätte nach der Geschäftsordnung des Bundestages die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gereicht, also mehr Ja- als Nein-Stimmen. Harder-Kühnel appellierte daher vor der Abstimmung an die Abgeordneten der anderen Fraktionen, den „Königsweg“ der Enthaltung zu gehen. Viele Abgeordnete steckten in einem Dilemma. „Auf der einen Seite haben sie ein Problem mit der AfD. Auf der anderen Seite wissen sie aber, dass der AfD als größter Oppositionsfraktion eben ein Sitz im Präsidium zusteht.“

Enthaltung, sagte sie, wäre das Zaubermittel. Die AfD-Politikerin hatte auch das Gespräch mit Vertretern anderer Fraktionen gesucht, um Überzeugungsarbeit zu leisten, und prominente Fürsprecher gefunden. So signalisierten die Fraktionschefs von Union und FDP, Ralph Brinkhaus (CDU) und Christian Lindner, sie wählen zu wollen. Laut Geschäftsordnung steht jeder Fraktion ein Vizepräsident zu.



Mariana Harder-Kühnel

Eindeutige Identifizierung

ASYL Auf das Ausländerzentralregister sollen künftig mehr Behörden zugreifen können

Entsetzen bei Grünen und Linken, Zustimmung seitens der AfD und der FDP: Das von der Bundesregierung vorgelegte Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz (19/8752) stieß während der ersten Lesung vergangene Woche auf ein unterschiedliches Echo. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung unter anderem die Nutzungsmöglichkeiten des Ausländerzentralregisters (AZR) erweitern und die Registrierung minderjähriger Asylbewerber verbessern, indem das Mindestalter für die Abnahme von Fingerabdrücken auf sechs Jahre herabgesetzt werden soll. (siehe „Kompakt“) Gerade Letzteres taugt aus Sicht von Linken und Grünen zum Skandal. Dass schon Sechsjährige als mutmaßliche Verbrecher behandelt werden können, sei mit dem Schutz des Kindeswohls und der Achtung der Kinderschutzrechte unvereinbar, sagte Ulla Jelpke (Die Linke). Luise Amtsberg (Grüne) gab zu bedenken, eines der ersten Erlebnisse eines nach Deutschland geflüchteten Kindes werde nun die Abnahme von Fingerabdrücken sein. Gründe des Jugendschutzes seien ausschlaggebend für die Regelung gewesen,

machte hingegen Stephan Mayer (CSU), parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI), deutlich. Bei 2.562 minderjährigen Personen habe man mit Stand 1. März 2019 „keine Kenntnis vom Aufenthaltsort“, sagte Mayer. Darunter befänden sich 865 unter 14-Jährige. „Wir sind also der Überzeugung, dass durch eine effektivere erkennungsdienstliche Behandlung von unter 14-Jährigen diesem Umstand besser und effektiver entgegengetreten werden kann“, zeigte er sich zuversichtlich. Dass künftig mehrere Behörden – unter anderem Jugendämter und auch die deutschen Auslandsvertretungen – auf das AZR „in Echtzeit“ zugreifen können, sei ein wichtiger Aspekt, der dazu beitragen soll, dass die dort gespeicherten Personen auch klar identifiziert werden können, sagte der Innen-Staatssekretär. Schließlich hätten viele der Ankommenen „nach wie vor keine Identitätspapiere dabei“. Lars Herrmann (AfD) begrüßte den Entwurf, in dem mehrere Forderungen seiner Fraktion umgesetzt worden seien. „Er bringt einen wesentlichen Sicherheitsgewinn in Bezug auf die Sicherung der Identität von Asylbewerbern sowie Ausländern, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich hier unerlaubt aufhalten“, sagte Herrmann. Es sei richtig, dass die Bundespolizei künftig auch außerhalb des 30-Kilometer-Korridors hinter der Grenze erkennungsdienstliche Maßnahmen durchführen darf, befand er.

Fingerabdruckdaten Linda Teuteberg (FDP) sagte, die Nutzung von Mehrfachidentitäten zu verhindern oder zumindest zu erschweren, sei dringend notwendig und eine „wichtige Lehre aus dem Fall Amri“. In diese Richtung komme durch den Entwurf nun Bewegung, lobte sie. „Grundsätzlich vernünftig“ sei auch die geplante Speicherung von Fingerabdruckdaten Minderjähriger. Dabei gehe es nicht nur um Kontrolle, sondern auch darum, etwa alleinreisende Minderjährige zu identifizieren und mit ihren Angehörigen zusammenzubringen, betonte Teuteberg. Thorsten Frei (CDU) sieht ebenfalls durch die Vorlage bessere Möglichkeiten gegeben, Mehrfachidentitäten zu beenden, mit denen mehrfach Leistungen erschlichen werden sollen. Es gehe aber auch um mehr Sicherheit. „Ich glaube schon, dass wir den Menschen die Frage beantworten müssen, was wir eigentlich tun, damit unter dem Deckmantel der Asylsuche nicht auch Verbrecher und Terroristen nach Deutschland kommen“, sagte er.

Beim Koalitionspartner sieht man hingegen noch Beratungsbedarf – vor allem hinsichtlich des Datenschutzes. Gabriela Heinrich (SPD) sagte, das AZR dürfe Informationen speichern und zur Verfügung stellen, „aber eben nicht allumfassend, nicht unbegrenzt, und es darf auch nicht jeder Zugriff darauf haben“. Schließlich gehe es um persönliche Informationen, die geschützt werden müssten. Ihre Fraktionskollegin Saskia Esken ergänzte, in der Beratung des Entwurfs müsse es darauf ankommen, die Verwendung des AZR so auszugestalten, „dass es den Grundrechten und dem Datenschutz entspricht“.

Für Amtsberg beschneidet die Vorlage das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. „Dabei hat das Bundesverfassungsgericht klargemacht, dass in Bezug auf die Datenerfassung von Ausländern der Schutz der Persönlichkeitsrechte zu achten ist“, sagte die Grünen-Parlamentarierin. Jelpke befand, mit dem Gesetzentwurf treibe die Regierung das Projekt „Gläserner Ausländer“ voran. „Das Gegenteil wäre richtig, nämlich mit der Diskriminierung von Menschen – vor allen Dingen jener, die auf die Staatsangehörigkeit zurückgeht – endlich aufzuhören“, forderte die Linken-Abgeordnete. **Götz Hausding** ■

Neue Kandidaten Dennoch verfehlte die als gemäßigter geltende Harder-Kühnel die erforderliche Mehrheit klar, was in der AfD-Fraktion mit ihren 91 Abgeordneten Empörung auslöste. Fraktionschef Alexander Gauland kündigte an, die AfD werde so lange immer neue Kandidaten präsentieren, bis ein Vizepräsident aus ihren Reihen gewählt sei. Zugleich solle geprüft werden, „inwieweit dieses unvollständig besetzte Gremium zu rechtlichen Konsequenzen führt“. Der SPD-Abgeordnete Karl Lauterbach, der nach eigenen Angaben gegen die AfD-Kandidatin votiert hatte, stellte jedoch klar, dass sich die Abgeordneten „weder erpressen noch blockieren“ ließen. Er fügte hinzu: „Die Gesinnung lässt sich halt nicht trennen von den Menschen, mit denen ich gemeinsam Politik mache.“ Wer „am rechten Rand“ politisch agiere, dürfe sich nicht wundern, wenn er nicht gewählt werde. Nach dem erfolglosen dritten Wahlgang verließ die AfD-Fraktion geschlossen den Plenarsaal. Später wurde die Sitzung unterbrochen, weil sich die AfD-Abgeordneten beraten wollten. Zu Beginn der Wahlperiode war bereits der damalige AfD-Kandidat für den Vizepräsidentenposten im Bundestag, Albrecht Glaser, in allen drei Wahlgängen durchgefallen. Glaser war zuvor unter anderem wegen islamkritischer Äußerungen heftig attackiert worden. **pk** ■

»Die Nutzung von Mehrfachidentitäten zu verhindern, ist dringend notwendig.«

Linda Teuteberg (FDP)

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Gute Zahlen, abweichende Gefühle

INNERES I Bundestag debattiert über Kriminalstatistik und Sicherheitsempfinden

Weniger Straftaten, eine gestiegene Aufklärungsquote, aber wachsende Unsicherheitsgefühle der Bevölkerung – diese Diskrepanz prägte vergangene Woche die Bundestagsdebatte über die am Vortag vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2018. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) verwies in der von der Koalition beantragten Aktuellen Stunde darauf, dass die PKS weniger als 5,4 Millionen Straftaten verzeichnet habe und damit den „niedrigsten Wert seit Jahrzehnten“. Zugleich habe die Aufklärungsquote mit 56,5 Prozent einen Höchststand erreicht. Deutschland sei damit „eines der sichersten Länder der Welt“. Dabei gebe es zwar „sehr gute“ Zahlen, aber „davon abweichende Sicherheitsgefühle in der Bevölkerung“. Auch künftig brauche man eine gute Ausstattung der Sicherheitsbehörden und müsse Sicherheitslücken schließen. Gottfried Curio (AfD) betonte, den Rückgang der Wohnungseinbrüche verdanke man nur „kostenaufwendiger Prävention“

der Bürger. Gegen die „schengenverursachte grenzüberschreitende Kriminalität“ mache die Regierung wenig: „Weil die Grenzen nicht gesichert werden, müssen die Leute jetzt ihre Haustür sichern.“ Eva Högl (SPD) mahnte, die Differenz zwischen „objektiver Sicherheit“ und dem Unsicherheitsgefühl der Bürger müsse beunruhigen. Eine Stärkung des Rechtsstaats mit mehr Polizei vor Ort und schnelleren Verfahren sei ein wichtiger Beitrag, das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Konstantin Kuhle (FDP) hielt der Koalition vor, sie habe „nicht gerade dazu beigetragen“, dass sich die Bevölkerung sicher fühlt. Gerade Seehofer habe „unnötige Debatten angestoßen“, die geeignet gewesen seien, „die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland anzuhetzen“. Ulla Jelpke (Linke) wertete die PKS-Zahlen als Beleg, dass die Forderungen von „Hardlinern in der Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden weiter aufzurüsten und die Grundrechte weiter zu beschneiden, keine Berechtigung haben“. Die „Angstgefühle in der Bevölkerung“ seien ein „direktes Ergebnis der Angstkampagnen“ von CSU und AfD.

Irene Mihalic (Grüne) kritisierte, auch Seehofer habe mit seiner „Wahlkampfrhetorik“ dazu beigetragen, die Bevölkerung

zu verunsichern. Man könne nicht 364 Tage im Jahr erzählen, dass „alles immer und immer schlimmer“ werde, und dann einmal im Jahr sagen, Deutschland sei sicher. Mathias Middelberg (CDU) sagte, die Statistik sei kein Anlass, sich auszuruhen, sondern „auch Ansporn, in bestimmten Bereichen noch schärfer hinzusehen und besser zu werden“. **Helmut Stoltenberg** ■



Eine einbruchhemmende Fensterverriegelung. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ging 2018 um 16,3 Prozent zurück.

Schutz der Verfassung

INNERES II Linke und Grüne fordern Neuorganisation

Auf eine Neuorganisation des Verfassungsschutzes zielen Anträge der Fraktionen Die Linke (19/8960) und Bündnis 90/Die Grünen (19/8700), die über der Bundestag am Freitag erstmals beriet. Nach dem Willen der Linken soll das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) von einer Koordinierungsstelle abgelöst werden, „die für Zwecke des Verfassungsschutzes lediglich über umstürzlerische Tätigkeiten Unterlagen sammelt, ohne eigene Befugnisse zur Informationsbeschaffung zu besitzen“. Sie soll Erkenntnisse von Bund und Ländern sowie aus dem Ausland entgegennehmen und den Austausch dieser Erkenntnisse zwischen den Ländern koordinieren. Ferner soll laut Antrag unter anderem eine „Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung, und Aufklärung aller Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefreundlichkeit“ die von der Koordinierungsstelle gesammelten Informationen entgegennehmen, allgemein zugängliche Informationen aufarbeiten sowie etwa Bundesregierung und Bundestag beraten. Die Grünen fordern in ihrem Antrag, ein unabhängiges „Institut zum Schutz der Verfassung (ISV)“ zu schaffen, das nur öffentliche Quellen analysieren und dabei zuständig sein soll für die wissenschaftli-

che Beobachtung von Zusammenhängen demokratische- und menschenfeindlicher Bestrebungen, die gegen den Rechtsstaat und die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind. Zudem wollen die Grünen ein „strukturell völlig neues Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr“, das „mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln“ arbeite. Konstantin von Notz (Grüne) betonte in der Debatte, um die wehrhafte Demokratie zu bewahren, müsse der Verfassungsschutz modernisiert werden. Armin Schuster (CDU) warnte im Gegenzug, die deutsche Sicherheitsarchitektur „kaputt“ zu machen. Das BfV leiste eine „hervorragende Arbeit“. Bernd Baumann (AfD) monierte, die Grünen wollten den Verfassungsschutz „missbrauchen für ihren ideologischen Kampf gegen rechts“. Uli Grötsch (SPD) sagte, um die Verfassung vor ihren Feinden zu schützen, brauche man auch künftig das BfV. Benjamin Strasser (FDP) betonte, seine Fraktion könne beiden Anträgen, die auf die Abschaffung des BfV zielten, wenig abgewinnen. André Hahn (Linke) bekräftigte dagegen, dass das BfV aus Sicht seiner Fraktion aufgelöst werden müsse. Anders als die Grünen wolle Die Linke aber keine neue Behörde mit nachrichtendienstlichen Befugnissen. **sto** ■



Restrisiko

GESUNDHEIT Der Arzneimittelmarkt ist stark reguliert und gilt als verlässlich. Dennoch werden immer wieder Fälschungen entdeckt. Eine Reform soll mehr Sicherheit bringen

Krebsmittel (Zytostatika) werden in Apothekenlabors individuell angefertigt, unter strengen Vorschriften. Künftig sind mehr Kontrollen geplant.

© picture-alliance/Rolf Vennenbernd/dpa

Für schwer kranke Patienten sind hochwirksame Medikamente ein Segen. Aber was ist, wenn die Arzneimittel eine falsche Dosierung enthalten, womöglich nichts von dem deklarierten Wirkstoff oder im schlechtesten Fall eine gestreckte Variante mit schädlichen Substanzen? Gefälschte Medikamente können für Patienten ein Albtraum sein, aber ungeachtet zahlreicher Vorschriften gelangen immer wieder illegale Produkte auf den Markt, auch in Deutschland. Nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) ist der illegale Arzneimittelmarkt „zweifelhafte ein Wachstumsmarkt“. Mit gefälschten Medikamenten lässt sich laut BKA teilweise mehr verdienen als mit Drogen, bei vergleichsweise geringen Strafen. Besonders groß sei das Risiko bei unregulierten Internetapotheken oder Auktionsseiten, auf denen neben Medikamenten und Medizinprodukten oft auch Potenzmittel vertrieben werden.

Spektakuläre Fälle Wenn fragwürdige Arzneimittel ungeachtet umfassender Sicherheitsvorkehrungen in den regulierten Markt gelangen, schafft das unter Patienten enorme Verunsicherung. So sorgte im vergangenen Jahr der Fall Lunapharm für Aufregung. Dem kleinen Unternehmen aus Brandenburg wird vorgeworfen, in Griechenland gestohlene und womöglich nicht ordnungsgemäß gelagerte Krebsmedikamente an deutsche Apotheken geliefert zu haben. Zwischen 2015 und 2017 soll die Firma 4.651 Medikamentenpackungen von einer griechischen Apotheke, die offenbar gestohlene Krebsmedikamente vertrieben hat, bezogen haben. Die Firma streitet jegliches Fehlverhalten ab und verweist darauf, dass auch die Kontrolle der Rückstellproben keine Qualitätsmängel bei den Me-

dikamenten ergeben habe. Der Fall ist noch nicht abschließend aufgeklärt. In einem anderen spektakulären Fall hat eine Apotheker aus Bottrop jahrelang selbst hergestellte Krebsmedikamente (Zytostatika) gestreckt und an die ahnungslosen Patienten abgegeben. Der Mann soll aus Habgier mehr als 14.000 Medikamente unterdosiert haben. Er wurde im Juli 2018 zu zwölf Jahren Haft und einem lebenslangen Berufsverbot verurteilt. Ebenfalls von 2018 stammt ein Medikamentenrückruf, der sehr viele Patienten betraf. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hatte im Juli 2018 über den EU-weiten Rückruf von Medikamenten mit dem blutdrucksenkenden Wirkstoff Valsartan berichtet, die von einem chinesischen Hersteller produziert wurden. Grund waren produktionsbedingte Verunreinigungen der Arzneimittel mit dem als krebserregend geltenden Stoff N-Nitrosodimethylamin (NDMA).

Verschärfte Vorschriften Es waren unter anderem diese aktuellen Fälle, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dazu bewegen haben, die Arzneimittelvorschriften zu verschärfen. Mit dem Gesetzentwurf für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) (19/8753), über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat, soll die Zusammenarbeit zwischen den Behörden von Bund und Ländern verbessert werden, etwa durch eine Informationspflicht über Rückrufe. Zugleich werden die Rückrufkompetenzen der Bundesoberbehörden bei Qualitätsmängeln oder dem Verdacht einer Arzneimittelfälschung erweitert. Zudem soll es häufiger unangemeldete Kontrollen geben in Apotheken, die Zytostatika selbst herstellen. Die Krankenkassen bekommen bei Produktmängeln, etwa bei einem Rückruf,

einen Regressanspruch gegenüber den Pharmafirmen. Für Versicherte fällt bei einer Neuverordnung infolge eines Arzneimittelrückrufs die Zuzahlung weg. Bei Rabattverträgen der Krankenkassen mit Arzneimittelherstellern soll künftig eine bedarfsgerechte Lieferfähigkeit berücksichtigt werden, um Engpässen vorzubeugen.

Globaler Markt Spahn erklärte, der Arzneimittelmarkt beinhalte globale Lieferketten mit zum Teil hohen Gewinnmargen und sei anfällig für Missbrauch. Daher sei es wichtig, auch die Qualität von Wirkstoffen aus Drittländern streng kontrollieren zu können. Die Reform werde die Versorgung sicherer machen. Dem widersprach die Grünen-Abgeordnete Kordula Schulz-Asche, die den Entwurf als „Klein-klein“ bewertete. Es gebe keine Antworten auf die Frage, wie die Qualitätskontrolle verbessert und Fälschungen verhin-

dert werden könnten. Erst wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen sei, wolle das Ministerium aktiv werden. Heftige Kritik an der Neuregelung zur Abgabe preisgünstiger importierter Arzneimittel kam von AfD und Linken, die eine Abschaffung der Importförderklausel forderten. Detlev Spangenberg (AfD) sagte, die Importquote bringe mehr Nachteile als Nutzen, vor allem für deutsche Hersteller. Deutschland müsse bei Arzneimitteln unabhängig sein von ausländischen Produzenten. Sylvia Gabelmann (Linke) argumentierte, die Förderklausel stamme aus einer Zeit, als dies die einzige Möglichkeit gewesen sei, Druck auf die Preise für patentgeschützte Arzneimittel auszuüben. Es sei an der Zeit, das Relikt zu beerdigen. Auch Martina Stamm-Fiebig (SPD) kritisierte mit Blick auf den Valsartan-Skandal die geplante Importförderung. Viele Wirkstoffe würden heute im Ausland hergestellt, Importe zählten zu den größten Schwachstellen bei der Arzneimittelsicherheit. Sie fügte hinzu, mit der Reform könnten Behörden nun verstärkt Inspektionen auch in Drittstaaten veranlassen. Die Skandale der Vergangenheit hätten gezeigt, dass es nach wie vor Sicherheitslücken gebe.

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) rügte die geplante Abschaffung der Direktabgabe von Gerinnungspräparaten durch Ärzte an Patienten mit Hämophilie (Bluterkrankheit). Der neue Vertriebsweg über Apotheken könne zu Versorgungsengpässen bei Patienten führen. Union und SPD sehen auch Beratungsbedarf. Bärbel Bas (SPD) erklärte, die Sorge sei, dass sich die rund 8.000 Patienten nicht mehr in den Hämophiliezentren behandeln ließen. Diese sicherten jedoch eine intensive Betreuung aus einer Hand. Michael Hennrich (CDU) versprach intensive Beratungen zu dem „heiklen Thema“. Claus Peter Kosfeld

> KOMPAKT

Eckpunkte der Arzneimittelreform

> Behörden: Die Rückrufkompetenzen der Bundesoberbehörden bei Qualitätsmängeln oder dem Verdacht einer Arzneimittelfälschung werden erweitert.

> Apotheken: In Apotheken, die Krebsmittel (Zytostatika) selbst herstellen, soll es künftig häufiger unangemeldete Kontrollen geben.

> Kassen: Krankenkassen bekommen bei Produktmängeln, etwa bei einem Rückruf, einen Regressanspruch gegenüber den verantwortlichen Pharmafirmen.

Berufsbetreuer sollen mehr Geld bekommen

RECHT Nach einem gescheiterten Gesetzgebungsversuch der Regierung soll die Vergütung nunmehr um 17 Prozent im Durchschnitt steigen

Die Vergütung der Berufsbetreuer und -vormünder soll deutlich aufgestockt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/8694) vor, den der Bundestag in der vergangenen Woche erstmals beraten und in den Rechtsausschuss überwiesen hat. Geplant ist eine Erhöhung der seit mehr als 13 Jahren unveränderten Vergütung um durchschnittlich 17 Prozent, wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Christian Lange (SPD), in der Debatte sagte. Die Bundesregierung setze mit dem Entwurf eine Vorgabe des Koalitionsvertrages um. Die Erhöhung hat Lange zufolge Auswirkungen auf rund 2.800 Vereinsbetreuer und 13.100 selbstständige Berufsbetreuer, die sich täglich um die rechtlichen Angelegenheiten der ihnen von den Betreuungsgerichten anvertrauten Menschen kümmern. Die Betroffenen seien aufgrund einer

Krankheit oder Beeinträchtigung nicht in der Lage, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Sie bräuchten die Unterstützung der Betreuer, um am Rechtsverkehr teilnehmen und ein möglichst selbstbestimmtes Leben nach ihren eigenen Wünschen führen zu können. Die rechtlichen Betreuer nähmen eine verantwortungsvolle Aufgabe wahr und hätten Anspruch auf eine angemessene Vergütung, argumentierte Lange.

Zweiter Anlauf Als Orientierungspunkt für die höhere Entlohnung seien die Kosten gewählt worden, die bei den Vereinen zur Refinanzierung einer Vollzeit-Vereinsbetreuerstelle im Vergleich zur aktuellen durchschnittlichen Vergütung anfallen. Lange erinnerte daran, dass die Thematik das Parlament bereits zum Ende der vergangenen Legislaturperiode beschäftigt habe. Vor knapp zwei Jahren habe der Bun-



Viele ältere Leute brauchen bei der Organisation ihres Lebens Unterstützung durch professionelle Berufsbetreuer.

© picture-alliance/Ulrich Baumgarten

destag eine Erhöhung um 15 Prozent beschlossen, diese sei aber mangels Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft getreten. Um ein erneutes Scheitern auszu-

schließen, habe es diesmal einen intensiven Austausch mit den Ländern gegeben. Die Vergütungserhöhung werde von der Mehrheit der Bundesländer mitgetragen.

Weiter Debatte um eine Gewissensfrage

ORGANSPENDE Widerspruchs- oder Entscheidungslösung

Nach der Orientierungsdebatte Ende November 2018 liegen seit der vergangenen Woche zwei Vorschläge für eine Neuregelung der Organspende auf dem Tisch. Eine Gruppe von Abgeordneten um Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und den SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach plädiert für die sogenannte doppelte Widerspruchslösung. Diese Regelung sieht vor, dass künftig jeder Bürger ein potenzieller Organspender ist, der dies nicht zu Lebzeiten ausgeschlossen hat.

Jeder soll die Möglichkeit bekommen, in einem zentralen Register einzutragen, ob eine Organentnahme erlaubt oder dem widersprochen wird, wobei die Festlegung jederzeit wieder geändert werden kann. Liegt kein Eintrag vor, werden die nächsten Angehörigen gefragt, ob ihnen ein schriftlicher Widerspruch oder ein der Organentnahme entgegenstehender Wille des Verstorbenen bekannt ist. Ist das nicht der Fall, können Organe entnommen werden. Ein eigenes Entscheidungsrecht haben Angehörige nicht. Seit 2012 gilt in Deutschland die sogenannte Entscheidungslösung. Ohne Zustimmung der betreffenden Person zu Lebzeiten ist eine Organentnahme nicht zulässig. Zugleich werden die Versicherten regelmäßig von den Krankenkassen über die Möglichkeit einer postmortalen Spende informiert und mit Organspendenausweisen versorgt.

Verbindliche Ansprache Ein zweiter Reformvorschlag sieht vor, dass es bei dieser Freiwilligkeit bleibt. Die Gruppe um Grünen-Chefin Annalena Baerbock und den CDU-Abgeordneten Heribert Hirte, der sich Parlamentarier von CSU, SPD, FDP und Linke angeschlossen haben, werben für eine „bewusste und freiwillige Entscheidung“, die „nicht durch den Staat erzwungen“ werden dürfe.

Die Widerspruchslösung führe in die falsche Richtung, wecke Ängste und senke das Vertrauen in die Organspende, heißt es in einer Mitteilung der Initiatoren. Auch dieser Vorschlag beinhaltet ein Online-Register, in dem Bürger ihre Entscheidung dokumentieren und jederzeit ändern können, wobei analog zum Organspendenausweis neben Zustimmung und Ablehnung auch Auswahl und Ausschluss bestimmter Organe sowie die Übertragung der Entscheidung auf eine andere Person möglich sein sollen. Die Ausweisstellen werden dem Vorschlag der „verbindlichen Ansprache“ zufolge dazu verpflichtet, die Bürger mit Informationsmaterial zu versorgen und bei Abholung der Ausweise, spätestens alle zehn Jahre, zur Eintragung in das Spendenregister aufzufordern. Die Entscheidung kann sofort vor Ort oder später getroffen werden. Ferner sollen Hausärzte ihre Patienten regelmäßig über die Organspende beraten und sie zur Eintragung in das Register ermutigen.

»2019 bietet Chancen, die Organspende auf einen guten Weg zu bringen.«

Deutsche Stiftung Organtransplantation

Mehr Spender Die Zahl der Organspender ist seit Jahren viel zu niedrig, um den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Dies soll mit der Reform besser werden. Nach aktuellen Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) hat es 2018 insgesamt 955 postmortalen Organspender gegeben. Das

ist ein Anstieg um rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als die Spenderzahl mit 797 allerdings auf einem Allzeittief lag. Auch die Anzahl der spendenden Organe erhöhte sich von 2.594 um rund 20 Prozent auf 3.113, darunter 1.607 Nieren. Wie aus dem DSO-Jahresbericht 2018 weiter hervorgeht, stehen noch rund 9.400 schwer kranke Patienten auf der Warteliste für ein Spenderorgan.

Der Bundestag hat unlängst einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Strukturen bei der Organspende (19/6915) beschlossen. Dies soll dazu beitragen, dass potenzielle Organspender besser erkannt werden. Dazu wird die Rolle der Transplantationsbeauftragten in den Entnahmekrankenhäusern gestärkt. Die Kliniken bekommen zudem mehr Geld. In absehbarer Zeit soll ohne Fraktionszwang über die gesetzliche Grundlage für die Organspende entschieden werden. Die DSO erklärte, das Jahr 2019 biete Chancen, die Organspende auf einen anhaltend guten Weg zu bringen.

pk

Möglichst keine Fixierung

RECHT Mehr Schutz von Menschen in Haft und Psychiatrie

Die Rechte von Menschen in Haft und in geschlossenen Anstalten der Psychiatrie sollen gestärkt werden. Über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (19/8939) beriet der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals. Mit der Vorlage reagiert die Koalition auf eine Forderung des Bundesverfassungsgerichts. Das Verfassungsgericht hatte entschieden, dass die sogenannte Fixierung einen Eingriff in das Grundrecht der Betroffenen darstellt. Bei nicht nur kurzfristiger Dauer handele es sich um eine erneute Freiheitsentziehung, über die ein Richter neu entscheiden müsse. Mit dem Entwurf soll nun ein richterliches Verfahrensrecht für Fixierungen in der Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erziehungshaft, Straftaft, im Maßregelvollzug, in der Untersuchungshaft, der vorläufigen Unterbringung und im Jugendarrest sowie für Fälle der freiheitsentziehenden Fixierung psychisch Kranker geschaffen werden.

Der Redner der Opposition seien viel Raum für Verbesserungen. So verwies Canan Bayram (Grüne) auf die in einer seit längerem vorliegenden Stellungnahme des Deutschen Richterbundes enthaltenen Kritikpunkte, die sich im Entwurf nicht wieder-

fänden. Alle Beteiligten sollten gehört werden, bevor so weitgehend in Rechte von Betroffenen eingegriffen werde, die sich größtenteils nicht wehren könnten. Auch AfD und FDP setzen auf Nachbesserungen. Die Linke lehnt den Entwurf ab. Er trage nichts dazu bei, dem Ziel einer gewaltfreien Psychiatrie so nah wie möglich zu kommen, sagte die Abgeordnete Sylvia Gabelmann.

Johannes Fechner (SPD) begründete den Gesetzentwurf mit der Notwendigkeit, klare rechtsstaatliche Regelungen für Grundrechtseingriffe bei Inhaftierten und Patienten zu schaffen. Der Entwurf sehe unter anderem vor, dass bei länger als einer halben Stunde andauernden Fixierungen eine richterliche Genehmigung eingeholt werden muss. Damit werde für alle Beteiligten, zu denen auch Polizei- und Strafvollzugsbeamte sowie Pfleger gehörten, Rechtssicherheit geschaffen. Volker Ullrich (CSU) sagte, Fixierungen sollten wenn möglich vermieden werden. Sie verböten sich immer dann, wenn sie aus Hilflosigkeit oder Personalmangel vorgenommen werden. Auch Menschen, die in einer Einrichtung untergebracht seien, verlören ihre Würde und Rechte nicht.

mwo

Diese würden gebraucht und dürften nicht gezwungen sein, ihre Arbeit aufzugeben, weil sie zu wenig Geld verdienen. Es gebe dringenden Handlungsbedarf. Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf werde ein Rahmen gesteckt, in dem zwar nicht alle Wünsche wahr würden. Die meisten Rückmeldungen seien jedoch positiv. In diesem Zusammenhang verwies sie auf eine für den 8. Mai geplante Anhörung von Sachverständigen zu dem Thema im Rechtsausschuss. Weitere Abgeordnete gaben ihre Reserven angesichts der fortgeschrittenen Zeit zu Protokoll.

Michael Wojtek

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Rückblende: Am 29. Juni 1995 nahm der Bundestag die Beschlussempfehlung des Ältestenrates auf Drucksache 13/1803 an. Der Bundestag, hieß es darin, „wird mit Wirkung von der 15. Wahlperiode an auf unter 600 Abgeordnete verkleinert (heutiger Stand 672 minus höchstens bis 100 Abgeordnete)“. Im Oktober 1996 folgte die entsprechende Änderung des Bundeswahlgesetzes, mit der die Abgeordnetenzahl auf den bis heute geltenden Sollwert von 598 reduziert wurde: Die Hälfte von ihnen ist in den 299 Wahlkreisen mit der Erststimme direkt zu wählen und der Rest via Zweitstimme über die Landeslisten der Parteien.

Wirksam wurde die Neuregelung ab der Bundestagswahl 2002, bei der die Zahl der Parlamentarier von 669 auf 603 sank: auf eben 598 plus fünf Überhangmandaten. Letztere entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate gewinnt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen.

Das ist lange her. Seitdem gab es vier Bundestagswahlen, bei denen die Abgeordnetenzahl kontinuierlich stieg – zunächst nur aufgrund zunehmender Überhangmandate, ab 2013 dann auch durch zusätzliche Ausgleichsmandate. Sie waren damals bei einer Wahlrechtsreform nach Urteilen des Bundesverfassungsgerichts eingeführt worden, um die Überhänge zu kompensieren. Bestrebungen nach einem weiteren Reformschritt mit dem Ziel, die Zahl der Abgeordneten wieder zu begrenzen, scheiterten indes in der vergangenen Wahlperiode.

Rekordzahl Seit der Bundestagswahl von 2017 gehören dem Hohen Haus nun 709 Mitglieder an: Zu der Rekordzahl von 46 Überhangmandaten (43 für die CDU/CSU und drei für die SPD) gesellten sich nun 65 Ausgleichsmandate, womit die Sollstärke von 598 in der laufenden Legislaturperiode um ganze 111 Sitze übertroffen wird. Zu viel, heißt es auch im Parlament selbst. Abhilfe wurde erhofft von einer Arbeitsgruppe, der unter Vorsitz von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Parteien angehörte und die ihre Beratungen nach rund einem Jahr vergangene Woche abschloss. Das ernüchternde Ergebnis: „Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht gelungen, zu einem Konsens zu kommen“, teilte Schäuble anschließend den Fraktionsvorsitzenden in einem Brief mit. Dabei sind, wie er hinzufügte, auf Grundlage aktueller Meinungsumfragen beim jetzigen Wahlrecht auch Mandatszahlen von „weit über 800 vorstellbar“. Gleichwohl hätten sich alle denkbaren Alternativen zum geltenden Wahlrecht nicht als konsensfähig erwiesen, resümierte der Bundestagspräsident. Zugleich warb er dafür, die Zahl der Wahlkreise (und damit der Direktmandate) von 299 auf 270 zu reduzieren und gleichzeitig – wie 2012 vom Bundesverfassungsgericht für zulässig erachtet – bis zu 15 Überhangmandate nicht auszugleichen: Dieses Modell, das allen Fraktionen Zugeständnisse abverlangt, „würde nach Berechnungen des Bundeswahlleiters und der RWTH Aachen auf der Basis des Wahlergebnisses von 2017 zu einer Gesamtgröße des Bundestages von 641 Sitzen führen“, fügte Schäuble hinzu und bat die Fraktionen, „zeitnah eine Verständigung und Entscheidung herbeizuführen“.

Kein Konsens

WAHLRECHT Fraktionen können sich nicht auf Vorschlag zur Verkleinerung des Parlaments einigen



Nach der Bundestagswahl 2017 mussten Handwerker im Plenarsaal des Bundestages Sitze für 709 Abgeordnete einrichten – so viel wie noch nie in der Geschichte des Parlaments.

© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

CDU und CSU, die 2017 mit weitem Abstand die meisten Direktmandate erringen konnten, dürften von einem Verzicht auf eine Kompensierung von bis zu 15 Überhangmandaten am stärksten profitieren – was denn auch bei der SPD wie in der Opposition auf Ablehnung stößt. So betonte für die SPD-Fraktion ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Schneider zwar weiterhin eine Lösung anzustreben und auch „grundsätzlich Chancen für eine Einigung“ zu sehen. Allerdings, fügte er hinzu, könne die Basis für eine solche Einigung kein Vorschlag sein, „der einseitig eine Partei beziehungsweise Fraktion bevorzigt“. Entscheidend sei, „dass das Wahlrecht die Sitze entsprechend der Stimmverhältnisse nach dem Wahlvotum abbildet“. Für den AfD-Abgeordneten Albrecht Glaser ist die Reform „daran gescheitert, dass die Interessen der Mandatsbesitzer größer wa-

ren als der Reformwille“. Um die „Kultur der Ausgleichs- und Überhangmandate“ zu beseitigen, müsse bei der Zahl der Direktmandate eingegriffen werden.

Kritik an Union Der FDP-Wahlrechtsexperte Stefan Ruppert warf der Union vor, sie habe einen Kompromiss für ihren eigenen parteipolitischen Vorteil verhindert. Er monierte, ein Verzicht auf den Ausgleich von 15 Überhangmandaten sei ein „partei-politischer Bonus zu Lasten der Steuerzahler“. Für Die Linke kritisierte ihr Rechtsexperte Friedrich Straetmanns, dass CDU und CSU die einzigen Profiteure einer solchen Reform wären. Die beiden Unionsparteien wollten ein Wahlrecht, „das allein ihnen nutzt“. Die Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, die für eine Verkleinerung der Zahl der Wahlkreise plädierte, erklärte, die

Union müsse „aufhören, echte Lösungen zu blockieren“. Schäubles Vorschlag „bevorzugt die CDU/CSU“. Die wiederum äußerte Bedenken gegenüber dem Vorschlag, die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren. Dies würde „zu einer größeren Distanz zwischen Abgeordneten und Bevölkerung führen und die notwendige demokratische Repräsentanz vor Ort ganz erheblich beschädigen“, argumentierten die Parlamentarischen Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), und der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller. Weiterhin richtig fänden sie es dagegen, „die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen und mindestens 15 Überhangmandate nicht durch zusätzliche Listenmandate auszugleichen“. Schließlich würde das „schon zu einer spürbaren Verkleinerung des Bundestages führen“. Helmut Stoltenberg

Zu viele weiße Flecken

ARBEIT Nicht nur die Linke will Tarifbindung stärken

Immer weniger Beschäftigte in Deutschland arbeiten noch zu Bedingungen eines Tarifvertrages: 1998 arbeiteten noch 76 Prozent der westdeutschen und 63 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten zu Tarifverträgen. 2017 waren dies nur noch 57 beziehungsweise 44 Prozent, wie Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belegen. Diesen Trend will Die Linke stoppen und hat deshalb einen Antrag (19/8963) vorgelegt, der vor allem darauf abzielt, die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen einer Branche im Tarifausschuss zu erleichtern. Außerdem sollen öffentliche Aufträge des Bundes nur noch an tarifreife Firmen vergeben werden. In einer Debatte über diesen Antrag am vergangenen Freitag teilten diesen Vorschlag uneingeschränkt nur die Grünen, die SPD verwies auf ihre eigenen Ideen aus ihrem Sozialstaatspapier, die aber in eine ähnliche Richtung gehen. Union und FDP betonten vor allem den Autonomieaspekt in der Tarifpartnerschaft und die AfD beklagte den negativen Einfluss von EU-Regelungen und EU-Rechtsprechungen. Bernd Riexinger (Linke) rechnete vor, dass es im Osten Deutschlands einen Unterschied von 400 Euro im Monat ausmache, je jemand in der Gastronomie mit oder ohne Tarifvertrag arbeite. „Tarifverträge sind ein öffentliches Gut“, betonte er. Auch die Koalition wolle die Tarifbindung stärken und führe deshalb Gespräche mit Arbeitgeber und Gewerkschaften, bekräftigte Uwe Schummer (CDU). „Wir werden Regelungen finden, aber nur mit den Tarifpartnern und nicht gegen sie“, sagte er.

Uwe Witt (AfD) beklagte den Anstieg prekärer Beschäftigung. Aber trotz ihrer Lippenbekenntnisse habe die Große Koalition bisher nichts gegen die sinkende Tarifbindung getan. Die AfD-Fraktion fordere eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, weil viele deutsche Regelungen zum Arbeitnehmerschutz durch EU-Regelungen unterlaufen würden, sagte Witt.

Bernd Rützel (SPD) versicherte: „Tarifverträge sichern in erheblichem Maß den sozialen Frieden in Deutschland.“ Dort, wo es Tarifbindung gebe, gehe es den Menschen besser, deshalb müsse die sinkende Tarifbindung gestoppt werden. Zwar sei die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen bereits 2014 erleichtert worden, dies reiche aber noch nicht aus. „Wir brauchen ein Tarifreuegesetz auch auf Bundesebene“, betonte Rützel.

Till Mansmann (FDP) nannte es „grundsätzlich gut“, wenn der Staat die Rahmenbedingungen für die Tarifautonomie schaffe. Aber Die Linke wolle mit ihren Vorschlägen die neutrale Rolle des Staates abschaffen, kritisierte er. Ein fehlender Tarifvertrag bedeute im Übrigen nicht automatisch die Ausbeutung der Beschäftigten, sagte Mansmann.

Ihre Fraktion unterschreibe die Zielsetzung des Linken-Antrags „ohne Wenn und Aber“, betonte Beate Müller-Gemmeke (Grüne). Die weißen Flecken in der Tariflandschaft würden größer, deshalb „wollen auch wir die Spielregeln im Tarifausschuss ändern, weil sie derzeit eine Allgemeinverbindlicherklärung viel zu oft blockieren“, sagte sie. Claudia Heine

Suche nach dem Monster

MINDESTLOHN Nur die FDP will weniger Dokumentation

Mit ihrem Ziel, die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn zu reduzieren, stößt die FDP-Fraktion auf breite Ablehnung der anderen Fraktionen. Das wurde während der Debatte über einen Antrag (19/7458) der FDP in der vergangenen Woche deutlich. Die Fraktion kritisiert die Dokumentation der Arbeitszeit, wie sie das Mindestlohngesetz vorschreibt, als zu bürokratisch. Als Nachweis für die Arbeitszeit solle die monatliche Lohnbescheinigung mit der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden und dem daraus resultierenden Bruttolohn ausreichend sein, schreibt die FDP. Thomas Kemmerich (FDP) warf der Bundesregierung vor, dem Mittelstand zu misstrauen. Beim Mindestlohn werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Nötig sei ein Vertrauensbeweis an den Mittelstand, den liefere die FDP mit ihrem Antrag. Matthias Zimmer (CDU) sprach dagegen von einem „liberalen Bürokratiemonster“, das die FDP da an die Wand male. Es gehe der FDP nicht darum, die Ehrlichen zu verteidigen, sondern zum Schutzpatron der Unehrllichen zu werden. Der Wettbewerb dürfe aber nicht dadurch geführt werden, dass der Mindestlohn über eine Ausdehnung der Arbeitszeiten unterschritten werde, so Zimmer.

Jürgen Pohl (AfD) warf der FDP vor, mit den immer gleichen Schlagworten die Rechte der Arbeitnehmer aushöhlen zu wollen. Dies sei reine Klientelpolitik à la Mövenpick. „Es geht der FDP doch nur darum, durch die Hintertür am Mindestlohn zu arbeiten.“ Mit diesem Antrag würden die Wild-West-Zustände bei den Paketzustellenden nur verfestigt, sagte er. Bernd Rützel (SPD) betonte: „Es wäre ehrlich gewesen zu sagen: Wir sind gegen den Mindestlohn.“ Auch die SPD baue gern unnötige Bürokratie ab. „Aber wenn wir wollen, dass unsere Gesetze angewendet und eingehalten werden, dann brauchen wir Kontrollen.“ Jede Arbeitsstunde müsse bezahlt werden, sagte er.

Susanne Ferschl (Die Linke) warf der FDP vor, „immer die gleiche Leier“ zu spielen. „Es geht doch aber nicht um unnötige Bürokratie, sondern darum, dass Beschäftigte nicht um ihren Lohn und der Staat nicht um die Sozialbeiträge betrogen werden.“

Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, es reiche nicht, wie die FDP es tue, auf den Arbeitsvertrag oder die Lohnbescheinigung zu verweisen. Die Menschen müssten darauf vertrauen, dass der Mindestlohn nicht nur auf dem Papier stehe, sagte sie. che

KURZ NOTIERT

Antrag zu Kommission »Direkte Demokratie« abgelehnt

Der Bundestag hat vergangene Woche einen Antrag der AfD-Fraktion auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“ (19/1699) abgelehnt. Der Vorlage zufolge sollte die Enquete-Kommission einen Gesetzentwurf vorbereiten, der „insbesondere im Einklang mit dem Grundgesetz steht und die Vereinbarkeit der durch das Volk beschlossenen Gesetze mit höherrangigem Recht und dem Völkerrecht gewährleistet“.

Regierungsentwurf zu Zensus 2021 überwiesen

Einen Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021“ (19/8693) hat der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwiesen. Mit dem Gesetz soll die Rechtsgrundlage für die Durchführung des Zensus 2021 geschaffen werden. Laut Vorlage umfasst er eine Bevölkerungszählung sowie eine Gebäude- und Wohnungszählung, eine Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis und Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen. Genutzt werden sollen in erster Linie schon vorhandene Verwaltungsdaten. sto

Komplize oder nicht?

AMRI-AUSSCHUSS Zeuge berichtet über Ben Ammar

Einen Lastwagen kapern. Den Fahrer erschließen. Einen Weihnachtsmarkt überrollen – macht man das allein? Braucht man dazu einen Helfershelfer? Anis Amri, der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, hatte seinen tunesischen Landsmann Bilel Ben Ammar. Einen Drogenkomplizen, Freund, Vertrauten – auch Mitläufer beim Anschlag? Am Vorabend der Tat saßen Amri und Ben Ammar noch in einem Imbiss beisammen. Nach dem Anschlag war Ben Ammar zehn Tage abgetaucht, bevor er am 30. Dezember 2016 festgenommen wurde. Es gibt ein Foto vom Tatabend, das Ben Ammar mit blauen Handschuhen auf dem Breitscheidplatz zeigen soll. Die Vermutung steht im Raum, er habe dort einen Mann mit einem Kantholz niedergeschlagen, um Amris Flucht zu decken. Schließlich wurde er abgeschoben, am 1. Februar 2017, kaum anderthalb Monate nach der Tat. Warum so hastig, fragen seither die Skeptiker. Um seine Tatbeteiligung zu vertuschen? Oder weil er für den marokkanischen Geheimdienst arbeitete?

Ärger über Berichte Vor dem 1. Untersuchungsausschuss („Breitscheidplatz“) saß in der vorigen Woche einer, dem das alles nicht so recht einleuchten will. Er habe die Berichterstattung der jüngsten Zeit über Ben Ammars angebliche Rolle „mit großem Ärger“ zur Kenntnis gekommen, sagte Kriminaldirektor Dominik Glorius. Der heute 52-Jährige leitet beim Bundeskriminalamt (BKA) das Referat ST 25 „Völkerstrafrecht“. Seit Juli 2016 war er zwei Jahre lang in Berlin eingesetzt und dort in führender Funktion an den Ermittlungen beteiligt, die auf Amris Anschlag folgten. Für

Glorius steht fest: Eine konkrete „Unterstützungshandlung“ beim Attentat ist Ben Ammar nicht nachzuweisen. Schon die Bundesanwaltschaft habe, als sie die Ermittlungen gegen ihn einleitete, in aller Vorsicht von einem „Anfangsverdacht“ gesprochen, er könnte „in nicht näher zu bestimmender Art und Weise Beihilfe“ geleistet haben. In der Untersuchungshaft hätten Beamte des BKA ihn zweimal stundenlang verhört, ohne viel zu erfahren. Ben Ammar habe eingeräumt, Amri gekannt zu haben, eine eigene radikalislamische Gesinnung aber bestritten. Amri sei für diesen in erster Linie ein Geschäftsfreund im Drogenhandel gewesen, erläuterte der Zeuge.

Mann mit Handschuhen Der Mann mit den blauen Handschuhen am Tatort sei mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht Ben Ammar gewesen. Es gebe andere Fotos, die zeigten, wie derselbe Mann Verletzten erste Hilfe leistete. Auch unter seinen BKA-Kollegen, meinte Glorius, habe es Zweifel gegeben, ob auf dem Tatortfoto nicht doch Ben Ammar zu sehen sei. Allerdings hätten jene Beamten, die ihm in den beiden Vernehmungen gegenüberstanden, dies ausgeschlossen.

Nach seiner Festnahme hätten die Behörden Ben Ammar wegen eines geringfügigen Sozialhilfebetrugs in Haft behalten, um ihn nicht wieder aus den Augen zu verlieren. Ende Januar 2017 habe sich abgezeichnet, dass die Haft nicht weiter verlängert werden könne. Um ihn nicht auf freien Fuß setzen zu müssen, habe das BKA deswegen „im Einvernehmen mit der Bundesanwaltschaft“ seine Abschiebung befürwortet. Winfried Dolderer

Umstrittene Verträge

VERTEIDIGUNG Ministerium gelobt Besserung

Manchmal sei ein gutes „Prüfernaschen“ durchaus von Nutzen, sagte Hans-Joachim Waller vom Bundesrechnungshof schmunzelnd. Auch der richtige Riecher habe dabei geholfen, der Fülle von fehlerhaften Verträgen bei der Vergabe von Aufträgen an externe Firmen auf die Spur zu kommen, sagte er in der vergangenen Woche als Zeuge im Beratervertrag-Untersuchungsausschuss. Waller kündigte an, dass seine Behörde in absehbarer Zeit überprüfbar wird, ob das Bundesverteidigungsministerium seine Praxis bei der Vergabe von solchen Verträgen nach der Kritik an Verstößen gegen Regeln und Recht tatsächlich geändert hat.

Überraschendes Ausmaß Bei der Sitzung unter Vorsitz von Wolfgang Hellmich (SPD) sagte Waller, das Ministerium habe die entsprechende Dienstvorschrift verschärft: „Wenn diese eins zu eins befolgt wird, dürften Fehler eigentlich nicht mehr auftreten.“ Allerdings habe der Bundesrechnungshof schon 2008 und 2009 Vertragsabschlüsse mit Externen beanstandet und dennoch zwischen 2016 und 2018 wieder Fehler festgestellt. Auf die Frage, ob die Bundeswehr aus den untersuchten Vorgängen gelernt habe, sagte er: „Das hoffe ich.“ Aber selbst nach den alten Vorgaben hätte es nicht zu den Verstößen kommen dürfen, wenn sich alle daran gehalten hätten, gab er sich überzeugt.

Es geht dabei um Verträge der Bundeswehr mit externen Firmen, die dem Bundesrechnungshof wegen der hohen Zahl der Vergaben und der hohen Quote von Regelverstößen wie fehlende Prüfung von Bedarf und Wirtschaftlichkeit aufgefallen waren. „Das Ausmaß der Verstöße hat uns alle über-

rascht, erläuterte Waller. Das Ministerium habe sein rechts- und regelwidriges Verhalten inzwischen eingeräumt, aber herausgestellt, dass es keine Hinweise auf persönliche Verfehlungen gebe. Ausdrücklich nicht zu Eigen mache sich der Bundesrechnungshof die Einschätzung des Ministeriums, dass kein wirtschaftlicher Schaden entstanden sei, betonte Waller. Die Verantwortlichen müssten ermittelt werden. Sein Kollege Helmut Peters hatte in der vorangegangenen Ausschusssitzung von einem Schaden in Höhe von gut einer Million Euro gesprochen, weil die Bundeswehr im IT-Bereich einen Auftrag an eine Firma erteilt habe, die selbst nie tätig geworden sei, aber Rechnungen von Subunternehmern mit Aufschlag weitergereicht habe. Auf eigene Suche nach Verantwortlichen mache sich der Bundesrechnungshof laut Waller nicht: „Wir gucken nur auf das Papier und nicht, wer dahinter steckt.“

Geänderte Abläufe Am zweiten Sitzungstag mit Beweisnahmen wandte sich der Ausschuss erstmals auch den Abläufen und Verantwortlichkeiten im Ministerium bei Verträgen mit externen Firmen zu. Der Leiter der Abteilung Haushalt und Controlling im Ministerium, Karl-Henning Bald, räumte eine „Fülle von Fehlern“ insbesondere bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung ein. Es würden nun die Lehren gezogen „aus Fehlern, die wir in der Vergangenheit gemacht haben“. So seien zum Beispiel Vergabevorschriften als auch Transparenzregeln geändert worden bei Verträgen, die sich auf externe Unterstützung der Bundeswehr beziehen. Vieles sei also bereits erreicht worden, sagte Bald. Franz Ludwig Averdunk

Stichtag für Einsatzmedaille

VERTEIDIGUNG Die FDP-Fraktion ist mit ihrer Forderung nach einer Streichung der Stichtagsregelung bei der Verleihung der Einsatzmedaille der Bundeswehr gescheitert. Der Bundestag lehnte den entsprechenden Antrag (19/6055, 19/8588) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der CDU/CSU-, der SPD- und der Linken gegen das Votum der Fraktionen der AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab. Die Einsatzmedaille der Bundeswehr ist eine Auszeichnung für die Teilnahme an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Für die Verleihung galt bislang der 30. Juni 1995 als Stichtag, für die Einsatzmedaille „Gefecht“ der 29. April 2009. Nach Ansicht der Liberalen schließt die Stichtagsregelung Soldaten und Zivilpersonal der Bundeswehr in früheren Einsätzen von einer Würdigung aus. Dies werde von den Soldaten als ungerecht empfunden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Silberhorn (CSU) verwies darauf, dass der Stichtag für die Einsatzmedaille „Gefecht“ sei deshalb gewählt worden, weil am 29. April 2009 mit dem Hauptgefreiten Sergej Motz in Afghanistan erstmals ein Bundeswehrsoldat in einem Gefecht getötet worden sei. Der FDP-Abgeordnete Alexander Müller entgegnete, dass durch die Vorverlegung ein willkürlich gewählter Stichtag durch einen anderen ersetzt worden sei. Auch vor 1991 seien Soldaten im Ausland eingesetzt und auch vor 2009 in Gefechte verwickelt worden. aw





Theresa May (links) und Oppositionschef Jeremy Corbyn (rechts) wollen gemeinsam einen Ausweg aus dem Brexit-Chaos finden. Bislang waren ihre Einigungsversuche jedoch erfolglos.

© picture-alliance/Photoshot/ZUMAPRESS.com

»Klimahilfen erhöhen«

ENTWICKLUNG Die Weltgemeinschaft muss nach Ansicht von Rixa Schwarz von der Entwicklungs- und Umweltorganisation German Watch die Mittel für die internationale Klimafinanzierung stark erhöhen, um die Zusagen des Pariser Klimaabkommens erfüllen zu können. „Der Schutz der vom Klimawandel Betroffenen ist mit den bisherigen Beiträgen nicht gewährleistet“, betonte Schwarz vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bei der Umsetzung des Klimaabkommens klappe „eine riesige Lücke“.

Der Bedarf an schneller Finanzierung wachse auch, weil einige Länder es nicht mehr schaffen, sich von den oft kurz aufeinanderfolgenden Extremwetterereignissen zu erholen. Auch Deutschland müsse bei seinen kurz- und mittelfristigen Zielen ehrgeiziger werden.

Das sah auch eine Vertreterin der SPD-Fraktion so. Zwar lobte sie, dass Deutschland auf internationaler Bühne eine positive Rolle spiele, doch seien mehr nationale Anstrengungen nötig. Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion sah die Notwendigkeit eines größeren deutschen Engagements besonders in den Bereichen Landwirtschaft und Bauen. Nach Ansicht der FDP gibt Deutschland viel Geld für Klimaschutz aus, doch sei der Erfolg fraglich.

Die Linksfraktion forderte die Bundesregierung auf, die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stärker bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen. Auch die Unionsfraktion ist der Meinung, dass mehr getan werden muss, um die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Länder gegenüber klimabedingten Risiken zu erhöhen. Die Grünen sehen die weitreichenden Beschlüsse des UN-Klimagipfels im Dezember 2018 in Kattowitz allein als kein gutes Signal, dass nun mehr passiere. Entscheidend sei, welche konkreten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt würden, betonte ein Vertreter der Fraktion. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Norbert Barthle (CSU), verwies im Ausschuss auf die Zusage von Ressortchef Gerd Müller (CSU), den Grünen Klimafonds wiederaufzuladen und mit 1,5 Milliarden Euro auszustatten. Außerdem habe Müller die Allianz für Entwicklung und Klima ins Leben gerufen, an der sich bisher 240 deutsche Unternehmen beteiligten.

job II

Ja zu Vertrag mit Armenien

AUSWÄRTIGES Der Bundestag hat das Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Armenien (CEPA) gebilligt. Eine breite Mehrheit stimmte am vergangenen Donnerstag bei Enthaltung der Fraktionen AfD und Die Linke für das von der Bundesregierung vorgelegte Ratifikationsgesetz (19/7835).

Ziel von CEPA ist eine stärkere Annäherung an das EU Normen- und Regulierungssystem sowie die Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Das Abkommen soll einem bereits vorher verhandelten Assoziierungsabkommen gleichen, mit der Ausnahme, dass die Einrichtung einer Freihandelszone entfällt. Dies sei wegen des Beitritts Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion nicht mehr möglich, heißt es in der Begründung der Bundesregierung.

„Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, Armenien beim Aufbau der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen“, betonte Barbara Hendricks (SPD) in der Debatte. Manfred Grund (CDU) stellte klar, dass sich für die EU mit Blick auf die Länder der Östlichen Partnerschaft keine Beitrittsfrage stelle, das Ziel der Nachbarschaftspolitik aber sei, „einen Ring befreundeter Staaten um die Europäische Union zu schaffen“.

Renata Alt (FDP) nannte Armenien „ein zerrissenes Land, zerrissen zwischen Russland und Europa“. Sie sei sich sicher, „dass die EU der einzige Partner ist, der die richtigen Impulse für eine Modernisierung Armeniens geben kann“. Auch für Manuel Sarrazin (Grüne) ist das Abkommen „ein wichtiger und herausragender Schritt auf dem Weg, den die EU und Armenien gehen können und sollten“.

Anton Friesen (AfD) bezweifelte, dass die finanzielle Unterstützung, die die EU Armenien gewähre – 160 Millionen Euro zwischen 2017 und 2020 – „transparent und konditional“ erfolge. Andrej Hunko (Linke) wertete Teile des Abkommens kritisch, lobte aber, dass es Armenien, anders als das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, nicht vor die Alternative stelle, sich zwischen Russland und der EU entscheiden zu müssen.

job II

Vor dem großen Knall

GROSSBRITANNIEN Sonderrat der EU entscheidet am Mittwoch über das weitere Vorgehen beim Brexit

Lange Zeit galt der 29. März 2019 als Schicksalstag für die Europäische Union und Großbritannien. Nun ist es der 10. April, Mittwoch dieser Woche. Erneut setzen sich die 27 EU-Staaten dann mit Premierministerin Theresa May zusammen, um endlich die Frage zu klären: Welchen Brexit soll es geben? Gibt es ihn überhaupt? Läuft es auf eine abermalige Verlängerung der Brexit-Frist hinaus? Endet das Drama gar im schlechtesten Szenario, dem No Deal?

Am vergangenen Freitag nahm EU-Ratspräsident Donald Tusk das Heft des Handelns aus Mays Hand. Er schlägt Nachrichtenagenturen zufolge den Mitgliedstaaten einen „flexiblen“ Aufschub von zwölf Monaten für den Austritt der Briten vor. Fast zeitgleich ging in Brüssel ein Brief von Theresa May ein mit der Bitte, den Termin für den Brexit auf den 30. Juni zu verschieben. May sagte zugleich erstmals, dass ihre Regierung Notfallpläne für die britische Teilnahme an der Europawahl erstellen werde, sollte ein Abkommen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nicht erreicht werden.

»Das Land braucht nationale Einheit in nationalem Interesse.«

Theresa May, Premierministerin

Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich die 27 EU-Staaten auf eine Verlängerung ohne Bedingungen einlassen, weil dies juristische Folgen für die Konstituierung des EU-Parlaments haben könnte. In deutschen Regierungskreisen plädieren Vertreter schon länger für eine Ausdehnung der Frist über die EU-Wahl hinaus. Schon beim vergangenen Europäischen Rat am 21. März hatten die 27 übrigen Staats- und Regierungschefs der EU sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Einstimmig setzten sie London zwei Leitplanken: Entweder May bekommt bis zum 12. April ihren bereits Ende November geschlossenen Deal endlich durch das Unterhaus. Dann erfolgt der Austritt am 22. Mai, dem Tag vor Beginn der Europawahlen. Oder aber sie legt einen Vorschlag für eine Verlängerung vor.

Eine Verlängerung würde in jedem Fall eine Teilnahme der Briten an der EU-Wahl voraussetzen – für die große Mehrheit in Mays Partei, aber auch in der Opposition, eine Furcht einflößende Vorstellung. „Wir würden das Vertrauen der Bürger in unser politisches System verspielen, wenn sie eine Organisation wählen müssten, die sie eigentlich verlassen wollen“, warnt Brexit-

Minister Stephen Barclay. Angesichts dieses „Schreckensszenarios“ wäre ein überwältigender Druck zu erwarten, dass sich alle Beteiligten nun zum späten Kompromiss durchringen. Aber von einem klaren Plan war bis Ende vergangener Woche in London weiter nichts zu sehen. Zwar hatte May am Dienstag zuvor eine erstaunliche Kehrtwende gemacht und verkündet, dass sie „nun handle, um die Blockade aufzubrechen“. Das Land brauche „nationale Einheit im nationalen Interesse“. Sie werde daher mit Oppositionsführer Jeremy Corbyn zusammenkommen und „einen gemeinsamen Plan zu finden versuchen, an den wir uns beide halten, um sicherzustellen, dass wir die Europäische Union mit einem Abkommen verlassen“.

Drei Gesprächsrunden fanden daraufhin in der Downing Street statt. Doch statt zu einer „nationalen Einheit“ zu gelangen, brachen in beiden Parteien umgehend die alten Konflikte auf. So warfen die Tory-Hardliner May vor, die Existenz der Konservativen und der gesamten Nation aufs Spiel zu setzen. Die Einladung der Regierungschefin an den Oppositionschef legitimierte „einen Marxisten, dessen einziges Lebensziel es ist,

unserem Land zu schaden“, wettete Erz-Brexit-Anhänger Iain Duncan Smith. Für ihn und andere bedeutet Mays Zuehen auf die Labour-Partei, dass die Konservative auf einen „weicheren“ Brexit zusteuert, will sie wirklich einen Kompromiss mit Labour finden. Einen solchen sehen die Hardliner als ultimativen Verrat an, weil der Verbleib in einer Zollunion den Abschluss eigener Handelsverträge blockiert.

Die Labour-Partei hat sich schon vor Monaten auf eine Zollunion mit der Europäischen Union festgelegt, weil das den grenzüberschreitenden Handel wesentlich erleichtern würde. Zudem würde das Wegfallen von Zöllen das Aufbauen physischer Kontrollen in der heiklen Grenze zu Nordirland fast überflüssig machen. In Mays Kabinett taten sich Schatzkanzler Philip Hammond bezeichnete ein zweites Referendum in einem Fernsehinterview, als „angebrachten Vorschlag“. Gesundheitsminister Matt Hancock lehnte einen neuerlichen Umengang indes kategorisch ab. Dieser spalte nur, statt etwas zu entscheiden.

Ein Streit, der in seiner Heftigkeit ebenso die Labour-Partei ergriff. Deren Chef Cor-

»Ein neues Referendum spaltet nur, statt etwas zu entscheiden.«

Matt Hancock, Gesundheitsminister

tye Risse auf. Schatzkanzler Philip Hammond bezeichnete ein zweites Referendum in einem Fernsehinterview, als „angebrachten Vorschlag“. Gesundheitsminister Matt Hancock lehnte einen neuerlichen Umengang indes kategorisch ab. Dieser spalte nur, statt etwas zu entscheiden.

Ein Streit, der in seiner Heftigkeit ebenso die Labour-Partei ergriff. Deren Chef Cor-

tye Risse auf. Schatzkanzler Philip Hammond bezeichnete ein zweites Referendum in einem Fernsehinterview, als „angebrachten Vorschlag“. Gesundheitsminister Matt Hancock lehnte einen neuerlichen Umengang indes kategorisch ab. Dieser spalte nur, statt etwas zu entscheiden.

Ein Streit, der in seiner Heftigkeit ebenso die Labour-Partei ergriff. Deren Chef Cor-

Schwieriger Partner am Bosphorus

EUROPA AfD will Türkei-Beitrittsverhandlungen und Finanzhilfen endgültig stoppen. Übrige Fraktionen wollen Zivilgesellschaft weiter unterstützen

Ein Antrag (19/8987) der AfD-Fraktion, indem diese die Bundesregierung auffordert, die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei sofort zu beenden und Vorbereitungen vollständig einzustellen, ist bei den übrigen Fraktionen auf Ablehnung gestoßen. Zwar übten auch sie in der Debatte am vergangenen Donnerstag massive Kritik an den Entwicklungen im Land unter Präsident Recep Tayyip Erdogan, der seit dem Militärputsch Mitte 2016 massiv gegen Kritiker vorgeht; einen EU-Beitritt schlossen sie unter diesen Umständen klar aus. Die EU sollte dennoch diejenigen unterstützen, „die sich auf europäische Werte beziehen“ und sich in der Türkei für Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit einsetzen, betonte unter anderem Matern von Marschall (CDU).

Er wies darauf hin, dass die Beitrittsgespräche seit Juni 2018 ohnehin auf Eis liegen. „Es werden keine neuen Kapitel eröffnet, und es werden keine abgeschlossen.“ Im September 2018 hat die EU außerdem die Vorbereitungen, mit denen die Kandidatenländer fit für einen späteren EU-Beitritt gemacht werden sollen, um fast 40 Prozent gekürzt.

„Die Türkei gehört nicht zu Europa“, hatte Siegbert Droese (AfD) zuvor erklärt. In dem Land herrsche „ein traditionell ande-

res Politikverständnis, das mit unserer Wertearchitektur nicht kompatibel ist“. Seine Fraktion wolle Europa als europäischen Geschichts- und Kulturraum erhalten. Die Bundesregierung forderte er auf sicherzustellen, dass kein deutsches Steuergeld zur Stabilisierung der türkischen Politik unter Erdogan bereitgestellt werde. Deutsches Steuergeld fließe nicht zur Stabilisierung der Erdogan-Regierung in die

Türkei, entgegnete darauf Markus Töns (SPD), sondern in die EU-Fazilität für Flüchtlinge, „um sie und auch Gemeinden, die von Flucht betroffen sind, zu unterstützen“. Gleichwohl verurteilte auch Töns das Vorgehen Erdogans gegen gegen Kurden, Andersdenkende, die Opposition „und ganz besonders gegen Journalisten“. Deshalb sei es richtig gewesen, die Beitrittsverhandlungen auszusetzen.

Gyde Jensen (FDP) unterstrich, es gehe nicht mehr darum, den Beitritt der Türkei zur EU zu realisieren; das Land erfülle die Voraussetzungen dafür definitiv nicht. „Aber es geht um Reformen, um einen Weg in ein freieres und besseres Leben in der Türkei“. Deshalb müsse es weiter einen Dialog und Gespräche über gemeinsame Herausforderungen geben.

Parallelen zwischen der AKP-Partei Erdogans und der AfD zog Dieter Dehm (Die Linke). „Ihr seid doch Brüder im Ungeist mit eurer Verachtung für die demokratische Gewaltenteilung im Staat, für soziale Grundrechte, mit eurer brutalen Verfolgung von allem, was links und freiheitsliebend klingt“, hielt er der Partei entgegen. Dennoch sprach auch er sich für ein Ende der Beitrittsverhandlungen sowie der Finanz- und Kredithilfen aus. „Die Bilder sind zu bitter, wie die türkische Armee mit deutschen Panzern Syrien überfällt und dort die himmordet, die uns vom IS zu befreien geholfen haben“, erklärte Dehm. Cem Özdemir (Grüne) warf der AfD ebenfalls vor, der AKP geistig nahe zu stehen: „Es ist ganz sicherlich nicht das Anliegen, die Situation der Journalisten, der Frauen, der Christen, der Schwulen und der Lesben in der Türkei zu verbessern; denn genau diesen Menschen schlagen Sie die Tür vor

der Nase zu“, urteilte er. „Ihnen geht es darum, die Tür zu Europa für alle zuzumachen, die muslimischen Glaubens sind“, mutmaßte er. Solange Erdogan Präsident der Türkei sei, fügte Özdemir hinzu, „solange müssen die Beitrittsverhandlungen dort bleiben, wo sie gegenwärtig sind, nämlich im Tiefkühlregal ganz hinten“.

Wahldesaster Gegenwind bekommt Erdogan nicht nur aus der EU, sondern auch im eigenen Land, zu spüren. Bei der Kommunalwahl am 30. April blieb seine islamisch-konservative AKP zwar stärkste Kraft im Land, hat ersten Ergebnissen zufolge aber wichtige Großstädte, zum Beispiel die Hauptstadt Ankara und die Millionenmetropole Istanbul, verloren. Zusammen leben in beiden Städten über 20 Millionen Menschen, gut ein Viertel aller Einwohner der Türkei. In Istanbul hatte der Oppositionskandidat Ekrem Imamoglu von der Mitte-Links-Partei CHP denkbar knapp über den ehemaligen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım (AKP) triumphiert.

Endgültige Wahlergebnisse liegen erst in ein paar Tagen vor. Im knappen Rennen um den Bürgermeisterposten in Istanbul hat die AKP aber schon jetzt in allen 39 Bezirken Einsprüche gegen die abgegebenen Stimmen eingelegt. **Johanna Metz**

Die Politik des türkischen Präsidenten Erdogan verurteilen die Fraktionen einhellig. Über den konkreten Umgang mit dem Land sind sie sich aber uneins.

© picture-alliance/dpa





Israels Premier Benjamin Netanjahu (auf dem Plakat rechts mit US-Präsident Donald Trump) inszeniert sich als Macher, um seine politischen Herausforderer auf Abstand zu halten.

© picture-alliance/Newscom

Ungeliebt, aber stabil

ISRAEL Trotz Korruptionsvorwürfen könnte Regierungschef Netanjahu erneut die Wahlen gewinnen

Würde man nicht wissen, dass an diesem Dienstag über die neue Knesset bestimmt wird, könnte man sich vom Straßenbild glatt darüber hinwegtäuschen lassen. Anders als früher sind die Kreuzungen in Israel nicht mehr überall mit Parteilparolen und Politikerköpfen zugesperrt. Der Wahlkampf findet heute vor allem in der digitalen Welt statt: auf Facebook, Instagram, Youtube, via Whatsapp. Eingepreßt hat sich dennoch ein hochkantiges Plakat, das die gesamte Seite eines modernen Büroturms einnahm. Ihm konnte man nicht entgehen, da es die Autofahrer Wochen lang bei ihrer Ankunft in Tel Aviv empfing. Es zeigte Benjamin Netanjahu an der Seite von Präsident Trump mit der Aufschrift: Eine andere Liga. Der langjährige Ministerpräsident, der sich gerade um eine fünfte Amtszeit bewirbt,

wollte sich so absetzen von den Polit-Novizen, die ihn herausfordern – auch wenn diese vier Jahre lang eine ganze Armee angeführt haben mögen. Zu seiner Strategie gehörte es auch, sich als den einzigen wahren Patrioten im Land darzustellen und die Gegner von der Blau-Weiß-Partei – angeführt vom ehemaligen Generalstabschef Benny Gantz und zwei weiteren Ex-Generälen – als links, schwach und Landesverräter zu brandmarken.

Prognosen Glaubt man den Umfragen vom Ende der vergangenen Woche, könnte Netanjahus Kalkül aufgehen. Demnach käme seine Likud-Partei auf 30 Knessetsitze und damit drei mehr als die Blau-Weiß-Partei. Noch entscheidender aber ist die Gesamtverteilung, die über die Fähigkeit zur Regierungsbildung entscheidet. Demnach läge der rechte Block mit 67 Sitzen weit vor dem linken Block mit nur 53 Sitzen. Allerdings sind Überraschungen nicht ausgeschlossen.

Denn mehr als 40 Parteien bewerben sich um ein Mandat – noch nie sind so viele bei einer Wahl angetreten. Viele Israelis sind zudem noch unentschieden. Sie denken ebenfalls strategisch und wollen bis zum letzten Moment abwarten, ob es die von ihnen favorisierte Kleinstpartei tatsächlich über die 3,25 Prozent-Klausel schaffen könnte. Man will vermeiden, dass die Stimme verloren geht. Diese Trend sei keineswegs neu, sagt Politikwissenschaftler Reuven Hazan von der Hebräischen Universität Jerusalem. Es gebe offenbar eine wachsende Prozentzahl von Wählern, die „nicht nur nach etwas Neuem Ausschau halten, sondern sich auch erst in letzter Minute entscheiden wollen“. Das gelte für das gesamte Parteienspektrum und mache Umfragen unzuverlässiger denn je.

Auch wenn über Parteien abgestimmt wird, ist die Wahl vor allem ein Duell zwischen zwei Kandidaten. Weil er Netanjahu ablösen und ein wie nie zuvor polarisiertes

Volk wieder zusammenbringen will, hat Benny Gantz die Welt der Politik erst vor kurzem betreten. Viele trauen dem 59-jährigen hochgewachsenen Ex-Militär das auch zu; eine Zeitlang lag er in den Umfragen ganz vorn. Das war nach der Entscheidung des Generalstabschefs, den amtierenden Ministerpräsidenten wegen Korruption und Amtsmissbrauch anzuklagen. Doch das Momentum ging vorüber.

Geschützte Netanjahu ist keiner, der schnell aufgibt. Solange er nicht verurteilt ist, darf er weiter regieren und sich auch wiederwählen lassen. Fühlt er sich bedroht, blüht er erst richtig auf, inszeniert sich als Opfer der Medien und der Justiz. Besonders in der letzten heißen Wahlkampfphase ließ er jedes denkbare Geschütze gegen Gantz auffahren. Erst ging es um private Infos auf dessen Handy, in das Hacker eingedrungen waren, dann wurde seine psychische Verfassung hinterfragt. Der Herausforderer ließ die wüsten Beschimpfun-

gen und Verleumdungen über sich ergehen und blieb höflich. „Die Menschen brauchen einen anderen Diskurs, eine würdevollere und andere Führung“, argumentierte er. Sich von Netanyahu abzusetzen, war für ihn auch eine Frage des Stils. Er sei angetrieben vom dem, was in Israels Interesse liege, sagt er immer wieder, und versucht sich so als integrier Versöhner in der Mitte zu positionieren. Was das breitgefächerte Team in Gantz' Parteienbündnis für viele Israeli erst so attraktiv macht, ist zugleich eine Schwäche: Es ist nicht klar, was der politische Kitt sein soll. „Vergessen wir die Ideologie“, bringt Uri Dromi, der frühere Sprecher von Itzhak Rabin und Shimon Peres, die Sache auf den Punkt. „Es gibt keine, außer den Willen, Netanjahu loszuwerden.“

Das ist nicht neu. Schon bei der letzten Wahl lautete ein Slogan „Bloß nicht Bibi“, aber viele Unzufriedene hatten sich am Ende damals eben doch nicht durchringen können, für den Rechtsanwalt Itzhak Her-

zog von der Arbeitspartei zu stimmen. Er galt nicht wirklich als Alternative. Und so wurde Netanjahu auch von seinen Kritikern wiedergewählt mit dem Argument, dass es ja niemand gebe, der ihm das Wasser reichen könne. Mit Gantz ist nun erstmals ein Akteur aufgetaucht, der in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit das Zeug dazu hätte.

Dessen Strategie, Netanjahus Beschimpfungen an sich abtropfen zu lassen, scheint aber nicht aufzugehen. Wer zu nett ist, dem wird schnell die Fähigkeit abgesprochen, über den nötigen politischen Kampfegeist zu verfügen. Nach diesen Muster lässt sich auch erklären, warum die Korruptionsvorwürfe Netanjahu nicht unbedingt schaden. „Alles in allem ist unser Land doch in guter Verfassung“, konstatiert eine Wählerin. „Wozu brauchen wir einen neuen Ministerpräsidenten? Der jetzige ist doch nett, er ist charismatisch und was macht das schon, dass er lügt? Weltpolitiker müssen auch das können.“

Dauerherrschaft Fakt ist, dass sich die meisten Israelis schon länger nicht mehr vom linken Spektrum angezogen fühlen. In den vergangenen 40 Jahren war die Dauerherrschaft von Rechts nur zwei Mal unterbrochen worden. In beiden Fällen konnte ein ehemaliger Generalstabschef die Mehrheit hinter sich scharen: Jitzchak Rabin und Ehud Barak. Für Israel ist das nach wie vor ein Trumpf im Ärmel. Sie wollen vor allem in Sicherheit leben, auch wenn sie gegen die gestiegenen Lebenskosten auf die Straße gehen. In der vergangenen Dekade hat Netanjahu die Rolle dessen, der für die Sicherheit sorgt, erfolgreich besetzt. Damit kann er nun zumindest nicht mehr alleine punkten. Kritiker von Rechts werfen ihm vor, dass er sich in den jüngsten Auseinandersetzungen mit der Hamas zu nachgiebig gezeigt hätte. Da eilte ihm dann zur rechten Zeit US-Präsident Donald Trump zu Hilfe, als er erklärte, dass Washington Israels Souveränität über die Golanhöhen anerkenne. 54 Prozent der Israelis glauben, dass dies im vitalen Interesse ihres Landes liegt; 63 Prozent sehen Netanjahus Position im Wahlkampf dadurch gestärkt. Schließlich wurden vergangene Woche, nachdem man sich 37 Jahre darum bemüht hatte, auch noch die sterblichen Überreste des im Libanon getöteten Soldaten Zachary Baumel nach Israel überführt.

Am Ende aber werden die Stimmen entscheiden. Seit Netanyahu nach einer ersten Amtszeit in den 1990er Jahren 2009 an die Macht zurückgekehrt ist, gab es stets einen kleinen, aber stabilen Mehrheit aus rechten und religiösen Parteien. Ausszuschließen ist aber nicht, dass ihn die Realität nach der Wahl – sollte er als Sieger mit der Regierungsbildung vom Präsidenten beauftragt werden – zu einer ganz anderen Koalition zwingt. Der Grund wäre kein anderer als Trump, der seine Nahostpläne demnächst vorlegen will. Man kann davon ausgehen, dass darin auch Israel Kompromisse abverlangt werden. Seinem Freund im Weißen Haus könnte Netanyahu dann kaum etwas abschlagen. Allerdings nicht mit einer vielleicht noch weiter rechts stehenden Regierung als der bisherigen.

Die Autorin ist Publizistin und freie Journalistin in Tel Aviv.

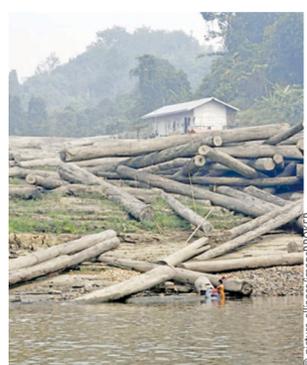
»Auch in deutschem Interesse«

SCHWELLENLÄNDER Widerstand gegen AfD-Forderung nach Stopp der Förderung

Die AfD-Forderung, Schwellenländer wie Indonesien, Pakistan und Südafrika von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auszuschließen, stößt im Bundestag auf breite Ablehnung. Die AfD habe Sinn und Zweck der Entwicklungszusammenarbeit nicht verstanden, hieß es während der Debatte zum entsprechenden Antrag (19/8986) vergangenen Freitag. Zudem dienten die Forderungen nicht den deutschen Interessen.

Markus Frohnmair (AfD) befand hingegen, es sei der deutschen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, warum mit eigenen Steuermitteln andere Wirtschaftsmächte zum eigenen Nachteil subventioniert werden sollen. „Diese Länder können ihre weitere Entwicklung in Eigenverantwortung bewältigen“, sagte Frohnmair. Mit Blick auf Indien, das die zweitgrößte Armee der Welt habe, über den fünfgrößten Militärhaushalt verfüge und ein eigenes Kernwaffenarsenal besitze, dem aber dennoch Zollbegünstigungen eingeräumt würden, sagte der AfD-Abgeordnete: „Wie kommt man auf die Idee, dass Deutschland auf Zolleinnahmen verzichten oder gar staatliche Aufgaben von potentiellen Wirtschaftsmächten übernehmen müsse?“

Stefan Sauer (CDU) entgegnete, mit einem Verbot des Außenhandels mit Schwellenländern, den die AfD fordere, sei der deutschen Wirtschaft sicherlich nicht geholfen, da für sie gerade in der Zusammenarbeit mit Schwellenländern



Regenwaldabholzung in Indonesien will Deutschland weiter verhindern helfen.

on und nicht um Hilfszahlungen, wie die AfD zu suggerieren versuche. Sascha Raabe (SPD) sagte, ihm sei unverständlich, wie gerade die AfD, die immer wieder über die Flüchtlingskosten rede, nicht begreifen könne, dass es im deutschen Interesse sei, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit zu bekämpfen. Mit Blick auf die für das Weltklima bedeutenden Regenwälder in Indonesien und Brasilien betonte der SPD-Abgeordnete: Um eine Abholzung zu vermeiden, müssten den Staaten Entschädigungen angeboten werden. „Wir können doch Indonesien nicht sagen, ihr dürft eure Wälder nicht abholzen, aber auf dem wirtschaftlichen Schaden bleibt ihr alleine hängen“, sagte Raabe.

Weltweite Klimakrise Aus Sicht von Helim Evrim Sommer (Die Linke) ist es ein Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit, dass es zumindest in einigen Boom-Regionen der Schwellenländer einen Aufschwung gibt. Das sei aber „kein Grund, die Füße hochzulegen“. Vielmehr sei es ein Ansporn und zeige, dass sich die Unterstützung langfristig auszahle. Daher müsse sie stabilisiert werden. „Auf keinen Fall dürfen wir sagen: Job erfüllt und unsere Projekte schließen“, warnte die Linke-Abgeordnete.

Es sei im deutschen Interesse, mit dafür zu sorgen, „dass die weltweite Klimakrise bekämpft wird“, sagte Jürgen Trittin (Grüne). Richtig sei, dass Deutschland dies nicht allein könne. Aber: „20 Prozent der Treibhausmissionen geschehen durch die Abholzung der Regenwälder in Ländern wie Indonesien und Brasilien“, sagte Trittin. Die AfD jedoch sage, „das soll munter so weitergehen“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete. Das sei keine Klimaschutzpolitik, befand er.

Götz Hausding

Streit um Wege zur Armutsbekämpfung

EUROPA Grüne ecken mit Vorschlägen für EU-weite soziale Mindeststandards an

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU verankern und schlägt in einem Antrag (19/8287) unter anderem eine europäische Arbeitslosenbasisversicherung, die Einführung einer EU-Rahmenrichtlinie für Mindestlöhne und die Entwicklung einer europäischen Strategie zur Armutsbekämpfung vor. Bei den übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der Linken, stießen die Abgeordneten damit jedoch in der Debatte am vergangenen Donnerstag auf wenig Gegenliebe.

Nach Ansicht von Katja Leikert (CDU) ebnen die Vorschläge den Weg in eine Transferunion. „Solidarität geht mit Eigenverantwortung einher“, stellte sie klar und verwies zudem auf die zahlreichen Maßnahmen der EU zum Ausgleich der sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten (siehe Stichwort). So sei ein wichtiges Instrument der mit 90 Milliarden Euro ausgestattete Europäische Sozialfonds. In der Strategie 2020 seien außerdem konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung verankert. Leikerts Fraktionskollege Philipp Amthor ergänzte, die Grünen-Forderungen verstießen gegen Unionsrecht und das Prinzip von Subsidiarität und Eigenverantwortung. Gute Sozialpolitik verteilte keine „Sozialgeschenke“, sondern fördere Investitionen und Beschäftigung, zeigte er sich überzeugt.

»Fehlende Legitimation« Carl-Julius Cronenberg (FDP) warnte davor, durch „Beservisserei“ und Bevormundung den Zusammenhalt in Europa zu gefährden. Außerdem erhebe die EU keine Steuern, weshalb ihr die Legitimation fehle, um in die nationalen Arbeits- und Sozialsysteme eingreifen zu können. Besser als die Souveränität der Staaten zu beschneiden sei es, die

Stärken des Binnenmarkts zu nutzen, um Armut zu verringern.

Für die AfD nannte Martin Hebner den Inhalt des Antrags „apokalyptisch“. Ökonomisch schwächere Staaten sollten danach von stärkeren Mitgliedstaaten unterstützt und deutsche Sozialbeiträge in der EU verteilt werden. „Das ist eine sozialistische Verteilungsidee, mit der wir in keiner Weise übereinstimmen“, betonte Hebner. Er warf den Grünen eine „Enteignung“ der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland vor.

Alexander Ulrich (Die Linke) erklärte demgegenüber, nicht etwa deutsche Arbeitnehmer, wie von der AfD unterstellt, sollten für die notwendige Umverteilung in der EU aufkommen, sondern diejenigen mit

hohem Einkommen und Vermögen. Diese müssten stärker besteuert werden – eine Forderung, die die Grünen in ihrem insgesamt guten Antrag zusätzlich aufnehmen sollten, wünschte sich der Linke-Abgeordnete.

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) sieht die Ursache für das Erstarken nationalistischer Parteien auch in einem fehlenden sozialen Zusammenhalt in der EU. „Wir müssen für ein starkes Europa kämpfen“, forderte er. Dafür müsse man die Herzen der Menschen erreichen. Er warf der Großen Koalition vor, entsprechende Vorhaben im Koalitionsvertrag bisher nicht umgesetzt zu haben.

Angelika Glöckner (SPD) hielt dem entgegen, mit der Brückenteilzeit, dem Mindestlohn und verschiedenen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe die Koalition national viel erreicht. Allerdings geht auch nach Ansicht ihrer Fraktion auf EU-Ebene „viele zu langsam und vieles nicht weit genug“. Sie betonte: „Wir Sozialdemokraten stehen für eine soziale Agenda mit verbindlichen Mindeststandards für alle EU-Mitgliedstaaten, im Bereich der Mindestlöhne und im Bereich der Grundsicherungssysteme.“

Soziale Fortschrittsklausel Ziel der Grünen ist es, die EU-Verträge um eine soziale Fortschrittsklausel zu ergänzen, um den sozialen Rechten im EU-Recht den gleichen Stellenwert einzuräumen wie den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Außerdem wollen sie EU-weit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ umsetzen und mehr Partizipation der Beschäftigten in Europa erreichen. Die Abgeordneten überwiesen den Antrag zur weiteren Beratung an den Europausschuss.

Johanna Metz

STICHWORT

Europäische Sozialpolitik

> Kompetenzen Die Befugnisse der EU im sozialen Bereich sind begrenzt. In erster Linie sind dafür die Mitgliedstaaten zuständig. Dennoch ist die soziale Dimension der EU schrittweise gewachsen. Bereits 1957 wurde der Europäische Sozialfonds eingerichtet.

> Neue Säule 2017 wurde die europäische Säule sozialer Rechte proklamiert, um faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme zu unterstützen. Sie geht einher mit einer Reihe von (Rechts-)Initiativen in den Bereichen Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie einem angemessenen und nachhaltigen Sozialschutz.



»Klischees sind widerlegt«

PARLAMENTARISMUS Die Politikwissenschaftlerin Suzanne S. Schüttemeyer betreute eine Studie, die detailliert die Kandidatenaufstellung der Parteien im Bundestag beleuchtet

Frau Prof. Schüttemeyer, das Institut für Parlamentarismusforschung hat vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2017 eine umfangreiche Studie zur Kandidatenaufstellung der politischen Parteien erarbeitet. Was waren für Sie die überraschendsten Ergebnisse?

Wir haben Parteimitglieder und –delegierte aller im Bundestag vertretenen Parteien auf 166 Nominierungsversammlungen befragt und die Antworten in 10.000 Fragebögen dokumentiert. Etliche Klischees, die über die Kandidatenaufstellungen in der Öffentlichkeit kursieren, können wir jetzt mit Daten und Fakten widerlegen. Und genau das macht den besonderen Wert dieser Studie aus.

Was heißt das konkret?

Nun, nehmen wir zum Beispiel den weit verbreiteten Vorwurf, die Parteien kungelten ihre Kandidaten in Hinterzimmern aus. Den Mitgliedern bliebe dann nichts anderes übrig, als diese Kandidaten zu bestätigen. Sicher gibt es Vorabgespräche. Dagegen ist aber auch nichts einzuwenden. Die Parteien müssen die in ihren Reihen vertretenen Interessen doch angemessen abbilden. Selbstverständlich muss also vorher abgesprochen werden, dass bei der Kandidatenaufstellung die Regionen eines Flächenlandes, die Flügel der Partei oder auch ein Geschlechterproportz berücksichtigt werden. Diesen Mechanismus können wir jetzt erklären und belegen. Das ist nichts Geheimnisvolles, sondern eine nachvollziehbare Notwendigkeit.

Ein weiterer Vorwurf ist die Annahme, dass Parteien Abgeordnete, die nicht nach der Pfeife der Fraktionsführung tanzen, vor der nächsten Wahl damit bestrafen, nicht wieder aufgestellt zu werden.

Das ist ein absolutes Ammenmärchen. Es funktioniert nach unserer Studie überhaupt nicht, wenn von oben jemand versucht, im Wahlkreis Einfluss zu nehmen. Die Wahlkreise sind außerordentlich autonom in ihrer Entscheidungsfindung. Die mittleren Führungseliten, also die Orts- und Kreisvorsitzenden, steuern diesen Prozess in der Regel sehr souverän. Im Übrigen werden sehr oft amtierende Bundestagsabgeordnete erneut aufgestellt.

Warum?

Weil er oder sie weiß, wie es geht und das Nominierungsverfahren schon einmal oder sogar mehrfach erfolgreich durchlaufen hat. Und weil ein amtierender Abgeordneter normalerweise bewiesen hat, dass er sich für seinen Wahlkreis im Bundestag einsetzt. Es ist also ziemlich schwierig, einen amtierenden Abgeordneten, der wieder nominiert werden will, abzulösen.

Sie sagten, Bestrafung eines Abgeordneten von oben, also aus der Bundespartei oder Parlamentsfraktion, funktioniert nicht. Gilt das auch für die Bestrafung von unten? Was muss ein Abgeordneter falsch machen, um nicht wieder aufgestellt zu werden?

Sich nicht um seinen Wahlkreis kümmern.

Also die Wochenendtermine schwänzen und die Basisarbeit vernachlässigen? Genau. Die Leute vor Ort wollen das Gefühl haben, das ist unser Mann, unsere Frau in Berlin. Wer sich nicht um die Be-

lange des Wahlkreises kümmert und ein zu enges Spezialgebiet im Bundestag bearbeitet, wird es schwer haben. Die Menschen wollen einen konkreten Ansprechpartner für ihre Sorgen und einen Generalisten auf allen Politikfeldern, der ihnen die aktuellen Entwicklungen erklären kann. Das entscheidende Kriterium für die Kandidatenaufstellung ist also die Integration in die Partei und die Nähe zur Basis. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die sicherste Voraussetzung, Kandidat zu werden, ist, schon Abgeordneter zu sein.

Gilt das auch für die Listen?

Auf die ersten Listenplätze werden die Kandidaten gesetzt, die in den Wahlkreisen schon nominiert sind. Das ist nicht ver-

„Das entscheidende Kriterium für die Kandidatenkür ist die Integration in die Partei und die Nähe zur Basis. Und: Die sicherste Voraussetzung, Kandidat zu werden, ist, schon Abgeordneter zu sein.“

Suzanne S. Schüttemeyer

werflich, sondern gerecht, weil die Kandidaten ja schon bewiesen haben, dass sie im Kreisverband eine Mehrheit gewinnen können und bereit sind, die Kärnerarbeit vor Ort zu leisten. In einigen CDU-Satzungen ist das sogar ausdrücklich festgelegt. Es geht dann letztlich nur noch um die Reihenfolge auf den ersten Plätzen der Liste. Außerdem belegt unsere Studie, dass die Voraussetzung, auf der Liste aussichtsreich nominiert zu werden, besonders intensives Engagement in der Parteiarbeit ist. Auch das ist ja nachvollziehbar.

Welche Rolle spielt der Ansatz der Spiegelbildlichkeit, also das Bestreben, über die Persönlichkeiten der Kandidaten einen möglichst realistischen Querschnitt der Bevölkerung widerzuspiegeln?

Die Vorstellung, dass der Landesvorstand ein fertiges Paket schnürt, das dann den Delegierten präsentiert wird, und die nicken es nur noch unreflektiert ab, ist ein beliebtes Klischee für die Listenaufstellung. Dafür haben wir keine Belege gefunden. Wengleich es schon verständlich ist, dass dieser Anschein manchmal entsteht. Zum Beispiel wurde die gesamte Landesliste der SPD in Nordrhein-Westfalen in nur 90 Minuten aufgestellt; die AfD hingegen brauchte durchschnittlich 90 Minuten, um einen Listenplatz zu besetzen. Trotzdem trägt der Eindruck. Denn vor der Abstimmung erbringt der Landesvorstand eine enorme Integrationsleistung. Damit die Liste durchgeht, müssen alle Proporz und Quoten berücksichtigt sein. Zum Beispiel kann es sich keine Partei leisten, selbst wenn sie keine feste Frauenquote hat, mit einer reinen Männerliste anzutreten – vielleicht außer der AfD. Es gibt Landesverbände, in denen haben die Bezirke faktisch ein Vorentscheidungsrecht. Dort gibt es dann Quoten nach Mitgliedschlüsseln, um



Suzanne S. Schüttemeyer vor der Kuppel des Reichstagsgebäudes in Berlin-Mitte

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kandidaten vorab zu platzieren. So wird dann sichergestellt, dass bei der CSU in Bayern eben nicht alle Kandidaten aus Oberbayern stammen, sondern dass auch Franken dabei sind. Oder in Nordrhein-Westfalen Rheinländer und Westfalen zum Zuge kommen.

Ist das zu kritisieren?

Überhaupt nicht. Jedenfalls nicht im Grundsatz. Man sollte diesen Befund allerdings in ein anderes Licht rücken, indem man hinterfragt, ob es wirklich vernünftig ist, die genannten Kriterien in den Vordergrund zu stellen. Oder ob es nicht klüger wäre, stattdessen nach der spezifischen Eignung eines Kandidaten zu fragen. Wenn beispielsweise absehbar ist, dass in der kommenden Wahlperiode die Rentenpolitik eine wichtige Rolle spielt, könnte es sinnvoll sein, einen Rentenexperten zu nominieren. Und zwar unabhängig von anderen Kriterien, denn Parlament und Abgeordnete werden letztlich daran gemessen, ob sie vernünftige Entscheidungen treffen, Lösungen für bestehende Probleme finden. Gleichzeitig muss aber bedacht werden, dass es leichter ist, bei den Menschen Vertrauen zu erwecken, wenn einer oder eine meines Geschlechts oder meiner Herkunft im Parlament sitzt.

Die Frauenquote ist ein großes Thema. Der Brandenburger Landtag hat ein

Parität-Gesetz beschlossen und auch im Bundestag gibt es Bestrebungen, Maßnahmen zu entwickeln, den Frauenanteil unter den Abgeordneten zu erhöhen.

Von einem Paritätsgesetz halte ich gar nichts. Ich halte viel davon, Frauen zu ermutigen und, wo nötig, Voraussetzungen zu schaffen, damit sie sich parteipolitisch mehr engagieren. Aber es ist ein katastrophal falsches Repräsentationsverständnis, zu fordern, die Hälfte der Parlamentssitze müsste mit Frauen besetzt sein, weil sie auch ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Ich kann mir Parlamente vorstellen, in denen 70 Prozent Frauen und 30 Prozent Männer sitzen. Oder auch umgekehrt. Es ist ein absurdes Politikverständnis, zu glauben, Fraueninteressen könnten nur von Frauen vertreten werden. Ein Parlament erbringt dann eine gute Repräsentationsleistung, wenn es gelingt, verschiedene Interessen auszugleichen und an der Idee von Gemeinwohl zu messen. Diese schwere Kunst ist nicht abhängig vom Geschlecht. Das können Männer wie Frauen gleichermaßen. Und außerdem: Warum eigentlich nur Geschlechtergerechtigkeit? Dann könnte auch gefordert werden, beispielsweise Menschen mit Behinderung entsprechend ihres Bevölkerungsanteils im Parlament zu etablieren. Im Prinzip ist das der Weg zurück in ein Ständeparlament. Nein, der Bundestag hat fast 70 Jahre lang bewiesen, dass er seine Repräsentations-

leistung auch ohne Quoten erbringen kann.

Fast alle Parteien wollen Frauen fördern. Wie kann das gelingen, wenn etwa die FDP einen Frauenanteil von 22 oder die AfD von 21 Prozent hat?

Zunächst konnten wir in der Studie feststellen, dass in keiner Partei Frauen aktiv diskriminiert oder gar abgehalten werden, für Wahlämter zu kandidieren. Der Punkt ist vielmehr, dass in den Parteien durchschnittlich nur knapp 29 Prozent der Mitglieder Frauen sind, allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Parteien. Wenn die sich dann zur Kandidatur entschließen, haben sie gegenüber Männern sogar einen leichten Vorteil: Am Ende kommen dann 31 Prozent weibliche Abgeordnete heraus.

Es engagieren sich also zu wenige Frauen in den Parteien?

Eindeutig ja. Dafür lassen sich viele Gründe vermuten. Etwa eine ohnehin schon vorhandene zeitliche Doppelbelastung durch Beruf und Familie, die zu wenig Raum für Parteiarbeit lässt. Das ist aber den Parteien nicht anzulasten. Zumal in allen Parteien, wieder außer der AfD, ein gleich starker Frauenanteil als ein sehr wichtiges Ziel definiert wird. Übrigens: Wenn die Mitglieder der AfD das anders sehen, ist das ihr gutes Recht. Und es ist das gute Recht der Wähler, diese Ansicht zu tei-

ZUR PERSON

Suzanne S. Schüttemeyer (65) ist Politikwissenschaftlerin und Gründungsdirektorin des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl). Das Institut, gegründet 2016 in Halle (Saale), ist eine Einrichtung der Stiftung Wissenschaft und Demokratie und inzwischen in Berlin ansässig. Nach Promotion und Habilitation in Lüneburg wurde Schüttemeyer Professorin für Regierungslehre und Policyforschung an der Universität Halle-Wittenberg. Sie ist Chefredakteurin der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“.

len – oder eben nicht und dann dieser Partei nicht die Stimme zu geben. Ein Demokrat muss das akzeptieren.

Seit Jahren wird über eine Wahlrechtsreform diskutiert, um die ausufernde Zahl von Bundestagsmandaten einzuschränken. Bisher ohne Ergebnis. Wie nötig ist diese Reform und wie lässt sich endlich ein Ergebnis erzielen?

Unser Wahlrecht ist zu kompliziert. Die Bürger verstehen nicht ausreichend, wie sie wählen, schon gar nicht solche Dinge wie Überhang- und Ausgleichsmandate oder Verrechnungsverfahren. Und wenn das Parlament dann von Wahl zu Wahl größer wird, ist das nicht nachvollziehbar. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nicht das Parlament uns diese Probleme eingebracht hat, sondern das Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen. Und das Parlament hat jetzt die undankbare Aufgabe, diese Schiefelage wieder zu richten.

Was also ist zu tun?

Ich würde zunächst einmal die Frage aufwerfen, woher wir überhaupt so genau wissen, dass die momentanen 709 Sitze zu viele sind. Warum eigentlich? Einerseits geht es doch darum, für wie viele Wähler ein Abgeordneter steht. Da ist es sicher wünschenswert, dass auf einen Parlamentarier nicht zu viele Wähler kommen, die er repräsentieren muss. Auf der anderen Seite wird behauptet, dass ein zu großes Parlament ineffizient sei. Aber wie bemessen wir das eigentlich? Funktioniert das aktuelle Parlament schlechter als eines seiner Vorgänger mit deutlich weniger Abgeordneten?

Dann könnte ja alles so bleiben.

Ich finde, das sollte zumindest auch ins Kalkül gezogen werden. Ich würde gern unvoreingenommen darüber diskutieren, wie groß das Parlament für ein Volk von 82 Millionen Menschen sein sollte. Diese Diskussion steht noch aus.

Wie steht es um das Image des Parlamentarismus? Beispielsweise wenn sich, wie in Brandenburg geschehen, ein SPD-Politiker mit falschen Angaben über seinen Wohnsitz und seine Lebensverhältnisse eine Kandidatur für die Europawahl erschleicht.

Schwarze Schafe gibt es überall. Fatal ist, wenn schwarze Schafe medial und in der öffentlichen Wahrnehmung zum typischen Beispiel gemacht werden. Frei nach dem Motto: Da haben wir es wieder, so sind sie, die Politiker. Das macht es schwer, ein realitätsgerechtes Alltagsbild von Parlamenten, Fraktionen und Politikern zu zeichnen. Das ist ja auch immer wieder das Problem, wenn über Diätenerhöhungen berichtet wird. Obwohl es da mittlerweile ein plausibles und nachvollziehbares Verfahren gibt, wird trotzdem das Klischee bedient, Politiker stopfen sich unkontrolliert die Taschen voll.

Das Gespräch führten Jörg Biallas und Sören Christian Reimer. ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Schlagabtausch zur Reform des Urheberrechts

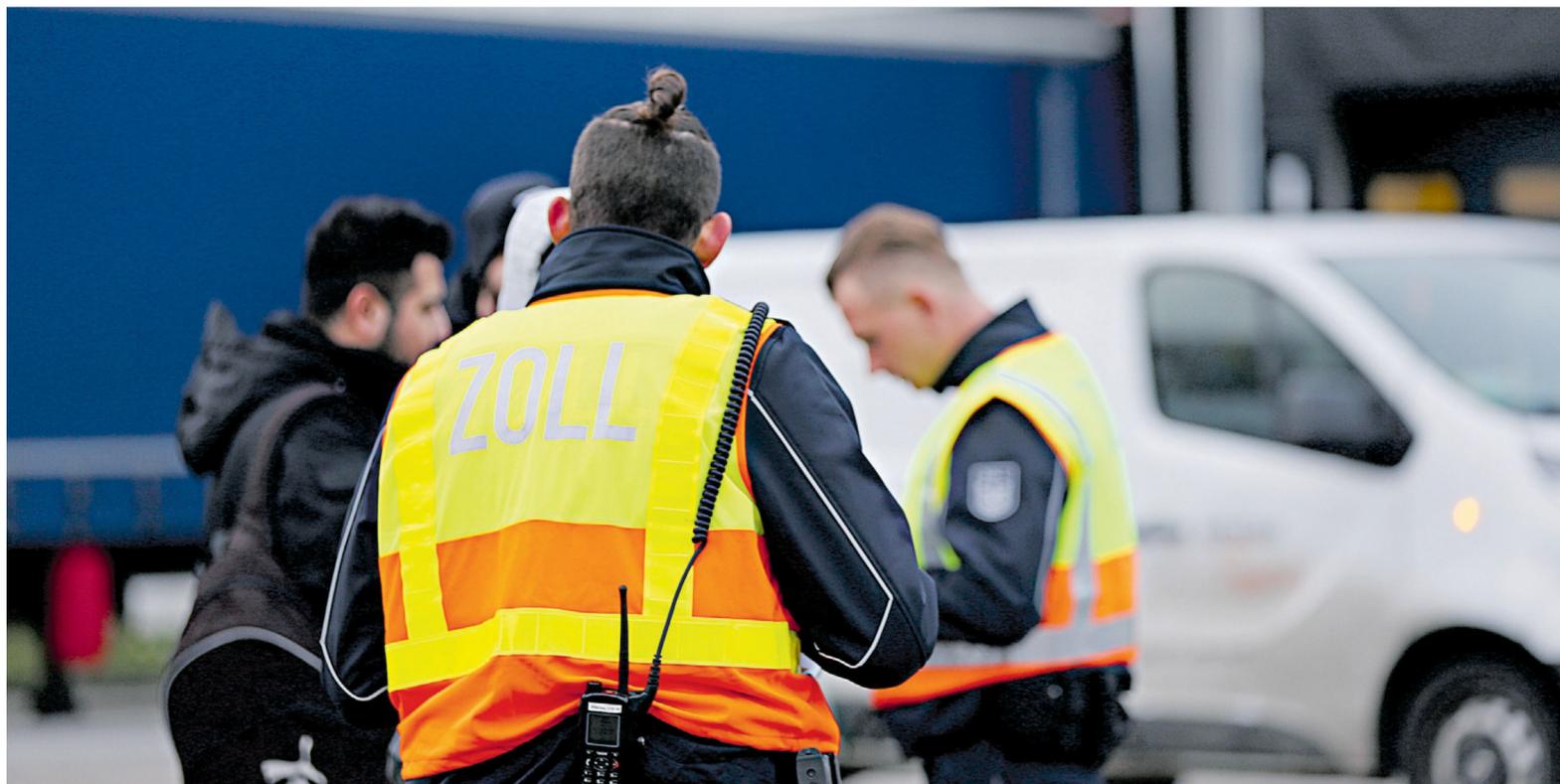
DIGITALES In der Diskussion um die Reform des Europäischen Urheberrechts fordern FDP und Die Linke die Bundesregierung auf, den Richtlinienvorschlag beim kommenden Rat der Europäischen Union am 15. April abzulehnen. Ende März hatte das Europäische Parlament nach analogen und digitalen Protesten für ein neues Urheberrecht gestimmt, für dessen nationale Umsetzung nun zwei Jahre Zeit bleibt. Kritisiert wird vor allem Artikel 17 (ehemals Art. 13) der EU-Richtlinie, durch den Onlineplattformen zum Einsatz technischer Mittel verpflichtet werden, um einer Haftung für über ihre Plattform begangene Urheberrechtsverletzungen zu entgehen. Diese sogenannten Uploadfilter sind Programme, die Urheberrechtsverstöße erkennen und die illegalen Uploads verhindern können. Die Fraktionen hatten auf sofortige Abstimmung der Anträge gedrängt. Gegen die Stimmen aller Oppositionsparteien wurden die Anträge (19/8966, 19/8459) am vergangenen Donnerstag jedoch an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen.

Petra Sitte (Die Linke) betonte, die Koalition habe angesichts der massiven Proteste „gewaltiges Glück, dass es noch keine direkte Mitbestimmung der Bürger“ gebe. Sie forderte, dass die Reform gerecht für Urheber und Nutzer sein müsse und wies darauf hin, dass die Urheber durch Uploadfilter nicht besser vergütet würden.

Roman Müller-Böhm (FDP) verwies darauf, dass Uploadfilter die Meinungsfreiheit im Internet einschränken. „Nicht jeder Zweck heiligt die Mittel. Uploadfilter sind der falsche Weg, das steht auch in Ihrem Koalitionsvertrag“, sagte er an die Koalition gerichtet. Es sei besser, „keine Richtlinie als solch eine schlechte“ zu verabschieden, plädierte Müller-Böhm mit Blick auf die Gefahr, dass die Filter „potenziell zu Wahrheitsfiltern werden können“.

»Karren der Verlagslobby« Joana Cotar (AfD) kritisierte, dass sich die Union „vor den Karren der Verlags- und Medienlobby“ habe spannen lassen. Das „ständige Hin und Her“ der Großen Koalition bei der Frage der Uploadfilter stelle ein „absurdes Verhalten“ dar. „Uploadfilter sind rechtlich nicht mehr zu verhindern“, sagte Cotar. Auch die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner kritisierte das uneinheitliche Verhalten der Koalition. „Ich fühle mich an Irrlichter erinnert. An einem Tag stimmt Justizministerin Barley (SPD) dafür und erklärt am nächsten Tag, dass Uploadfilter keine Lösung seien“, meinte Rößner.

Trotz parteiinterner Uneinigkeiten verteidigten die Koalitionsfraktionen die Novelle: „Die Richtlinie kann den schmalen Pfad von Urheberrechtsschutz und der Freiheit des Netzes gewährleisten“, sagte Thorsten Frei (CDU). Es gebe „genügend Spielraum“, um Lösungen abseits von Uploadfiltern zu finden. Er betonte, dass es sich um eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo handele und mahnte, die Positionen anderer europäischer Länder zur Richtlinie mehr zu respektieren. Das erweiterte Leistungsschutzrecht und die Haftung für Onlineplattformen seien richtig, sagte auch SPD-Politiker Martin Rabanus und verwies darauf, dass die Richtlinie mehr sei als nur Artikel 17. Die Anträge der Oppositionsfraktionen seien ein „durchsichtiges parteiaktisches Manöver“, kritisierte er. Die Richtlinie sei zwar „noch besser vorstellbar“ gewesen, aber es sei nicht vernünftig, das Gesamtpaket scheitern zu lassen. *Lisa Brühlner*



Zöllner sind längst nicht nur an Grenzen im Einsatz. Ein wichtiges Arbeitsgebiet ist der Kampf gegen die Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung auf Baustellen und in der Gastronomie.

© picture-alliance/dpa

Gute Arbeit

SCHWARZARBEIT Die Zoll-Finanzkontrolleure verhindern Milliarden Schaden für den Staat

Mehr als 50.000 Ermittlungsverfahren im vergangenen Jahr wegen Sozialversicherungsbeitrags, unterschrittener Mindestlöhne und organisierter Schwarzarbeit: Der Zoll mit seiner Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) verhinderte einen Milliarden Schaden für den Staat. Die Beamten bekamen denn auch vergangene Woche im Bundestag gehörig Lob: gute Arbeit. Gleichwohl soll es noch besser werden: mehr Kompetenzen, mehr Personal. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zeigte sich kämpferisch: „Wir lassen uns das, was an neuer Entwicklung im Bereich der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zu beobachten ist, nicht länger gefallen.“ Er steuerte einen entsprechenden Vorstoß in die parlamentarischen Beratung ein, um auf die vielfältigen Missbrauchsformen, die viel komplexer geworden seien, zu reagieren.

In dem an die Ausschüsse überwiesenen Entwurf eines Gesetzes „gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch“ (19/8691) geht es auch um die Verhinderung von Tricksereien beim Kindergeld. Wirtschaftssystem und Sozialstaat seien darauf angewiesen, dass nicht irgend-

jemand die Regeln umgeht und missbraucht, meinte Scholz. Er hob hervor, dass laut Gesetzentwurf der Zoll mit seinem Bereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) künftig schon bei Verdachtsfällen auf illegale Beschäftigung Überprüfungen vornehmen könne. Beim Kindergeld komme es darauf an, die Regeln zu präzisieren.

»Der Zoll kann künftig schon frühzeitig in Verdachtsfällen tätig werden.«

Antje Tillmann (CDU)

den Sozialstaat nämlich. „Gut gedacht, schlecht gemacht“, kritisierte Stefan Keuter (AfD) den Gesetzentwurf. Auf Bau-Mafia und Arbeiterstriche, Lohn-dumping oder Kindergeldbetrug habe seine Partei schon seit 2014 hingewiesen, sei aber „von links-grünen Weltverbesserern ständig diffamiert“ worden. Er bestand darauf, dass der Zoll zwar Platzverweise bei Arbeiterstrichen aussprechen, sie aber nicht durchsetzen könne. Der Datenaustausch

mit der Polizei komme zu kurz. Die Anreize zur Einwanderung in die Sozialsysteme müssten gestoppt werden.

Antje Tillmann (CDU) strich die Möglichkeit heraus, dass der Zoll schon frühzeitig bei Verdachtsfällen tätig werden könne. Beim Kampf gegen Kindergeldbetrug müssten noch bestehende Lücken geschlossen werden. Sie hielt der AfD vor, das Thema genutzt zu haben, „um Menschen zu diffamieren, die mit uns am Sozialstaat arbeiten“. Das Sozialstaatsprinzip habe dann einen breiten Rückhalt, wenn der Missbrauch bekämpft werde.

Markus Herbrand (FDP) begrüßte prinzipiell den Gesetzentwurf, machte aber auch „Schwachstellen“ aus. So seien dem Zoll bisher schon immer neue Aufgaben übertragen worden, was zu strukturellen Problemen geführt habe. Ob die ins Auge gefassten neuen Kompetenzen rechtsstaatlich angemessen seien, werde seine Fraktion bei den weiteren Beratungen noch überprüfen. Er bemängelte, dass keine Maßnahmen vorgesehen seien, den „bestehenden Verwaltungswahn“ einzudampfen. Susanne Ferschel (Linke) kritisierte, dass die Opfer von Ausbeutung genauso bestraft würden wie kriminelle Unternehmer und sprach von einer „Kriminalisierung der Opfer“. Stattdessen müsse der Niedriglohn-

sektor ausgetrocknet werden. Minijobs seien ein Einfallstor für illegale Beschäftigung. Fehlende Tarifbindungen, gerade bei Einschaltung von Sub-Sub-Sub-Firmen, förderten die Schwarzarbeit. EU-weite soziale Standards seien vonnöten, dazu ein EU-Mindestlohn. Es sei perfide, dass EU-Bürger vom Kindergeld-Bezug ausgeschlossen werden sollen.

Beate Müller-Gemmeke (Grüne) wies darauf hin, dass von Regelverstößen die verantwortungsvollen Unternehmen betroffen seien, die sich gegen Schmutzkonzurrenz behaupten müssten. Die Arbeitnehmer-Ausbeutung müsse effektiver bekämpft werden. Ihre Fraktion lehne strikt Strafen ab, die sich gegen Menschen richten, die ausgebeutet werden. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen harten Eingriffe müssten gut begründet sein. Bei den angekündigten zusätzlichen Stellen für den Zoll müsse bedacht werden, dass bereits 1.300 von den alten Stellen bisher noch nicht besetzt seien.

Ingrid Arndt-Brauer (SPD) verwies darauf, dass 3.500 zusätzliche Stellen beim Zoll vorgesehen seien. Dies trage zur Lösung wichtiger Probleme beim Einsatz für faire Arbeitsbedingungen bei. Wichtig sei, dass schon bei Tagelöhner-Börsen – durchaus zutreffend Arbeiterstrich genannt – im Ver-

dachtsfall eingeschritten werden könne. Sie verteidigte, dass im Kampf gegen die organisierte Kriminalität bei illegaler Beschäftigung die Telekommunikations-Überwachung möglich werden soll. Insgesamt könne der Zoll mit den geplanten neuen Regelungen in Zukunft besser arbeiten.

Im Gesetzentwurf verweist die Bundesregierung darauf, dass Missbrauch und Schwarzarbeit gravierende Beitragsausfälle in der Sozialversicherung und Ausfälle bei den Steuereinnahmen zur Folge hätten. Schutzrechte und Sozialleistungsansprüche der Betroffenen würden vermindert.

Dem Zoll mit seiner FKS soll es ermöglicht werden, nicht nur bei tatsächlich erbrachter Schwarzarbeit tätig zu werden, sondern in Zukunft auch Fällen nachzugehen, bei denen Dienst- oder Werkleistungen noch nicht erbracht wurden, sich aber bereits anbahnen. Geprüft werden sollen auch die Fälle, in denen Dienst- oder Werkleistungen nur vorgetäuscht werden, um unberechtigt Sozialleistungen zu erhalten.

Zusätzliche Kompetenzen sollen die FKS in die Lage versetzen, Ermittlungen im Bereich Menschenhandel im Zusammenhang mit Beschäftigung, Zwangsarbeit und Ausbeutung der Arbeitskraft zu führen. Ihr Prüfungsauftrag soll auch auf Anhaltspunkte für unberechtigten Bezug von Kindergeld ausgedehnt werden. Für die Familienkassen soll die Möglichkeit geschaffen werden, laufende Kindergeldzahlungen in begründeten Zweifelsfällen vorläufig einzustellen. *Franz Ludwig Averdunk*

Leben in der Provinz

LÄNDLICHE RÄUME Alle fordern schnelles Internet

Zügig soll er kommen und flächendeckend soll er sein – der Breitbandausbau. Besonders profitieren würden davon die ländlichen Räume, machen sowohl die Koalitionsfraktionen als auch die FDP-Fraktion in Anträgen deutlich, die der Bundestag vergangenen Donnerstag abschließend beraten hat. Während die Vorlage von Union und SPD (19/7028, 19/7978) angenommen wurde, fand die Initiative der Liberalen (19/7029, 19/7989) keine Mehrheit. Neben verstärkten Anstrengungen, damit ein zügiger Breitbandausbau auf Basis von Glasfaser und ein wirklich flächendeckender Anschluss an die Mobilfunktechnik erfolgen kann, verlangen die Koalitionsfraktionen von der Bundesregierung, bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) für eine angemessene Mittelausstattung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nach dem Jahr 2020 Sorge zu tragen. Wichtig ist den Abgeordneten auch, dass das ehrenamtliche

Engagement, das aus ihrer Sicht „maßgeblich zur Attraktivität des Lebens in ländlichen Räumen beiträgt“, nachhaltig gestärkt sowie von Bürokratie entlastet wird. Außerdem soll die Regierung auf die Länder einwirken, „in Abstimmung mit dem Bund die öffentliche Nahverkehrsbindung im ländlichen Raum zu erhalten beziehungsweise auszubauen und kreative Mobilitätskonzepte zu fördern“.

Die FDP nimmt die Sicherung einer innovativen Landwirtschaft in Deutschland in den Blick und setzt auf das sogenannte Smart Farming, also den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in der Landwirtschaft. Deshalb soll die Regierung dem Problem des bestehenden Stadt-Land-Gefälles bei der Breitbandversorgung durch eine Steigerung der Attraktivität des Glasfaserausbau auf dem Land begegnen, fordern die Liberalen. Hierfür müssten ländliche Regionen mit Förderbedarf in Regions-Clustern für die Netzbetreiber ausgeschrieben werden und zwar gebündelt mit urbanen, für die Netzbetreiber zunächst attraktiveren Regionen. Darüber hinaus sollen lokale private Initiativen im ländlichen Raum, welche die notwendige Infrastruktur oftmals deutlich günstiger als große Unternehmen verlegen, „mit Augenmaß“ gefördert werden. *hau*

Schnellere Leitung, schnellere Wende

ENERGIE Der Bundestag stimmt für den schnelleren Netzausbau und diskutiert über die Höhe des Strompreises

Der Bundestag hat am Donnerstagabend den Weg frei gemacht für einen schnelleren Ausbau von Energieleitungen. Mit den Stimmen von Union und SPD, gegen die Stimmen von AfD und Linken und bei Enthaltung der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen nahmen die Abgeordneten einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/7375, 19/7914, 19/8435 Nr. 1) auf der Grundlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/8913, 19/9027) in geänderter Fassung an. „Wenn wir wollen, dass die Energiewende gelingt, dann brauchen wir eben nicht nur die erneuerbaren Energien, dann brauchen wir auch die Stromleitungen“, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Bundestag. Es würden längere Leitungen sein, eben weil der Strom in der Energiewende auf dem Land produziert und in der Stadt verbraucht werde. „Das ist in der täglichen Praxis nicht immer einfach zu erklären, aber es gehört dazu, damit das große Projekt gelingt“, sagte Altmaier. Johann Saathoff (SPD) stimmte dem Minister in seinem Optimismus zu. Mit dem Gesetz würden Netzausbau und der Ausbau der erneuerbaren Energien synchronisiert. Gleichzeitig würden die vom Netzausbau betroffenen Menschen stärker in

ihren Belangen berücksichtigt, sagte Saathoff und verwies auf verschiedene Instrumente und Verfahren zum Schutz von Anwohnern.

Planung verzahnen Mit dem Gesetz sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und damit beschleunigt werden. Vor allem geht es darum, die verschiedenen Planungsschritte besser zu verzahnen. Jeder dieser Schritte nehme beträchtliche Zeit in Anspruch und müsse mit einer Vielzahl anderer Verfahren und Planungen der verschiedenen Planungsebenen konsistent sein, beschreibt die Bundesregierung den bisherigen Zustand. Nun sollen sich einzelne Schritte zeitlich überlappen können dürfen und Netzbetreiber dürfen stärker als bisher vorausschauend planen. Bürger sollen sich ungeachtet dessen weiterhin frühzeitig und umfassend einbringen können. „Eine solche Öffentlichkeitsbeteiligung ist für die Akzeptanz des Netzausbau vor Ort von zentraler Bedeutung“, heißt es in der Begründung. Inhaltliche Kriterien, die für die Zulassung von Stromleitungen geprüft werden, würden nicht geändert.

Die AfD kritisierte Langstreckennetze als unnötig. Die Energiewende sei unsozial, weil Milliarden ausgegeben würden, für

die Stromkunden und Steuerzahler aufkommen müssten, sagte der Abgeordnete Steffen Kotré. Aus Sicht der FDP hätte der Gesetzentwurf weitergehen müssen. Die Abgeordnete Sandra Weiser erinnerte daran, dass ihre Fraktion für einen weitgehenden Verzicht auf die Bundesfachplanung stehe außer bei den bestehenden Planungen für die Ultranet-Trasse. So würde man schneller vorankommen. Die Linksfraktion hingegen findet die Neueregulierung undemokratisch, weil Planungsschritte gestrichen und damit weniger Einsprüche gegen den Trassenausbau ermöglicht würden. Die Ausbauten müssten von Stromkunden, Handwerkern und Unternehmern getragen werden, sagte Ralph Lenkert. Das sei unsozial. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hieß es, man begrüße zwar das Gesetz. Die kurzfristige Aufnahme der Förderung für Erdöl-Kraft-Wärme-Kopplung habe allerdings zur Folge, dass man sich enthalte, erklärte die Abgeordnete Ingrid Nestle.

Schlagabtausch über Strompreise Wenige Stunden zuvor hatten die Fraktionen bereits die Strompreise debattiert. Die Aktuelle Stunde zum Thema „Steigende Strompreise stoppen – Energie bezahlbar machen“ hatte die FDP beantragt. Für die

Fraktion rechnete der Abgeordnete Christian Dürr vor, dass die Energiewende bei erheblichen Kosten kaum Wirkung gezeigt habe. Er plädierte dafür, die Stromsteuer für Wirtschaft und private Haushalte zu senken sowie Verschmutzungsrechte aus dem Emissionshandel zurückzukaufen. Für die Union verteidigte Mark Helfrich (CDU) die Regierungspolitik und lehnte die Vorschläge der FDP ab. Genauso wie Bernd Westphal (SPD) warnte er davor, nichts zu tun. Das sei in jedem Fall der teurere Weg. Die SPD-Fraktion erinnerte an die Folgekosten von Kernenergie wegen der ungelösten Endlagerfrage und von Kohle wegen zu erwartender Strafzahlungen beim Verfehlen von Klimazielen.

Bruno Hollnagel (AfD) erklärte, der Staat sei der größte Strompreistreiber in Deutschland. Er kritisierte die Höhe von Abgaben und Umlagen. Die Stromsteuer müsse minimiert oder abgesetzt werden. Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) forderte, Stromsperrern abzuschaffen und zugleich Ausnahmen bei der EEG-Umlage für die Industrie weitgehend zu streichen. Letzteres fand Zustimmung bei Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen). Die befreite Industrie habe die niedrigsten Strompreise aller Zeiten – was die privaten Haushalte zahlen müssten. *Kristina Pezzei*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ REZENSiert



Ben Rhodes:
Im Weißen Haus. Die Jahre mit Barack Obama.
C.H. Beck Verlag, München 2019; 576 S., 26 €

„Es ist irgendwie unheimlich, nach Hiroshima zu fliegen“, meinte Barack Obama während seines Flugs nach Japan im Jahr 2016. Er war der erste US-Präsident, der die von einer Atombombe zerstörte Stadt aufsuchte, um ihrer Opfer zu gedenken. Alle seine Vorgänger hatten diese Geste tunlichst vermieden. Der Besuch war Teil der „Obama Doktrin“, also des Versuchs, die Welt Schritt für Schritt etwas besser zu machen, vor allem aber „keinen Mist zu bauen“. Zu diesem Zeitpunkt hatte Obama bereits sieben Jahre als Präsident hinter sich. Über die Hintergründe seiner Außen- und Sicherheitspolitik, von der „Einzigartigkeit“ seiner Denkweise, berichtet Ben Rhodes, Obamas Redenschreiber und stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater. Er begleitete die beiden Amtsperioden des Präsidenten und erlebte weitere historische Entscheidungen des charismatischen Afroamerikaners. Unter seiner Mithilfe entstanden berühmte Reden, darunter über den Islam, Nelson Mandela oder den Vietnamkrieg. Detailliert beschreibt Rhodes seine Missionen im Auftrag des Präsidenten: Beispielsweise die Geheimverhandlungen mit Raúl Castros Sohn in Kanada, die nicht nur zur Freilassung politischer Gefangener in Kuba führte, sondern dank der Vermittlung von Papst Franziskus den Besuch Obamas in Havanna ermöglichte. Der erste Besuch eines US-Präsidenten seit 1928. Obama führte die Absurdität mancher Tabus vor: „Sagen Sie ihnen einfach, ich würde mich freuen, ihn zu treffen.“ Es ging um ein kurzes Gespräch im UN-Gebäude mit dem frisch gewählten iranischen Präsidenten Hassan Rohani. Die Iraner traf die Anfrage unvorbereitet und lehnte ab. Daraufhin rief Obama Rohani in dessen Wagen an und machte Witze über den New Yorker Verkehr. Drei Jahre später wurde gegen den Widerstand Israels und der Republikaner der Atom-Deal mit Teheran vereinbart. Auch über die US-Politik gegenüber Irak und Syrien, den Krieg in Libyen und in der Ostukraine erfährt der Leser hochinteressante Details in diesem faszinierenden Dokument der Zeitgeschichte. *manu* ||



Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler:
Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Ullstein Verlag, Berlin 2019; 254 S., 20 €

Die große Bereitschaft der Deutschen, geflüchteten Menschen zu helfen, ist seit dem Jahr 2015 nicht verebbt – ungeachtet mancher schwer erträglichen Vorkommnisse und politischen Krisen. Auch wenn eine Partei wie die AfD davon profitierte, zeigte die Flüchtlingskrise bundesweit einen „gelebten Humanismus“, den „eine Mehrheit der Bundesbürger“ bis heute „als Identitätsbestimmend empfindet“. So lautet das vielleicht überraschende Fazit der Autoren des empfehlenswerten Buches über die Wiederaufstehung des Nationalismus in Deutschland. Die vier Historiker Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler analysieren, wie eine Rückkehr des Nationalismus in einer Gesellschaft möglich war, die ihre Vergangenheit mit zwei Diktaturen „bewältigt“ zu haben schien. Aus zeitlicher Perspektive legen sie die Hintergründe des Nationalismus und dessen Vorläufer dar. Allerdings sei keiner dieser Anläufe so erfolgreich gewesen wie der gegenwärtige Versuch. Die Wissenschaftler führen dies vor allem auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurück. Das Scheitern des Kommunismus habe den Menschen eben nicht nur Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gebracht. Nach heftigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Umbrüchen glimmte in den neuen Ländern eine explosive Stimmung. Im Zuge der Flucht- und Migrationskrise konnte die aufgestaute Wut vieler Bürger eine besondere Wirkung entfalten. Einen entscheidenden Beitrag dazu leisteten auch die „westdeutschen Ostlanddrei“: Nationalkonservative Strategen, neuere Theoretiker und rechtsradikale Demagogen, die nach der Einheit in den Osten gezogen waren. Gemeinsam mit einheimischen Aktivisten initiierten sie eine „gesamtdutsche vermeintlich bürgerliche Sammlungsbewegung“. Der Appell der Autoren: Die neue „nationalistische Formation“ verlange nach dem Widerspruch aller, denen die hart erkämpfte „liberale Demokratie und eine menschenfreundliche Gesellschaft am Herzen liegen“. *manu* ||



Jeder Euro zählt im Studium: Erstmals seit drei Jahren soll das Bafög wieder erhöht werden. © picture-alliance/dpa

Knappes Studis

BILDUNG Die Bundesregierung will die Bafög-Sätze erhöhen. Der Opposition geht das aber nicht weit genug

Immer weniger Schüler und Studenten bekommen Zuschüsse und Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – besser bekannt als Bafög. Nach den aktuellen Zahlen wurden 2017 noch rund 557.000 Studenten und 225.000 Schüler gefördert. Seit 2013 ist die Zahl der Berechtigten gesunken. Dieser Entwicklung will die Bundesregierung jetzt entgegen treten und das Bafög erhöhen. Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag in erster Lesung über den entsprechenden Gesetzesentwurf zur Änderung Bundesausbildungsförderungsgesetzes (19/8749). Die neuen Bafög-Sätze, die zum ersten Mal seit drei Jahren steigen, sollen zum Wintersemester 2019 und zum neuen Schuljahr gelten. Nach den Angaben der Bundesbildungsministerin wird die Gesetzesnovelle für 100.000 zusätzliche Bafög-Antragsteller sorgen. Bundesbildungsministerin Anja

Karlizcek (CDU) sagte: „Mehr Bafög für mehr junge Menschen“ – so lasse sich die Gesetzesinitiative auf den Punkt bringen. In Zeiten des digitalen Wandels und des zunehmenden internationalen Wettbewerbs sei es entscheidend, in die Zukunft der Kinder, des Landes und des Standortes Deutschland zu investieren. Die Koalitionsabgeordneten Lars Klingbein (SPD) und Stefan Kaufmann (CDU) lobten die Gesetzesvorlage. Damit werde eine Trendumkehr eingeleitet. Allein in dieser Wahlperiode würden mehr als 1,2 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben. **Höhere Freibeträge** Der Bafög-Höchstsatz soll von 735 Euro auf 835 Euro steigen. Im Wintersemester 2020 dann auf 861 Euro. Erleichtert werden auch die Rückzahlung des Bafögs: Restschulden sollen nach 20 Jahren erlassen werden, wenn jemand das Geld, das zur Hälfte als Darlehen ge-

während des Studiums oder gesellschaftlichem Engagements könnte auch ein Teil der Rückzahlung erlassen werden. Nach Ansicht der AfD entfele so die „Angst vor der Zwangsverschuldung“.

Einkommen der Eltern Jens Brandenburg (FDP) warf der Regierung vor, dass das Bafög immer weniger Studenten erreiche. Und dies, obwohl die Zahl der Studenten ständig steige. Derzeit sind 2,87 Millionen Menschen an Hochschulen bei einem jährlichen Zuwachs von rund 0,8 Prozent eingeschrieben. Ausgerechnet bei Erstakademikern sei die Förderquote von 40 auf 27 Prozent eingebrochen. Zudem sei das Bafög so kompliziert geworden, dass niemand mehr seriös sagen könne, wie hoch der Bescheid ausfallen werde. Die größten Probleme hätten diejenigen Studenten, deren Eltern für das Bafög zu viel, aber für die volle Studienfinanzierung zu wenig verdienen. 40 Prozent der Nicht-Bafög-Empfänger seien neben dem Studium auf umfangreiche Nebentätigkeiten angewiesen, monierte Brandenburg. Auch eine Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 2017 kommt zu dem Schluss: Selbst Facharbeiter hätten es schwer, ihren Kindern ein Studium zu finanzieren. Laut der Erhebung kamen 2016 zwölf Prozent der Studenten aus einer Familie mit niedriger Bildung, 36 Prozent aus einer Familie mit mittlerer, 28 Prozent aus einer mit gehobener und 24 Prozent aus einer Familie mit hoher Bildung. Die FDP wirbt für eine grundlegende Reform einer elternunabhängigen Ausbildungsförderung und plädiert dafür, ein Baukasten-Bafög für Studenten einzuführen. So soll die Ausbildungsförderung möglichst flexibel gestaltet werden. „Wir wollen weltbeste Bildung für jeden, unabhängig von der sozialen Herkunft“, begründete Brandenburg den Antrag seiner Fraktion (19/8956).

Steigende Mieten Auch die Linksfraction übte scharfe Kritik: „Die Bafög-Reform kommt zu spät und sie fällt zu gering aus“, attestierte Nicole Gohlke der Bundesregierung. Das 1971 eingeführte Bafög sei einmal die Möglichkeit schlechthin für junge Menschen gewesen, trotz geringer Einkommen und nicht akademischer Elternhäuser eine gute Ausbildung zu erhalten und ein Studium aufnehmen zu können. „Dieses großartige Instrument verliert unter der Großen Koalition jedes Jahr an Bedeutung. Das ist nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine sozialpolitische Katastrophe“, sagte Gohlke. Ministerin Karlizcek habe in einem Interview gesagt, dass Studierende „ja nicht in die teuersten Städte gehen“ müssten. Die Konsequenz aus dieser Äußerung wäre aber, dass es künftig eigene Standorte für Kinder reicher und Kinder armer Eltern geben würde, monierte Gohlke. In einem Antrag (19/8967) fordert die Linksfraction deshalb eine dynamische Erhöhung des Bafög auf ein existenzsicherndes Niveau und die Anpassung der Wohnpauschale an die örtlich unterschiedlichen Mietniveaus für studentischen Wohnraum. Kai Gehring (Grüne) warf der Koalition vor, eine halbgare Novelle vorzulegen: „Ihren Entwurf wird der Bundestag überarbeiten müssen, damit tatsächlich ein Plus für Bildungsgerechtigkeit herauskommt.“ Allein zwischen 2013 und 2017 sei die Zahl der Bafög-Empfänger um 200.000 gesunken. Das sei „eine Folge ihrer miserablen Bafög-Politik“. Laut Deutschem Studentenwerk würden bei den einkommensschwächsten Studierenden die Ausgaben für das Essen zum Teil unter dem physiologischen Existenzminimum liegen. Gehring mahnte: „Einige sparen sich das Studium vom Munde ab. Das ist eine Schande für unser reiches Land.“ *Annette Rollmann* ||

Anerkennung als NS-Opfer

KULTUR Nach dem Willen der Fraktionen der FDP und Bündnis 90/Die Grünen sollen Menschen, die während der nationalsozialistischen Diktatur als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ verfolgt wurden, als Opfergruppe anerkannt werden. Beide Fraktionen fordern zudem eine angemessene Entschädigung für die wenigen noch lebenden Angehörigen dieser Opfergruppen und eine Erweiterung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes. Am vergangenen Donnerstag beriet der Bundestag erstmals über die beiden Anträge der Liberalen (19/8955) und der Grünen (19/7736). Thomas Hacker (FDP) und Erhard Grundl verwiesen darauf, dass Zehntausende von sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ zwischen 1933 und 1945 in Konzentrationslagern inhaftiert, zwangssterilisiert oder ermordet worden seien. Brigitte Freihold (Linke) unterstütze die beiden Anträge und warb um eine überfraktionelle Einigung. Der AfD-Abgeordnete Thomas Ehrhorn wies die beiden Anträge als undifferenziert zurück. Es sei zwar richtig, dass kein Mensch in ein KZ gesperrt werden dürfe. Allerdings seien unter den sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ eben auch Vergewaltiger, Totschläger oder Zuhälter gewesen. Von der SS seien diese in den Konzentrationslagern mitunter ganz bewusst als sogenannte „Kapos“, als Funktionshäftlinge, in die Hierarchie eingebunden worden und hätten selbst Verbrechen an ihren Mithäftlingen begangen. Die CDU-Abgeordnete Melanie Bernstein warnte vor schnellen Urteilen in dieser Frage. Sie verweise darauf, dass kein Opfer des NS-Terrors aus der Erinnerungskultur und dem Gedenkstättenkonzept ausgeschlossen werde. *aw* ||

KURZ NOTIERT

Koalition will Erinnerung an Diktaturen verstärken

Die Koalitionsfraktionen wollen die Wissensvermittlung für Jugendliche über die Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft in Deutschland stärken. In einem Antrag (19/8942), den der Bundestag am vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwies, fordern Union und SPD die Bundesregierung unter anderem auf, im Rahmen des neu geschaffenen Bundesprogramms „Jugend erinnert“ die Arbeit mit Zeitzeugen zu intensivieren, innovative Formen der Erinnerungsarbeit zu erproben und neue Zielgruppen zu erreichen. *aw* ||

FDP fordert Nachbesserung bei Forschungs-Pakt

Die FDP-Fraktion fordert eine Neujustierung beim Pakt für Forschung und Innovation. In einem Antrag (19/8957), den der Bundestag am vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwies, spricht sie sich dafür aus, die Finanzierung der vier außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft) sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft stärker an den Ergebnissen, dem Nutzen und der Wirkung auszurichten. Dafür müssten Indikatoren und Messverfahren aufgestellt werden. *aw* ||

Im Dialog auf Augenhöhe

KOLONIALES ERBE Sachverständige plädieren für Kooperation und Provenienzforschung

Die Rückgabe von kolonialen Kulturgütern aus deutschen Museen an die Herkunftsgesellschaften kann nur in einem gemeinsamen Prozess mit allen Beteiligten gelingen. In diesem Sinn soll die Provenienzforschung der Museen gestärkt und mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Das betonten zahlreiche Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses in der vergangenen Woche. Grundlage der Anhörung waren zwei Anträge von FDP und Grünen (19/8545, 19/7735) zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes. Die FDP-Fraktion fordert, die bündeseigenen Museen zu verpflichten, mit den Anspruchsberechtigten zu einer Lösung über unrechtmäßig erworbene Kulturgüter aus kolonialen Kontexten zu kommen. Eine „Ethikkommission“ soll in Streitfällen auch einseitig angerufen werden können und die Mittel für das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste (DZK) für die Provenienzforschung sollen langfristig erhöht werden. Nach dem Willen der Grünen soll die Bundesregierung gemeinsam mit dem Senat von Berlin und unter maßgeblicher Beteiligung der Nachfahren der Opfer der deutschen und europäischen Kolonialverbrechen ein Konzept für eine zentrale Erinnerungsstätte der Hauptstadt erstellen.

Wiebke Ahmndt, Direktorin des Übersee-Museums in Bremen, betonte, es sollte nicht darum gehen, alternativlos Rückgaben anzubieten. Nicht alle Herkunftsgesellschaften wünschten sich dies, sondern seien eher an Kooperationen oder Entschädigungen interessiert. In einem „Dialog auf Augenhöhe“ müssten zunächst einmal die Bedürfnisse geklärt werden. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, und Johannes Vogel, Generaldirektor des Naturkundemuseums in Berlin, argumentierten in ähnlicher Weise für einen kooperativen Ansatz. „Die Museen wissen, dass sie sich bewegen müssen“, sagte Parzinger. Klar sei, dass illegaler Erwerb zurückgeben werden müsse. Dies müsse aber differenziert und unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes des Erwerbs der Gegenstände geschehen. Wie Parzinger, so verwies auch Vogel auf die zahlreichen globalen Kooperationen ihrer Häuser auf diesem Gebiet: „Wir arbeiten daran, dass es dabei nicht zu einer Fortdauer der asymmetrischen Machtstrukturen der Kolonialzeit kommt.“

Anerkennung des Unrechts Auf diesen Aspekt hatte zuvor Louis Henri Seukwa, Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, verwiesen: Die

aktuelle Debatte finde immer noch unter den Bedingungen eines strukturellen Ungleichgewichts zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den Herkunftsländern statt. Letztere seien immer noch abhängig von den Entscheidungen der anderen, kritisierte Seukwa. In diesem Zusammenhang forderte Manuela Bauche von der Freien Universität Berlin, Deutschland müsse den Kolonialismus endlich als Unrecht anerkennen und dies in seine Staatsraison integrieren, so wie dies in Bezug auf die NS-Vergangenheit geschehen sei. Deutliche Kritik kam von Bénédicte Savoy, Professorin für Kunstgeschichte an der Technischen Universität Berlin. Savoy verwies darauf, dass es bereits vor 40 Jahren eine solche Debatte gegeben habe, die aber durch die Abwehrhaltung der Museen erstickt worden sei. Sie forderte, die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit nicht den Museen allein zu überlassen, sondern eine unabhängige Kommission damit zu beauftragen. *Claudia Heine* ||

Anzeige

Paket „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“
2018, 1.678 S., Brosch., 120,- €
ISBN 978-3-8487-5261-4
nomos-shop.de/39708

Das Paket umfasst alle sieben Bände der von Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Reihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“. Im Zentrum der Reihe stehen sechs der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Buchreihe zeichnet sich durch eine systematische Darstellung der Wirkungsgeschichte, der internen Entscheidungsprozesse und der strategischen Entwicklungspotentiale der CDU, der SPD, der CSU, der FDP, von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke aus. Der Band „Parteiendemokratie in Bewegung“ schließt die Reihe ab.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos



AUFGEKEHRT

Das Kartenhaus ist eingestürzt

Einst hatte das britische Parlament einen Ruf wie Donnerhall. Als Erfinder des Parlamentarismus und der mehr oder weniger gediegenen politischen Debatte gerieten sich die britischen Abgeordneten. Und es stimmt ja auch: Mit einem geschliffenen Oxford-Englisch, einer Prise Tradition und viel Dekor wird selbst eine Debatte zu einem Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung noch wie eine parlamentarische Sternstunde. Das ist längst vorbei, die Sterne sind in einer Supernova namens Brexit verglüht. Dominierte einst die Königsfamilie mit ihren kleinen und größeren Dramen um Camilla, Lady Diana, Prinz Charles, Fergie, Harry, William und Prinz Philip die Seiten der Klatschpresse, lässt sich der europäische Kontinent inzwischen von den nicht minder melodramatischen Vorgängen in den heiligen Hallen des Unterhauses unterhalten: Ein Parlament, das kurz vor knapp nicht weiß, was es will, aber sehr gut weiß, was es nicht will; Deals, die abgelehnt werden, dann nicht mehr abgestimmt werden sollen, dann aber in zerstückelter Form doch wieder abgestimmt und dann wieder abgelehnt werden – und eine Premierministerin, die permanent wankt. Dass die US-amerikanische Erfolgsserie „House of Cards“ auf einer britischen Vorlage beruht, erscheint in Anbetracht dessen nicht wirklich verwunderlich. Nur wird das Kartenhaus in London nicht mehr aufgebaut, sondern es liegt in Trümmern. Und dann leckt es auch noch: Vergangene Woche musste gar eine Parlamentsdebatte abgebrochen werden, weil es durchs Dach der altnährigen, aber arg sanierungsbedürftigen Institution regnete. In dem Sinne und mit Speaker John Bercow gerufen: Orrrrrrrrrr! *Sören Christian Reimer* ■

VOR 40 JAHREN...

Zensur in der DDR

14.4.1979: SED-Regime verschärft Regeln für Journalisten. Die Pressefreiheit geriet in jüngster Vergangenheit vielerorts unter Druck. Vor allem der Umgang der türkischen Regierung mit deutschen Korrespondenten, die von Ankara keine Arbeitserlaubnis mehr bekamen, sorgte für Schlagzeilen. In der DDR war die Praxis ähnlich: Zum Beispiel wurde Ende 1974 der ARD-Korrespondent Lo-



Egon Bahr (SPD) auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1974

thar Loewe wegen kritischer Berichte des Landes verwiesen. Fünf Jahre und zahlreiche weitere Vorfälle später schränkte das SED-Regime die Arbeitsmöglichkeiten für westliche Journalisten weiter ein – und legte damit eine bestehende deutsch-deutsche Journalistenvereinbarung anders als als von der Bundesrepublik erwartet. Am 14. April 1979 erklärte die DDR per Dekret, dass Interviews sowie Fragen an DDR-Bürger auf offener Straße vorher angemeldet werden müssen. Auch Reisen außerhalb von Ost-Berlin waren für Korrespondenten fortan genehmigungspflichtig, ein Antrag musste mindestens 24 Stunden im Voraus gestellt werden. „Der Spiegel“ kommentierte den Schritt: Damit könnten „die SED-Zensoren die Arbeit der West-Korrespondenten künftig nach Gusto auf Null drehen“. Bonn protestierte am 17. April. Egon Bahr (SPD), der den Grundlagenvertrag und die Journalistenvereinbarung einst mitverhandelt hatte, sah die bestehenden Abmachungen „schrecklich durchlöchert“. Dabei hatte die DDR schon 1973 unter anderem erklärt: Journalisten hätten „Verleumdungen“ der DDR, „ihrer staatlichen Organe und ihrer führenden Persönlichkeiten“ zu unterlassen. *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: COMIC-PORTRÄTS ÜBER DEUTSCHE PARLAMENTARIER



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, links) mit dem Künstler Simon Schwartz bei der Ausstellungseröffnung im Reichstagsgebäude. Das dazugehörige Buch „Das Parlament“ ist Anfang April im avant-verlag erschienen.

45 Gesichter der Demokratie

Natürlich saß Petra Kelly von den Grünen im Parlament niemals direkt neben Rudolf Virchow (Deutsche Fortschrittspartei) und Hildegarde Hamm-Brücher (FDP), doch die Botschaft des Comic-Künstlers Simon Schwartz kommt trotzdem an: Die Zeiten, Orte und Charaktere mögen zwar unterschiedlich gewesen sein, doch ihr Einsatz für Demokratie und Bürgerrechte eint die Parlamentarier der Ausstellung „Das Parlament. 45 Leben für die Demokratie“ des Hamburger Künstlers Schwartz, der 2017 vom Kunstbeirat des Bundestages beauftragt wurde. Vom Parlament der Frankfurter Paulskirche im Jahr 1848 über den Bonner Bundestag und die Berliner Volkskammer der DDR bis zur Wiedervereinigung 1990 führen die Ausstellung und das gleichnamige Buch durch eineinhalb Jahrhunderte deutsche Parlamentsgeschichte. „Historisch galten Comics immer wieder als Schundliteratur und wurden teilweise von den Parlamenten als Kunstform verboten“, sagte Kuratorin Kristina Volke, die die Ausstellung am vergangenen Donnerstag im Berliner

Reichstagsgebäude eröffnete. Umso mehr freue er sie, dass der Bundestag mit Schwartz einen aufsteigenden Illustrator gefunden habe, der auf wenig Raum viel zu erzählen wisse. „Die Ausstellung ist für mich persönlich von großer Bedeutung, aber sie ist auch ein Ritterschlag für die Kunstform Comic in Deutschland“, begrüßte auch der Autor selbst die Initiative des Kunstbeirats. Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) freute sich, dass das Experiment geglückt sei: „Viele Menschen haben einen abstrakten Blick auf das Parlament. Dabei ist es gar nicht gesichtslos, sondern ein lebendiger Organismus“, sagte Schäuble. Schwartz schaffe es, Fakten über die Parlamentarier mit Denkanstößen zu verbinden. Aus über 1.000 Abgeordneten verschiedenster deutsche Parlamente mischte Schwartz bekanntere Biographien mit solchen, die in Vergessenheit geraten sind: „Viele Menschen kennen nicht mehr als den Namen eines Abgeordneten. Da setzt Schwartz an und nimmt die Brücke für deren politisches Handeln in den Fokus“, erklärte Kuratorin

Volke. Alle Porträtierten sind bereits verstorben. Teils habe er sehr stark recherchieren müssen, auch um vermeintlich widersprüchliche Persönlichkeiten zeichnerisch einzufangen, sagte Schwartz. Jedes Blatt zeigt dabei eine andere Idee des Künstlers: Ob Collagetechniken, visuelle Andeutungen, das Zurückgreifen auf vorhandene Fotos oder Gemälde – Farbgebung und Symbolik sind nie zufällig gewählt. „Was man sieht, ist eine Zuspitzung. Die Beschränkung auf eine Seite pro Parlamentarier erzwingt die pointierte Erzählung und Verdichtung“, erklärte Volke. Dabei sind viele Details zu entdecken, denn die Sprechblasen fungieren als Türöffner zu den zugrunde liegenden Erzählungen. *Lisa Brübler* ■

Die Ausstellung ist noch bis zum 31. August 2019 in der Abgeordnetenlobby zu sehen. Im Rahmen der Kunst- und Architekturführungen sowie am 17. und 24. April, am 2. und 22. Mai und am 12. und 19. Juni jeweils um 14 Uhr steht sie Besuchern nach vorheriger Anmeldung (kunst-raum@bundestag.de) offen.

LESERPOST

Zur Ausgabe 12 vom 18. März 2019, „Anerkennung ausdrücken und Rehabilitation unterstützen“ auf Seite 4:

In dem Artikel heißt es, dass es „offenbar [zu einem] Umdenken hinsichtlich der Invictus Games“ gekommen sei, da die FDP bereits im November einen Antrag zur Austragung der Invictus Games in Deutschland gestellt habe. Was wir hier sehen, ist das übliche Spiel zwischen Regierung und Opposition: Anträge mit gleichem Inhalt, nur zeitversetzt und Ablehnung des Gegen-Entwurfs. Allerdings muss ich hier fairerweise sagen, dass die Idee auf die Initiative der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zurückgeht. Sie hat bereits in Sydney Gespräche zur Bewerbung Deutschlands um die Austragung geführt und hatte in einem öffentlichen Statement angekündigt, dass es einen Antrag im Bundestag dazu geben wird. Insofern kam es hier keines-

wegs zu einem Umdenken. Die FDP war einfach schneller.

Julia Koch, Braunschweig

Zur selben Ausgabe, „Wagenknecht tritt kürzer“ auf Seite 4:

Wenn ich selbst politisch auch kontradiktorisch zu „Lady Sahras“ Grundpositionen stehe, so verbindet mich mit ihr ordnungspolitisches Denken, versteht und würdigt sie beispielsweise Ludwig Erhards „Politik der Sozialen Marktwirtschaft“ angemessen. Frau Wagenknecht beweist Weitsicht und handelt stilbildend zugleich: Achtsam hört sie auf die Signale, die ihr Körper ihr sendet, weiß aber auch die Zeichen der Zeit zu deuten. Möge ihr in dieser parteipolitisch gegenwärtig recht engmaschigen Atmosphäre doch noch der öffentliche Freiraum eingeräumt werden, der es ihr gestattet, ihre

intellektuell sensiblen Antennen weit auszuführen zum Wohl unseres freiheitlich-demokratischen Sozialstaates, damit sie ihre „Muße mit Würde“, die sie gerade physisch durchläuft, konstruktiv-kritisch nutzen darf. Möge sie ihre umfassende Bildung als gebürtige Jenenserin mit ihrem intellektuellen Charme im Dienste unseres Gemeinwohls gestalterisch widmen dürfen – sei es in der Sphäre überparteilichen Denkens oder in der Akademie.

Bodo Gemper, Netphen

Zur Ausgabe 8 vom 18. Februar 2019, „Parität per Gesetz“ auf Seite 9:

Der Frauenanteil an Mandatsträgern sollte dem Frauenanteil in den entsprechenden Parteien entsprechen. Nur wer sich in den Parteien engagiert, kann auch Repräsentation in unserer parteiendominierten Demokratie einfor-

dern. Es stellt sich auch die Frage, warum nicht auch andere Kriterien für eine paritätische Vertretung herangezogen werden sollten, zum Beispiel das Lebensalter oder die Bildung.

Sebastian Richter, Berlin

Zur Ausgabe 13-14 vom 25. März 2019, „Das Lehrstück Weimar“ auf Seite 9:

Mit großem Interesse lese ich seit vielen Jahren Ihre Zeitung, insbesondere die Beiträge zu historischen Themen. Doch im Artikel „Das Lehrstück Weimar“ druckten Sie zwar eine Karikatur von 1931 ab, versäumten es aber, den Künstler sowie den Erscheinungsort zu nennen. Damit entwerteten Sie die Karikatur als Bildquelle. Sie wird zur bloßen Illustration, schlimmstenfalls zum Platzfüller.

Tomas Unglaube, Reinbek

Anmerkung der Redaktion: Die Karikatur aus der satirischen Zeitschrift „Simplicissimus“ vom 16. Februar 1931 wurde von *Erich Schilling* gezeichnet.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 15. April.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 10. – 12.04.2019

Vorgeburtliche Bluttests (Do)
Jahresbericht Wehrbeauftragter (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Rosel Neuhäuser
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, PDS/Die Linke

Rosel Neuhäuser wurde am 6. April 70 Jahre alt. Die Ingenieurin aus Ruhla/Wartburgkreis trat 1969 der SED und 1990 der PDS bei. Von 1999 bis 2014 gehörte sie dem Kreistag des Wartburgkreises an. Im Bundestag engagierte sich Neuhäuser im Familien- sowie im Umweltausschuss.

>Gert Jannsen
Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Die Grünen

Gert Jannsen vollendet am 7. April sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Geograph und Hochschullehrer aus Oldenburg schloss sich 1982 den Grünen an. Jannsen, erster Abgeordneter seiner Fraktion, der infolge des Rotationsprinzips das Bundestagsmandat nach zwei Jahren niederlegte, gehörte dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft an.

>Ernst Küchler
Bundestagsabgeordneter 1998-2004, SPD

Am 7. April wird Ernst Küchler 75 Jahre alt. Der Diplom-Politologe und langjährige Volkshochschuldirektor wurde 1969 SPD-Mitglied und stand von 1993 bis 1999 an der Spitze seiner Partei in Leverkusen. Von 1994 bis 1999 und von 2009 bis 2014 war er Mitglied des dortigen Stadtrats und amtierte von 2004 bis 2009 auch als Oberbürgermeister seiner Heimatstadt. Im Bundestag arbeitete Küchler im Bildungsausschuss mit.

>Ludwig Stiegler
Bundestagsabgeordneter 1980-2009, SPD

Ludwig Stiegler vollendet am 9. April sein 75. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Weiden/Oberpfalz schloss sich 1964 der SPD an, war von 1981 bis 2009 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und von 1990 bis 2004 Mitglied des Weidener Stadtrats. Von 2003 bis 2009 stand er an der Spitze seiner Partei in Bayern. Dem Parteivorstand gehörte Stiegler von 1999 bis 2007 und dem SPD-Parteipräsidium von 2005 bis 2007 an. Der stellvertretende Vorsitzende seiner Bundestagsfraktion von 1998 bis 2007 engagierte sich vorwiegend im Rechtsausschuss. Von 1995 bis 2009 gehörte der Sozialdemokrat außerdem dem Richterwahlausschuss an.

>Hans-Eberhard Urbaniak
Bundestagsabgeordneter 1970-2002, SPD

Am 9. April begeht Hans-Eberhard Urbaniak seinen 90. Geburtstag. Der Bergmann und Gewerkschaftssekretär aus Dortmund schloss sich 1951 der SPD an, war von 1968 bis 2000 Vorstandsmitglied des dortigen Unterbezirks und von 1964 bis 1970 Ratscherr seiner Heimatstadt. Urbaniak, Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und über 15 Jahre deren stellvertretender Bundesvorsitzender, engagierte sich im Bundestag von 1970 bis 1998 im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

>Detlev Spangenberg
Bundestagsabgeordneter seit 2017, AfD

Am 10. April wird Detlev Spangenberg 75 Jahre alt. Der Diplom-Betriebswirt aus Meißen, ursprünglich CDU-Mitglied, trat 2013 der AfD bei. Seit 2015 ist er Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 2014 bis 2017 gehörte er dem Sächsischen Landtag an. Seit 2014 ist er zudem Kreisrat in Meißen. Im Bundestag engagiert sich Spangenberg im Petitions- sowie im Gesundheitsausschuss.

>Anke Eymer
Bundestagsabgeordnete 1990-2009, CDU

Anke Eymer wird am 12. April 70 Jahre alt. Die Schullehrerin aus Lübeck schloss sich 1972 der CDU an, war von 1990 bis 2004 stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands Lübeck und stand an der Spitze der dortigen Frauen-Union. Im Bundestag wirkte Eymer im Familienausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 2002 bis 2009 gehörte sie dem Europarat und der WEU an.

>Matthias Wissmann
Bundestagsabgeordneter 1976-2007, CDU

Matthias Wissmann wird am 15. April 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Ludwigsburg trat 1968 der CDU bei, war von 1973 bis 1983 Bundesvorsitzender der Jungen Union und gehörte von 1975 bis 2007 auch dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1983 bis 1993 war er wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) berief Wissmann im Januar 1993 zum Bundesforschungsminister. Bereits im Mai übernahm er nach dem Rücktritt Günther Krauses das Amt des Bundesverkehrsministers. In seine bis 1998 währende Amtszeit fielen unter anderem die Bahnreform sowie die Modernisierung bzw. der Neubau von Verkehrswegen in Ostdeutschland. Zwischen 1998 und 2001 amtierte Wissmann außerdem als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und danach bis 2007 als Vorsitzender des Europausschusses. *bmh* ■



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Jeder Wehrbeauftragte hat eine eigene Handschrift



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir feiern in diesem Jahr 70 Jahre Grundgesetz. Nicht alle Artikel unserer Verfassung sind bekanntlich schon 70 Jahre alt. Auch nicht dieser: „Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein

Wehrbeauftragter des Bundestages berufen.“

Das ist der Wortlaut von Artikel 45 b – der wurde in das Grundgesetz aufgenommen im Zuge der heftig debattierten Wiederbewaffnung unseres Landes und er war das Ergebnis eines klugen politischen Kompromisses, den Regierungs- und Oppositionsfraktionen damals miteinander aushandelten.

Vor 60 Jahren, am 3. April 1959, nahm in Bonn der erste Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages seine Amtsgeschäfte auf: Helmuth von Grolman. Ich freue mich, dass der amtierende Wehrbeauftragte heute anwesend ist, und begrüße Sie, Herr Kollege Bartels, sehr herzlich.

Was unter den Parteien zunächst umstritten war, ist heute integraler Bestandteil unserer Wehrverfassung – und längst prägend für das Selbstverständnis unserer

Streitkräfte. Der Wehrbeauftragte wurde nicht, wie seiner Zeit geunkelt wurde, zu einem bloßen „Briefkasten-Onkel für Soldaten“. Im Gegenteil. Die persönliche Autorität und die jeweils eigene Handschrift der bisher zwölf Wehrbeauftragten sorgten für Ansehen und für politisches Gewicht – es war unter ihnen mit Claire Marienfeld zwischen 1995 und 2000 auch erstmals immerhin eine Frau. Ihnen allen sind wir zu Dank und Anerkennung verpflichtet. Gerade wir Abgeordnete, die besondere Verantwortung für die Bundeswehr als Parlamentsarmee tragen.

Die Soldatinnen und Soldaten nehmen uns zu Recht in diese Pflicht – deshalb kann auch der Beschluss einer Hauptstadt-Partei nicht unwidersprochen bleiben, „militärischen Organisationen“ künftig den Zugang zu Schulen untersagen zu wollen. Und mehr

noch: Vorträge von Soldatinnen und Soldaten über ihren Dienst und ihre Arbeit als „militärische Propaganda“ zu denunzieren. Der Vorwurf, es würden dabei Kompetenzgrenzen überschritten, verkennt den Auftrag zur festen Verankerung der Bundeswehr in unserer demokratischen Gesellschaft, deren Teil sie ist. Der Wehrbeauftragte hat bereits klare und unmissverständliche Worte dazu gefunden. Aber alle, die als Staatsbürger in Uniform diese wichtige Aufgabe wahrnehmen, sollen dabei auch um die volle Unterstützung dieses Hauses wissen.

Mit dem Wehrbeauftragten verbinden Soldatinnen und Soldaten direkte und unmittelbare Hilfe und Unterstützung – eine Funktion, die sich auf die gesamte Organisation Bundeswehr erweitert hat. Die Wehrbeauftragten haben der Inneren Führung zum Durchbruch verholfen. Sie begleiteten die Entwicklungsprozesse, Neustrukturierungen und Neuausrichtungen der Bundeswehr über alle Umbrüche hinweg. Sie zeigten Defizite auf und forderten Reformen. Man hat sie deshalb zu Recht als „Modernisierer von Armee und Staat“ charakterisiert.

Befürchtungen, die jährliche

parlamentarische und öffentliche Befassung mit den Mängelberichten des Wehrbeauftragten könnte zur Routine erstarren, bewahrheiteten sich nicht. Das ist ganz wesentlich dem hohen Niveau der Jahresberichte geschuldet, ihren Inhalten, die – so hat es Hans-Peter Bartels im vergangenen Jahr treffend formuliert – von den besten Experten stammen, die dieses Land in militärischen Fragen hat: nämlich von den Soldatinnen und Soldaten selbst.

Über 370.000 Vorgänge wurden vom Wehrbeauftragten seit 1959 bearbeitet. Ohne seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre das niemals möglich gewesen. Deshalb gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wehrbeauftragten unser aller Dank.

Das Amt des Wehrbeauftragten ist und bleibt ein unverzichtbares Aushängeschild erfolgreicher parlamentarischer Kontrolle in der Demokratie. Damit die Bundeswehr auch künftig ihren vielfach gewachsenen Verteidigungsaufgaben nachkommen kann – nicht zuletzt im Rahmen der Bündnisverpflichtungen unseres Landes, über die wir heute noch debattieren werden. Herzlichen Dank.

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Sozialstaat ist eine der größten kulturellen Errungenschaften



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stärken wir die Verbindung zwischen den Prinzipien des Sozial-

staats und des Rechtsstaates. Es geht um die Tätigkeiten des Zolls, der ein sehr, sehr breites und großes Spektrum hat. Zu diesen großen Aufgaben, die er heute schon hat, gehört auch der Kampf gegen illegale Beschäftigung und gegen organisierte Kriminalität in der Arbeitswelt. Der Zoll kontrolliert und ermittelt in Betrieben, auf der Straße und auf Baustellen, und er hat mit dem, was er bisher macht, schon viele Schäden aufgedeckt. 1,8 Milliarden Euro ist die Zahl, die wir zuletzt berichtet bekommen haben. Natürlich kontrolliert er auch bei Verstößen gegen den Mindestlohn und der Ausbeutung von Arbeitskräften. Wir können stolz sein auf den Zoll. Er leistet

bereits heute eine sehr, sehr gute Arbeit.

Aber eines ist auch ganz klar: Der Zoll muss mit den Instrumenten arbeiten, die ihm heute zur Verfügung stehen. Das sind gar nicht alle die, die man sich vorstellt, wenn man den Zoll im Blick hat. Das hat historische Gründe. Die haben etwas damit zu tun, dass der Zoll Aufgaben der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit übertragen bekommen hat, Aufgaben, die vorher zum Sozialversicherungsbereich gehörten. Aber tatsächlich ist es eine Behörde mit viel mehr Ermittlungskompetenzen, wenn es um die klassischen Felder der Zolltätigkeit geht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir angesichts der wachsenden Kriminalität gerade in diesem Bereich die Beamtinnen und Beamten besser ausstatten, dass wir sie in die Lage versetzen, denjenigen entgegenzutreten, die mit hoher krimineller Energie arbeiten, dass wir Missbrauchsformen aufdecken, die viel komplexer werden, und dass wir dagegen vorgehen können, wenn Täter grenzüberschreitend am Werke sind, wenn es Geflechte gibt mit Subunternehmen und Scheinfirmen. Der Zoll braucht zusätzliche Kompetenzen. Diese bekommt er mit dem neuen Gesetz.

Warum machen wir das? Unser Wirtschaftssystem, der Arbeitsmarkt, der Sozialstaat, alles das, was wir gemeinsam so schätzen, sind darauf angewiesen, dass nicht irgendjemand die Regeln umgeht und Missbrauch betreibt. Das ist wichtig für die Unternehmerinnen und Unternehmer und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich an die Regeln halten.

Aber es ist auch wichtig, damit wir immer wissen, dass nicht mitten in unserer Gesellschaft Milieus und gesellschaftliche Strukturen entstehen, die sich außerhalb der Regeln, die wir miteinander besprochen haben und die wir festgelegt haben, entwickeln. Deshalb kann man nur sagen: Wir lassen uns das, was an neuer Entwicklung im Bereich der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung zu beobachten ist, nicht gefallen.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Der Rechtsstaat hat die Pflicht und die Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden. Diejenigen, die sich an die Regeln halten, müssen sich eben darauf verlassen können, dass wir das machen. Darum brauchen wir einen gut ausgestatteten Zoll, der die Möglichkeiten hat, den Rechtsstaat auch durchzusetzen. Die Beamten sollen nicht mehr zusehen müssen, wenn zum Beispiel bandenmäßige Tätigkeiten zu beobachten sind, durch die der Sozialstaat hintergangen wird. Das können wir in wachsendem Maße feststellen: Was in großem Umfang eine Rolle spielt und was wir immer wieder sehen, sind Scheinfirmen und Scheinrechnungen, in großem Stil organisiert und mit all den Strukturen, die man bei organisierter Kriminalität wahrnehmen kann. Deshalb brauchen wir neue zusätzliche Möglichkeiten und Kompetenzen, um dagegen vorgehen zu können.

Man muss auch etwas tun können, wenn ganz offensichtlich zu sehen ist, dass es in unserer Gesellschaft Dinge gibt, die nicht in Ordnung sind. Viele kennen Orte, an denen oft Männer und Frauen stehen, die ihre Arbeitskraft anbie-

ten, wo dann irgendwelche Autos vorbeifahren, diese Menschen einsammeln und irgendwohin fahren. Jeder weiß, was dort genau geschieht: Es geht nämlich um illegale Beschäftigung und um die Verletzung vieler Regeln, die wir miteinander haben. Es ist gut, dass der Zoll jetzt die Möglichkeit bekommt – diese existiert heute noch nicht –, schon bei einem Verdacht einschreiten zu können und dafür zu sorgen, dass man solche Entwicklungen in unseren Städten, in unseren Gemeinden verhindern kann.

Wir alle haben davon in vielen Berichten gelesen, haben oft auch nachgeschaut und kennen das aus den Städten, in denen wir aktiv sind, nämlich dass es Schrottimobilien gibt, in denen Männer, Frauen, Familien zu Wucherpreisen wohnen, in denen die Wohnungen vollkommen überbelegt sind. Hier sieht man alle möglichen Strukturen, die wir in unserer Gesellschaft nicht haben wollen. Deshalb muss es möglich sein, dass man dort besser kontrollieren kann, als das heute der Fall ist, um solche Missstände in unserer Gesellschaft zu unterbinden.

Natürlich gehört dazu auch,

dass wir etwas dagegen tun, wenn zum Beispiel Kindergeld kassiert wird, ohne dass überhaupt Kinder da sind. Die Regeln sind heute nicht präzise genug, um das alles aufgreifen zu können. Mit den vielen Veränderungen, die wir jetzt vorschlagen, werden wir solche Missstände besser aufdecken können. Kindergeld ist eine Leistung, die für Kinder da ist, und nicht etwas, was man über Scheinstrukturen als zusätzliche Einnahmequelle nutzen kann. Auch da kann der Zoll, können die zuständigen Behörden jetzt besser vorgehen.

Darum ist es wichtig, dass wir das angehen. Das machen wir mit unserem Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch. Der Zoll bekommt all die Kompetenzen, die er braucht, um effektiv handeln zu können. All die Befugnisse, die wir benötigen, werden bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit gebündelt. Wir passen insgesamt 15 Gesetze an, damit wir in der Praxis besser handeln können, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich nenne ein Beispiel: Den Mindestlohn, den wir in Deutschland beschlossen haben und um den so lange gerungen wurde, soll jeder, der in diesem Land arbeitet, auch tatsächlich erhalten. Wir können nicht akzeptieren, dass immer wieder Berichte auftauchen, in denen zu erfahren ist, dass mit ir-

gendwelchen Scheinverträgen Leute viel weniger verdienen als das, was ihnen zusteht. Das müssen wir kontrollieren und unterbinden können.

Die Kompetenzen, die neu entstehen, werden dazu beitragen, dass der Zoll diese Tätigkeiten auch wahrnehmen kann, zum Beispiel dann, wenn es darum geht, selbstständig Ermittlungen gegen Scheinselbstständigkeit und verschiedene andere Verfahren durchzuführen. Oft ist das heute sehr kompliziert. Deshalb ist es sehr gut, dass die Staatsanwaltschaft vom Zoll unterstützt werden kann und dass der Zoll gewissermaßen aus eigener Kraft und durch seine Aktivitäten die Staatsanwaltschaften in die Lage versetzen kann, Anklagen zu erheben.

Dazu gehört etwa auch, dass es in bestimmten Bereichen der Kriminalität, der illegalen Beschäftigung die Notwendigkeit gibt, zum Instrument der Überwachung der Telefone zu greifen, damit wir die bandenmäßigen Strukturen im Hintergrund aufdecken können. Auch müssen wir Unterkünfte von Arbeitnehmern überprüfen können, was bisher rechtlich nicht so einfach möglich ist, sondern juristisch eine hochkomplizierte Angelegenheit ist. Das wird jetzt alles viel besser werden. Ich glaube also, dass wir mit diesem Gesetz dazu beitragen, dass Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in un-

serem Land zurückgehen werden.

Dieses Ziel werden wir auch dadurch erreichen, dass die Kontrollen größer werden. Das Gesetz betrifft die rechtlichen Möglichkeiten. Was wir zusätzlich brauchen, sind viele Beschäftigte beim Zoll. Deshalb ist es eine gute Botschaft, dass in den letzten Jahren die Zahl der Beschäftigten beim Zoll zugenommen hat, dass die Zahl derjenigen, die sich mit der Kontrolle der Schwarzarbeit beschäftigen, größer geworden ist. Es werden viele, viele tausend zusätzliche Stellen in den nächsten Jahren sein, damit der Zoll all das tun kann, was wir ihm jetzt als gesetzlichen Auftrag geben.

Ich habe es schon gesagt: Wir stärken den Rechtsstaat und den Sozialstaat. Das gehört zusammen. Das gehört auch zum Selbstbild unserer Gesellschaft. Der Zoll ist eine hochleistungsfähige Behörde unseres Landes und ist in der Lage, dazu beizutragen, dass das Leben in unserem Land besser wird, indem er dafür sorgt, dass sich alle an die Regeln halten. Ich glaube, das ist wichtig für eine der größten kulturellen Errungenschaften unseres Landes, nämlich den Sozialstaat.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Stefan Keuter, AfD:

Die Anreize für Zuwanderung in die Sozialsysteme reduzieren



Stefan Keuter (*1972)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung legt heute einen Gesetzesentwurf vor gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch. Das klingt erst einmal gut. Kurz gesagt: Gut gedacht, schlecht gemacht!

Billigfriseur, die Haarschnitte für 8 Euro und weniger anbieten, Dönerbuden mit Kampfpreisen von 2,50 Euro und Handwerkerkolonnen, die Pfusch zu Nied-

rigstpreisen verkaufen, sind nur einige Beispiele, die unsere Bürger tagtäglich wahrnehmen. Nennen wir die Probleme beim Namen: Es geht um die Baumaafia. Es geht um Arbeiterstriche, wo zumeist osteuropäische Tagelöhner vermittelt werden. Es geht um Verschleierung von Zahlungspflichtigen für Steuern und Sozialabgaben. Es geht um Lohndumping.

Und es geht um Kindergeldbetrug. Die Bundesregierung schreibt selbst in der Begründung zu ihrem Gesetzesentwurf:

Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass vom Kindergeld eine nicht beabsichtigte Anreizwirkung für einen Zuzug aus anderen Mitgliedstaaten ausgeht.

Ach was! Wir von der AfD weisen bereits seit 2014 auf diese Fehlentwicklungen hin und werden dafür von links-grünen Weltverbesserern mit ihren Realitätsverweigerungsbrillen ständig diffamiert. Mit dieser Verweigerungs-

haltung von Ihnen, die Sie schon länger in diesem Hause sitzen, haben Sie Deutschland großen Schaden zugefügt.

Herr Scholz, wissen Sie, wie so etwas praktisch abläuft? Schlepper bringen systematisch Menschen aus Osteuropa nach Deutschland, quartieren sie in Schrottimobilien ein, besorgen ihnen teils gefälschte Arbeitsnachweise, damit sie hier Kindergeld kassieren können – auch für Kinder, die nur auf dem Papier existieren. Wie reagiert die Bundesregierung? Der Zoll muss massiv aufgerüstet werden. Er braucht neue Rechte bei der Ermittlung und Durchsetzung. Bundesminister Scholz – wir haben ihn gerade gehört – sprach vollmundig von der Durchsetzung. Das klingt zunächst einmal gut, aber wir wollen genauer hinschauen.

Der Zoll soll auf Arbeiterstrichen Platzverweise aussprechen dürfen, hat aber andererseits nicht die Möglichkeit des Durchset-

zungsgewahrsams. Wie soll das funktionieren, Herr Scholz? Auch wäre eine Anbindung an die IT-Systeme der Polizei sinnvoll, um Doppel- und Dreifacharbeit zu vermeiden. Die Strukturen des Zolls und auch die Zusammenarbeit mit der Polizei müssten effektiver sein. Der hier vorgelegte Gesetzesentwurf sieht vor, dass die beim Zoll angesiedelte Einheit Finanzkontrolle Schwarzarbeit, auch FKS genannt, deutlich aufgestockt werden soll. Das passt wieder ins Konzept der SPD: die große Gießkanne, 3 500 neue Stellen zusätzlich zu den bisher geplanten. Über die Kosten hat Bundesminister Scholz eben nicht gesprochen. Ich sage es Ihnen: eine knappe halbe Milliarde Euro jährlich zuzüglich Einmalkosten von über 100 Millionen Euro.

Wir müssen tiefer an die Wurzel des Problems. Die Bekämpfung von Kriminalität ist das eine; die Einwanderung in die Sozialsysteme zu stoppen, ist das andere. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger aus Rumänien und Bulgarien hat sich seit 2015 mehr als vervierfacht.

Das ist nicht mit normaler Arbeitslosigkeit zu erklären, schon gar nicht angesichts der angeblich so boomenden Wirtschaft, die ja jetzt schwächelt. Durch das für diesen Personenkreis vergleichsweise hohe Versorgungsniveau werden die Menschen geradezu eingeladen, in unsere Sozialsysteme einzuwandern.

Wer bedürftig ist und die Solidarität seines Volkes benötigt, soll diese auch bekommen – von seinem Volk. Es ist nicht mehr vermittelbar, dass sich die deutschen Arbeitnehmer immer weiter einschränken und länger arbeiten sollen, während Zuwanderer – nicht nur aus der EU – es sich in unseren Sozialsystemen gutgehen lassen. Die Anreize für Zuwanderung in die Sozialsysteme müssen deutlich reduziert werden, sonst doktern wir ewig an den Symptomen herum, ohne echte Lösungen zu bekommen.

Wir freuen uns auf die Beratungen im Finanzausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Es geht um Verschleierung von Zahlungspflichtigen für Steuern und Sozialabgaben.

Antje Tillmann, CDU/CSU:

Missbrauchsbekämpfung stärkt den Sozialstaat



Antje Tillmann (*1964)
WK Erfurt-Weimar-Weimarer Land II

Nach der Rede von Finanzminister Scholz hatte ich schon befürchtet, dass es eine langweilige Debatte wird; denn ich konnte jedem Wort, das der Minister gesagt hat, nur zustimmen. Aber Herr Keuter hat die Stimmung sozusagen gerettet. Nach Ihrer Rede war klar, dass es hier eine sehr kontroverse Diskussion geben wird. Denn Sie haben das Thema wieder genutzt, um Menschen zu diffamieren, die in Deutschland mit uns zusammen am Sozialstaat arbeiten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Das Sozialstaatsprinzip zeigt sich darin, dass Leistungsstärkere mit ihren Leistungen, also durch Steuern und

Sozialabgaben, Leistungsschwächere unterstützen. Das Sozialstaatsprinzip ist ziemlich unbestritten und breiter Konsens in der Bevölkerung. Leistungsträger sind auch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit langem auf dem deutschen Arbeitsmarkt für uns und mit uns zusammen unseren Wohlstand sichern. Das lassen wir uns von Ihnen, Herr Keuter, nicht kaputtreden. Ich danke der Bevölkerung, dass sie das überwiegend genauso sieht.

Natürlich verstehe ich die Verärgerung derjenigen, die den Sozialstaat tragen, wenn es Missbrauch gibt. Gegen diesen Missbrauch wollen wir mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf vorgehen. Diesen Missbrauch betreiben übrigens Deutsche und Ausländer. Das ist eine kleine Gruppe von Menschen, die sich nicht an die Regeln halten wollen. Aber da ist es mir völlig egal, ob es ein rumänischer Schlepper oder ein Deutscher von der Baumaufgabe ist. Wir müssen gegen Missbrauch von beiden Seiten vorgehen.

Die Fallgruppen hat Herr Minister Scholz ja schon vorgetragen: im Baugewerbe, wo durch fingierte Rechnungen Schwarzarbeit gefördert wird, auf der Straße, wo Menschen ausgebeutet werden –

der Billigste wird genommen, und dann werden ihm Sozialleistungen auch noch vorenthalten –, aber auch beim Kindergeld, wo Menschen fingierte Geburtsnachweise vorlegen. Das Kindergeld kommt dann nicht Kindern zugute, sondern Schlepperbanden. Ich betone ausdrücklich, dass es bei diesem Gesetz nicht darum geht, den berechtigten Anspruch von Kindergeld im europäischen Ausland zu reglementieren. Darum geht es hier nicht. Vielmehr geht es um Verbrecher, um Schleuser, um Kriminelle, denen wir das Handwerk legen wollen. Dies wird mit diesem Gesetz auch passieren.

Es ist nicht so, dass wir seit 2014 nichts gemacht haben. Wir brauchen nicht die AfD, um festzustellen, dass es da Probleme gibt. Wir haben auch schon in der letzten Legislaturperiode Maßnahmen ergriffen, um diesem Missbrauch entgegenzuwirken. Wir haben nämlich die Möglichkeit, Kindergeld rückwirkend zu beantragen, auf sechs Monate beschränkt. Wir haben einen besseren Informationsaustausch zwischen Mel-

destellen und Familienkassen eingeführt. Das hat schon zu einer erheblichen Verbesserung geführt.

Wir schließen mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf die Lücken, die noch bestehen. Wir wollen, dass die Menschen, die in diesem Land mit ihrer Arbeit, mit ihrer Leistungsfähigkeit zum Wohlstand beitragen, auch weiterhin davon überzeugt sind, dass der Sozialstaat für uns alle gut ist, nicht nur für diejenigen, die davon leben.

Der Zoll wird zusätzliche Kompetenzen bekommen, Gott sei Dank auch zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich danke all denjenigen, die schon heute ihre Arbeit beim Zoll tun. Das ist nicht immer vergnügungsteuerpflichtig, nicht immer werden sie fröhlich aufgenommen. Von daher herzlichen Dank! Ich wünsche mir, dass viele junge Menschen die Stellen, die wir zusätzlich zur Verfügung stellen, sehr schnell

besetzen und sich in diese Ausbildung begeben.

Wir wollen bei Verdachtsfällen frühzeitig reagieren. Wir wollen Regelungen, um bereits bei der Anbahnung von illegaler Beschäftigung eingreifen zu können. Wir wollen beim Inverkehrbringen von Scheinrechnungen den Tatbestand der Ordnungswidrigkeit einführen. Der Zoll soll bei der Überwachung von Verdächtigen die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung bekommen.

Wir wollen einen besseren Informationsaustausch zwischen Familienkassen und Zollämtern.

gehen.

Zweitens. Der Finanzminister denkt leider nicht im Traum daran, den bestehenden Verwaltungswahn einzustampfen. Verwaltungsvereinfachungen werden nicht ernsthaft angegangen. Gestern hat mein Kollege Dr. Hoffmann hierzu eine Frage gestellt. 34.000 Meldungen werden an der deutsch-schweizerischen Grenze täglich manuell abgestempelt. Ein Wahnsinn!

Bevor wir immer mehr Personal in die Prüfung stecken, wäre es für den Staat doch ratsam, alle Möglichkeiten von Effizienzsteigerungen auszuloten. Zunächst sollten Arbeitsabläufe hinterfragt und auch Digitalisierungspotenziale ausgeschöpft werden. Wer einmal eine Prüfung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit miterlebt hat, der weiß, dass dort immer noch in ganz hohem Maße analog gearbeitet wird. Die Finanzkontrolle

Wir wollen, dass beim Kindergeldanspruch stärker an die wirtschaftliche Betätigung angeknüpft wird. Wir wollen, dass Kindergeldzahlungen vorläufig gestoppt werden, wenn es den Verdacht auf Missbrauch gibt.

Das sind lauter Maßnahmen, die wir im Gesetzgebungsverfahren mit den Kolleginnen und Kollegen überprüfen. Ich bin auf Ihre konkreten Änderungsvorschläge sehr gespannt. Seien Sie sich gewiss, dass wir prüfen werden, ob nicht der eine oder andere dabei ist, den wir vielleicht noch aufnehmen. Solange Sie Ihre Vorschläge frei von Hetze und sachgerecht vortragen, sind wir natürlich bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Wir wollen einen besseren Informationsaustausch zwischen Familienkassen und Zollämtern. Wir wollen auch, dass inländische Einkünfte besser nachgewiesen werden können; das ist für den Bezug von Sozialleistungen wichtig. Ich bin sicher, dass das Sozialstaatsprinzip und das Sozialstaatsprinzip in der Bevölkerung auch weiterhin breiten Rückhalt haben, wenn wir sicherstellen, dass es keinen Missbrauch gibt. Dazu fordere ich uns alle auf. Wir müssen den Sozialstaat und dieses soziale System stärken, indem wir den Missbrauch bekämpfen. Dieses Gesetz ist ein guter Weg in die richtige Richtung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Markus Herbrand, FDP:

Arbeitsprozesse hinterfragen und Digitalisierung nutzen



Markus Herbrand (*1971)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Das wir Sozialleistungsbeitrag, Schwarzarbeit und auch Lohnausbeutung beim sogenannten Arbeiterstrich bekämpfen müssen, ist doch selbstverständlich. Wir begrüßen

auch ausdrücklich, dass der Missbrauch beim Kindergeldbezug endlich bekämpft wird; da hat sich ja eine regelrechte Industrie entwickelt. Insofern benennt und identifiziert der Gesetzentwurf selbstverständlich bestehende Schwachstellen.

Es stimmt auch: Der Zoll nimmt elementare Aufgaben für den Staat wahr. In letzter Zeit kommt aber eines viel zu kurz: Weil er viel zu lange stiefmütterlich behandelt wurde, krankt er inzwischen massiv an mehreren Stellen. Dabei denke ich vor allem an die halbherzigen Übertragungen immer neuer Aufgaben in den letzten Jahren: die Verwaltung der Kfz-Steuer, die Überprüfung im Falle von Schwarzarbeit, die Bekämpfung der Geldwäsche und

die Überprüfung der viel zu bürokratischen Mindestlohndokumentation. Das alles führt zu strukturellen Problemen. In den Chor der Koalition, der nur Lobeshymnen auf diesen Gesetzentwurf singt, werden wir aber nicht einstimmen. Denn auch wenn Sie durchaus relevante Probleme identifiziert haben, ist Ihr Gesetzentwurf aus unserer Sicht noch kein großer Wurf. Unsere Skepsis beruht auf mehreren Gründen.

Erstens. Zunächst hat die FDP Bedenken, ob die zusätzlichen Ermittlungs- und Prüfungs Kompetenzen rechtsstaatlich angemessen und diesbezüglich verhältnismäßig ausgestattet sind. Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Deshalb werden wir diesen Bedenken im Gesetzgebungsverfahren nach-

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit könnte viel schlagfertiger sein.

Schwarzarbeit könnte viel schlagfertiger sein, wenn die bereits seit Jahren bestehenden Vorgaben des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes endlich umgesetzt wären. Zum Beispiel ist immer noch nicht sichergestellt, dass die eine Behörde auf die Daten der anderen Behörde zugreifen darf. Das darf nicht weiter so sein.

Vielleicht wäre es also ratsam, zunächst einmal die bestehenden Gesetze auch umzusetzen.

Die Bundesregierung will mit diesem Gesetz vornehmlich eins erreichen: sich als Vorreiter für die Einhaltung bestehender Gesetze in Szene setzen. Da ist es doch sehr interessant, dass Sie auf eine Anfrage der FDP-Fraktion vergangene Woche haben einräumen müssen, dass ausgerechnet auch beim Zoll nicht alle tarifvertraglich-

Fortsetzung auf nächster Seite

chen Vereinbarungen eingehalten werden; denn nach Ihrer Antwort auf unsere Anfrage werden nicht für alle tariflich Beschäftigten Ar-

beitsplatzbeschreibungen vorgehalten. Ich glaube, da kann man auch von Doppelmoral sprechen. Sehr geehrte Kollegen, ich war-

ne davor, Verbesserungen nur auf dem Papier vorzunehmen. An der hier längst überfälligen Initiative zur Stärkung der Finanzkontrolle

Schwarzarbeit müssen wir noch deutlich nachbessern. Wir freuen uns auf die inhaltliche Auseinandersetzung in den zuständigen

Ausschüssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Susanne Ferschl, Die Linke:

Arbeitsmarktregulierung beugt illegaler Beschäftigung vor



© Deutscher Bundestag/Julia Nowak

Susanne Ferschl (*1973)
Landesliste Bayern

Ja, es ist dringend notwendig, gegen illegale Beschäftigung, gegen Verstöße beim Mindestlohn und gegen Ausbeutung am Arbeitsmarkt vorzugehen. Dieser Gesetzesentwurf taugt dafür aber nicht; denn er beseitigt nicht die Ursachen von Schwarzarbeit, sondern kriminalisiert die Opfer von Ausbeutung, und er diskriminiert letztlich auch noch EU-Bürger. Ich bin echt sauer, Herr Minister, dass so ein Gesetzesentwurf aus dem SPD-geführten Ministerium kommt.

Ich fange trotzdem zunächst mit dem Positiven an, und zwar der Aufstockung des Personals der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Das ist eine Forderung, die wir schon sehr lange erheben, und es ist längst überfällig, diesen Bereich der Zollverwaltung zu stärken. Von Ihrem CDU-Vorgänger im Amt war offensichtlich nicht gewollt, dass die Einhaltung des Mindestlohns ordentlich kontrolliert wird. Insofern ist es gut, dass jetzt mehr Personal dafür zur Verfügung gestellt werden soll. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen beim Zoll und bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit für die Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgabe bedanken.

Es ist aber rechtsstaatlich bedenklich und fragwürdig, wenn man die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit einer so großen Machtfülle ausstattet, zum Beispiel mit der Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung, bis hin zur Möglichkeit, dass Rechte und Aufgaben einer Anklagebehörde wahrgenommen werden sollen. Dieses Ausmaß ist nicht nötig. Die Bußgelder und Strafen, die

verhängt werden, richten sich gleichermaßen gegen Beschäftigte wie Arbeitgeber. Um dies einmal deutlich zu machen: Opfer von Ausbeutung, also Menschen, die ihre Arbeitskraft auf den Tagelöhnerbörsen verkaufen, werden genauso bestraft wie die kriminellen Unternehmen, die davon profitieren. Das sind doch die eigentlichen Kriminellen, und das ist nicht hinnehmbar. Mit dem Fokus auf der Kriminalisierung der Opfer lenken Sie von den eigentlichen und hausgemachten Ursachen für illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit ab. Es ist so, als ob man jahrelang Öl ins Feuer gießen und dann plötzlich die Feuerwehr verstärken würde, ohne dem Feuer endlich die Nahrung zu entziehen. Illegale Beschäftigung dämmt man ein, indem man den Niedriglohnsektor austrocknet und den Arbeitsmarkt reguliert.

Um dies an zwei Punkten festzumachen: Erster Punkt. Minijobs sind ein Haupteinfallstor für Schwarzarbeit und Mindestlohnbetrug. Der Minijob wird angemeldet, und der Rest läuft dann schwarz. Aber was macht die Bundesregierung? Sie weitet die Möglichkeiten für Minijobs im Saisonarbeiterbereich auch noch aus. Das ist doch absurd, meine Damen und Herren. Die Linke fordert deswegen schon lange: Minijobs müssen in die Sozialversicherung und in den normalen Arbeitsmarkt integriert werden.

Zweiter Punkt: Tarifbindung. Früher war es für Unternehmen gar nicht lukrativ, Tätigkeiten in Subunternehmen auszulagern, weil auch die Nachunternehmen ordentlich bezahlt wurden. Mittlerweile ist es so, dass nur noch jede oder jeder zweite Beschäftigte unter den Schutz eines Tarifvertrags fällt. Heute wird in Sub-, Sub-Sub- und noch mehr Subunternehmen ausgegliedert, die keiner Tarifbindung unterliegen und mieseste Stundenlöhne bezahlen. Das fördert doch Schwarzarbeit und gehört unbedingt unterbunden. Deswegen brauchen wir Tarifverträge, die aufgrund einer Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für alle gelten, ein einheitliches Tariftreue- und Vergabegesetz, damit öffentliche Aufträge auch nur an tarifgebun-

dene Unternehmen vergeben werden, und eine Änderung der Vergabepaxis hin zur Qualität von guter Arbeit und weg vom Preis. Darüber hinaus brauchen wir eine Nachunternehmerhaftung, damit die auslagernden Unternehmen gezwungen werden, stärker darauf zu achten, dass die Subunternehmen auch Mindestlohn und Tariflöhne bezahlen.

Von all dem, Herr Minister, finde ich in Ihrem Gesetzesentwurf

**Nur 1 Prozent
der Kindergeldzahlungen
fließen auf
ausländische
Konten.**

nichts. Nicht einmal zu einem Verbandsklagerecht hat es erreicht. Das kann doch wirklich nicht wahr sein. Dafür enthält der Gesetzesentwurf einen Punkt, der besonders perfide ist. Sie schließen letztendlich EU-Bürger vom Kindergeldbezug aus. Ja, merken Sie eigentlich noch, dass Sie damit den Rechtspopulisten auf den Leim gegangen sind? Kindergeldzahlungen sind geltendes EU-Recht. Das mag Ihnen nicht gefallen, Frau Nahles, aber es ist nun einmal so. Nur 1 Prozent der Kindergeldzahlungen fließen auf ausländische Konten. Das taugt nun wirklich nicht für einen Skandal. Schon 2016 hat die Neue Richtervereinigung, als die Bundesregierung die EU-Bürger vom Sozialleistungsbezug ausgeschlossen hat, von einer „sozialrechtli-

chen Apartheid“ gesprochen. Genau da machen Sie weiter. Das ist doch nicht zu fassen.

Sie wollen Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber gleichzeitig gewähren Sie den Menschen nicht die existenzsichernden Leistungen. Insofern ist es doch traurig, dass die SPD sieben Wochen vor der Europawahl, bei der es darum geht, die Menschen für ein solidarisches Europa zu begeistern, so einen spalterischen Unsinn auch noch mitmacht.

Diese Spaltungsversuche und auch die Kriminalisierung von Armutsoffern werden wir als Linke nie und nimmer mitmachen. Die Linke steht für gute Arbeit für alle Menschen, und zwar in Deutschland und in Europa, für soziale Standards, die überall gelten, und für einen europäischen Mindestlohn. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/Die Grünen:

Arbeitsausbeutung effektiv bekämpfen



© Stefan Karminski

Beate Müller-Gemmeke (*1960)
Landesliste Baden-Württemberg

Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass in der EU mehr als 600.000 Menschen von Arbeitsausbeutung betroffen sind, und diese findet auch in Deutschland statt. Diese Menschen bekommen entweder gar keinen Lohn oder zu wenig, und sie haben häufig hohe Abzüge für Vermittlung, Unterkunft oder Verpflegung. Sie müssen lange und hart arbeiten, häufig unter gefährlichen Bedingungen. Sie leben in Matratzenlagern oder in baufälligen Unterkünften. Sie werden ausgebeutet, getäuscht, betrogen und menschenunwürdig behandelt. Das darf es nicht ge-

ben. Wir müssen die Menschen vor Arbeitsausbeutung schützen.

Arbeitsausbeutung hat auch Folgen für das Gemeinwesen. Die Stichworte sind „Steuerhinterziehung“ und „Sozialversicherungsbetrug“. Wie hoch die Schäden eigentlich sind, weiß niemand. Davon betroffen sind auch die verantwortungsvollen Unternehmen; denn sie müssen sich gegen diese Schmutzkonzurrenz behaupten. Deshalb wurde vor drei Jahren das Strafgesetzbuch geändert, um Arbeitsausbeutung, Menschenhandel und Zwangsarbeit besser greifen zu können. Diese Änderung brachte aber keinen Erfolg. Das zeigen die Zahlen, die ich gerade erst abgefragt habe: Im Jahr 2017 gab es gerade einmal fünf Ermittlungsverfahren wegen Ausbeutung der Arbeitskraft. Bei Zwangsarbeit waren es ganze drei Verfahren.

Arbeitsausbeutung muss also endlich effektiv bekämpft werden, und deshalb geht der Gesetzesentwurf an dieser Stelle in die richtige Richtung. Auch wir wollen die Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken. Es ist wichtig, dass die FKS endlich bei Verdacht auf ausbeuterische Arbeitsbedingungen ermitteln darf. Gut sind zum Beispiel

auch tarifliche Mindeststandards für Unterkünfte im Arbeitnehmer-Entsendegesetz, deren Einhaltung kontrolliert wird. Und gut ist auch, dass die FKS besser gegen die Ausbeuter vorgehen kann, die Tag für Tag Arbeitskräfte für billiges Geld von der Straße holen.

Was wir aber in diesem Zusammenhang strikt ablehnen, sind Strafen gegen die Menschen, die ausgebeutet werden. Nicht die Menschen, sondern die Ursachen von Armut und Perspektivlosigkeit müssen bekämpft werden.

Auch an anderer Stellen haben wir noch Diskussionsbedarf. Die Stichworte sind „kleine Staatsanwaltschaft“, „das Betreten der Unterkünfte ohne richterlichen Beschluss“, „Datenschutz“ und insbesondere die „Telekommunikationsüberwachung“. Das sind schon harte Eingriffe, und die müssen genau überlegt und insbesondere gut begründet sein. Positiv wiederum ist, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal bekommen soll. Das fordern wir schon lange. Das Problem ist nur – jetzt hört der Herr Minister nicht zu –, dass mittlerweile 1.300 Stellen, und zwar von den alten Stellen, nicht besetzt sind.

Das heißt, Herr Minister, Sie dürfen nicht nur ankündigen, sondern Sie müssen auch endlich liefern!

Wir Grünen wollen, dass es gerecht zugeht auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitsausbeutung darf es nicht geben. Wir wollen faire und

gleiche Bedingungen für die Unternehmen.

Im Ziel sind wir uns also einig. Aber darüber, ob dieses Ziel alle

geplanten Mittel und Befugnisse rechtfertigt, werden wir im Ausschuss noch heftig diskutieren müssen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ingrid Arndt-Brauer, SPD:

Finanzkontrolle Schwarzarbeit bekommt zusätzliche Befugnisse



Ingrid Arndt-Brauer (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der vorliegende Gesetzentwurf gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, Sozialleistungsbetrug sowie

Kindergeldmissbrauch löst nicht alle Probleme des Landes, aber einige wichtige. Die Sondereinheit des Zolls, die sogenannte Finanzkontrolle Schwarzarbeit, wird zusätzliche Befugnisse bekommen. Sie wird mehr Personal bekommen; 3.500 zusätzliche Stellen sind hier vorgesehen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal, und das ist eine wirksame Maßnahme, die damit in Kraft treten wird.

Der Gesetzentwurf ist grob gegliedert in vier Bereiche. Der erste Bereich ist der Einsatz für faire Arbeitsbedingungen. Die FKS, also die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, darf jetzt schon bei Verdacht auf Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit oder Menschenhandel ermit-

teln. Schon bei Verdacht! Das Sicherheitsgewerbe wird in den Branchenkatalog des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes aufgenommen. Auch das ist ein Gewerbe, das unter größere Beobachtung gestellt werden muss. Die Unterkunftsbedingungen von Arbeitnehmern werden auf Einhaltung von Mindeststandards gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz geprüft, und es wird eingegriffen, wenn diese nicht eingehalten werden.

Der zweite große Bereich ist das Einschreiten gegen Tagelöhnerbörsen. Im Ruhrgebiet bei uns in NRW sagt man „Arbeiterstrich“ – das trifft es, glaube ich, besser; davon hat jeder eine etwas plasti-

schere Vorstellung. Hier soll schon bei der Anbahnung eingeschritten werden können, also nicht erst, wenn irgendwelche Verfehlungen entdeckt werden konnten. Hier wird auch ganz stark die Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert, weil in diesem Zusammenhang die meisten Missbräuche und Verstöße stattfinden.

Der dritte Bereich, den der Gesetzentwurf beinhaltet, ist der Kampf gegen organisierte Kriminalität. Wir haben es ansatzweise schon gehört. Hier geht es um Kettenbetrug, hier geht es um Scheinrechnungen, hier geht es um Sub-Sub-Subunternehmen. Hier muss man verstärkt Maßnahmen wie die Telekommunikationsüberwachung ergreifen. Wir müssen verstärkt gegen diese organisierte Kriminalität vorgehen.

Der vierte Bereich ist der Missbrauch von Sozialleistungen, zum Beispiel beim Kindergeld. Dazu wird mein Kollege Michael Schrodi noch mehr ausführen.

2018 hat der Zoll einen Schaden

für den Staat in Milliardenhöhe verhindert und das Geld eintreiben können. Der Gesellschaft wird wirklich Geld entzogen, wenn es zum Schaden kommt. Im Jahr 2018 sind 52.579 Ermittlungen durchgeführt worden. Es sind also keine Ausnahmen. Das betrifft Sozialversicherungsbetrug, das betrifft den Mindestlohn, der nicht eingehalten wird, und das betrifft organisierte Schwarzarbeit.

Wir brauchen starke Überprüfungsrechte. Wir brauchen neue Ermittlungsbefugnisse. Und wir brauchen einen besseren Datenaustausch. Ich denke, der Zoll kann damit in Zukunft besser arbeiten. Er arbeitet jetzt schon sehr gut. Ich bedanke mich bei allen, die beim Zoll arbeiten. Ich wünsche dem Zoll, dass er in Zukunft noch besser für unsere Gemeinschaft, für unseren Sozialstaat arbeiten kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kay Gottschalk, AfD:

Abschaffung des Bargelds führt nicht zu weniger Schwarzarbeit



Kay Gottschalk (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Zunächst einmal, das ist verätherisch, bedanke ich mich als Volksvertreter an dieser Stelle recht herzlich bei den Menschen des Zolls, die trotz der ganzen Behinderungen staatlicherseits und des Murks der EU andererseits so engagiert sind und so hervorragende Arbeit leisten. Vielen Dank an die Mitarbeiter!

Ein zweites Dankeschön möchte ich an die EU richten, für Ausbeutung von Arbeitnehmern, Kindergeldmissbrauch, organisierte Kriminalität, einen Arbeitnehmerstrich, den ich hier zitiere. Auch

das sind alles Errungenschaften Ihrer so abgefeierten EU. Die EU macht es möglich, und das verschweigen Sie an dieser Stelle. Liebe Bürgerinnen und Bürger, erteilen Sie der EU, nicht Europa, sondern der Europäischen Union, als Folge daraus im Mai bei der Europawahl eine ganz klare Abfuhr, indem Sie AfD wählen, damit auch das in der EU bekämpft werden kann, was hier von Ihnen mit Katzenjammer beklagt wird.

Die Bundesregierung setzt hier einige Punkte aus dem Koalitionsvertrag um. Man fragt sich, aus welchem: dem der CDU, der SPD, der CSU, vielleicht hat die FDP auch schon ein bisschen mitgedenkt. Dennoch bin ich hocherfreut, dass Sie tatsächlich erkannt haben: Wir müssen gegen Schwarzarbeit und OK vorgehen.

Aber es sind Placebos. Die FDP hat schon wieder Bedenken und argumentiert mit Bürgerrechten. Beispielsweise ist das größte Problem bei der FIU, dass sie nicht auf die Dateien der Landeskriminalämter zugreifen kann. Teilweise sind Ihre Vorschläge genauso Placebos fürs Volk, mit denen Sie

effiziente Verbrechensbekämpfung bekämpfen. Das ist die FDP 4.0, die Digitalisierung fordert. Herzlichen Dank, auch darauf können wir verzichten.

Wir als AfD haben – das ist hier schon genannt worden; vielen Dank für das Kompliment – die Bundesregierung auf den tatsächlich rechten Pfad gewiesen. Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf:

Zusätzlich erfolgt eine zielgenaue Änderung der Voraussetzungen für einen Kindergeldanspruch, durch die eine unangemessene Inanspruchnahme des Systems der sozialen Sicherheit in Deutschland verhindert wird.

Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass vom Kindergeld eine nicht beabsichtigte Anreizwirkung für einen Zuzug aus anderen Mitgliedstaaten ausgeht.

Ganz offensichtlich wirkt endlich die AfD. Entweder Sie sind

teilweise belehrbar geworden, oder Sie sind populistisch geworden. Beides ist mir recht, weil auch Populismus an dieser Stelle richtig ist.

Meine Damen und Herren, fraglich wird aber sein, ob die anderen Maßnahmen durchgreifend sein werden. Für mich stellt sich die Frage, Cum/Ex wird an der Stelle ja auch noch auf uns zukommen, wie diese Regierung ihre Prioritäten setzt.

Es scheint mir nämlich so, als mache sie von allem ein bisschen, aber nichts richtig. Auf Dauer werden Sie mit dieser Art, Gesetze in die Welt zu setzen, die Sie nicht nachvollziehen, die Sie nicht durchsetzen können, alles andere als Lösungen erwirken. Manchmal kommt es mir sogar so vor, dass Sie das billigend in Kauf nehmen.

Ich habe in den letzten Tagen eine schöne Dokumentation bei „Kontraste“ gesehen. Da ging es mal wieder um das Thema „arabische Clans“ und wie diese ihre Macht weiter ausbauen. Mir und auch vielen anderen Bürgern, die sich bei mir gemeldet haben – Otto Normalbürger, den Sie ja vertreten –, ist aufgefallen, dass viele dieser Herren Luxuskarossen fahren, die sich viele Menschen da draußen

mit harter, ehrlicher Arbeit gar nicht werden leisten können. Obwohl: Auf die Frage, welcher Tätigkeit sie nachgehen, wurde gesagt: Wir beziehen Hartz IV, und wir leihen uns diese Karossen von Familienmitgliedern. Es scheint also in diesen arabischen Großfamilien eine Menge netter, reicher Menschen zu geben, die gerne ihre 100.000-Euro-Autos verleihen.

Vielleicht sollte die Bundesregierung hierauf ein Augenmerk legen; denn ein Sozialstaat lebt von Gerechtigkeit und der Akzeptanz der Menschen dort draußen. In einigen Stadtteilen und Großstädten der Bundesrepublik Deutschland scheinen Sie vollends die Kontrolle verloren zu haben. Ich sage nur: No-go-Areas. Die gibt es; auch das haben Sie geleugnet. Inzwischen sind ja einige, zum Beispiel Stadtteile in Duisburg, genannt worden.

Zu guter Letzt lassen Sie mich damit schließen, dass das, was Sie wahrscheinlich gerne möchten, nämlich das Bargeld abzuschaffen, nicht zu weniger Schwarzarbeit führen wird; aber es wird die Freiheit der Menschen da draußen einschränken. Wir werden Ihre Gesetze weiter kritisch begleiten. Wir liefern gute Vorschläge, die aufgenommen werden, wie der zur Bekämpfung des Kindergeldmissbrauches; dafür bedanke ich mich. Viel Spaß bei den Debatten.

(Beifall bei der AfD)

Ein Sozialstaat lebt von Gerechtigkeit und der Akzeptanz der Menschen dort draußen.

Dr. Thomas de Maizière, CDU/CSU:

Effektive Zusammenarbeit der Ämter durch Datenaustausch



Thomas de Maizière (*1954)
Wahlkreis Meißen

Manchmal ist Opposition wirklich schwer. Die Regierung legt einen guten Gesetzentwurf vor, alle sind irgendwie dafür. Die einen finden ein Haar in der Suppe, wie die FDP und die Grünen; darüber kann man reden. AfD und Linke reden über etwas ganz anderes und sagen: Das steht aber gar nicht im Gesetzentwurf. Es ist keine Schande, dass auch die Opposition mal einem guten Gesetzentwurf zustimmt. Das ist ganz einfach.

Trotzdem beginne ich mit einer

Kritik. Manche Arbeitgeber kritisieren den Zoll und sagen, dass es zu viele verdachtsunabhängige Stichproben gibt und man die Großen laufen lässt. Der Zoll wiederum kritisiert die Bundesagentur für Arbeit und sagt, dass er nicht weiß, welche Erkenntnisse dort über Fälle von Schwarzarbeit und Leistungsmissbrauch vorliegen. Die kommunalen Jobcenter kritisieren die Agentur für Arbeit und sagen, dass deren Datenbestand für sie zu sehr abgeschottet ist. Der Zoll weiß zu wenig über Verdachtsfälle bei der Familienkasse und umgekehrt. Der Zoll und die Deutsche Rentenversicherung wissen zu wenig voneinander im Hinblick auf das Problem der Scheinselbstständigkeit. Natürlich bedeutet das nicht, dass nicht oder nicht gut zusammengearbeitet wird, wir haben das gehört in Gesprächen mit Kommunen; aber das läuft über Papier oder Telefon und ohne Vernetzung der Datenbanken. All das wird mit diesem Gesetzentwurf geändert. Jetzt ist ein Datenaustausch vorgesehen, der eine effektive Zusammenarbeit aller ermöglichen soll. Das ist

gut.

Zur FDP will ich sagen: Sie sagen, der Finanzminister solle die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen. Einverstanden. Das geht aber nur durch Datenaustausch von Behörden, und da sind Sie meistens dagegen. Ich bin gespannt, wie Sie dann damit umgehen. Wozu brauchen wir diesen Datenaustausch? Jetzt sind wir beim Kern der Sache; darüber ist schon geredet worden. Wir wollen nicht, dass Menschen, insbesondere auch EU-Bürger, in Deutschland ausgebeutet werden.

Wir wollen nicht, dass sie auf einen Arbeiterstrich geschickt werden. Wir wollen nicht, dass sie nach Deutschland gelockt werden, um hier Sozialleistungen zu bekommen, von denen sie das Meiste wieder abgeben müssen. Wir wollen nicht, dass sie in Wohnungen zusammengepfercht werden und Wuchermieten zahlen. All das ist kriminell, schädigt die Finanzkassen und ist unseres Landes nicht würdig.

Es ist schon davon geredet worden, dass wir die Eingriffsschwelle, so nennen wir das, auf die Ver-

dachtsfälle vorverlegen wollen. Das ist gut und richtig. Ich bin gespannt, wie sich alle dazu verhalten. Eine kleine Nebenbemerkung: In anderen Fällen der inneren Sicherheit werden hinsichtlich der Vorverlegung auf Verdachtsfälle viele Bedenken geäußert. Hier wird es zustimmend zur Kenntnis genommen. Das ist gut so, das sollte man sich bei anderen Fällen vielleicht auch einmal überlegen.

Meine Damen und Herren, für uns ist wichtig, dass wir festhalten, dass der Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU, auch aus Bulgarien und Rumänien, hier korrekt lebt und arbeitet und Steuern zahlt, und wenn sie Sozialleistungen bekommen, dann auch Gründe dafür bestehen. Bei einer Minderheit ist das aber anders.

Und diese Minderheit diskreditiert die Akzeptanz gerade der Bulgaren und Rumänen in unserem Land. Mit diesem Gesetz wollen wir das beenden.

Nun will ich auch noch ein Wort zur AfD sagen. Sie haben gesagt: Vor Ort sieht das alles anders aus. Wir haben mit den Kommunen gesprochen. Sie haben alle gesagt: Wir warten auf dieses Gesetz. Das kommt eher zu spät, aber es ist auf jeden Fall richtig. Und sie sagen übrigens auch: Wir brau-

chen noch ein paar Änderungen. – Herr Scholz, darüber wird auch noch einmal zu reden sein. Herr Kollege Steiniger wird gleich noch über das Kindergeld reden. Wir wollen auch noch einmal darüber reden, ob die Definition des Beschäftigungsbegriffes präzise genug ist oder ob nicht auch mit diesem Gesetz immer noch der Begriff der Beschäftigung so missbraucht werden kann, dass es in Wahrheit eine Scheinbeschäftigung ist, die dann wiederum zum Bezug von Sozialleistungen berechtigt. Das ist ein EU-Problem, ich weiß das wohl; aber wir wollen sehen, ob wir da noch etwas schärfer rangehen können. Wir wollen das, was das EU-Recht uns ermöglicht, soweit es irgend geht, ausschöpfen. Ich hoffe, dass wir dazu noch gute Beratungen führen werden.

Wir stehen an der Seite der Kommunen, die diesen Kampf führen. Wir stehen an der Seite derer, die ehrlich Steuern zahlen. Und wir sagen den Chefs und Organisatoren derjenigen den Kampf an, die ausgebeutet werden und dafür nichts können. Dieses Gesetz leistet dazu einen guten und wichtigen Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen das, was das EU-Recht uns ermöglicht, soweit es irgend geht ausschöpfen.

Pascal Kober, FDP:

Entlastung durch weniger Bürokratie in den Jobcentern



Pascal Kober (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Es ist gut, dass Sie sich des Themas Sozialmissbrauch annehmen, gar keine Frage. Wir als FDP haben mit einer Kleinen Anfrage auf den Umstand hingewiesen, dass es einen bandenmäßigen Missbrauch von Sozialleistungen in Deutschland gibt. Die Schadenshöhe beziffert sich auf etwa 50 Millionen Euro. Aller-

dings, das wissen Sie auch, ist das nicht die volle Wahrheit; denn über viele Tatbestände konnten Sie als Bundesregierung gar keine Auskunft geben. Sie konnten nur darüber Auskunft geben, welche Schäden in den Jobcentern anfallen, die von der Bundesagentur für Arbeit betrieben werden, sonst haben Sie keine Informationen. Auch über Schäden durch Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII konnten Sie nichts sagen. Das ist natürlich unzureichend. Da müssen Sie besser werden. Da muss die Bundesregierung besser informiert sein über das, was in der Bundesrepublik Deutschland los ist.

Jetzt legen Sie einen Gesetzentwurf vor, in dem Sie im Wesentlichen die Möglichkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ausweiten. Das ist ein Schritt, über den wird man auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunk-

ten beraten müssen, gar keine Frage. Aber an die einfachsten Dinge denken Sie nicht. Überlegen Sie mal: Wie ist es denn möglich, dass auf eine Schrottimobilie in einer Kommune mehrere Mietverträge laufen, für die dann Wohnkosten aus dem Hartz-IV-System bezogen werden, ohne dass es jemandem auffällt? Ich kann Ihnen sagen, woran das liegt. Das liegt daran, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern mit Bürokratie so überlastet sind, dass sie keine Zeit mehr haben, nachzudenken bzw. auch mal die Immobilie vor Ort von außen, da geht es nicht um Schnüffeln unter der Bettdecke, in Augenschein zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, wir haben hier konkrete Vorschläge eingebracht, wie man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern von Bürokratie entlasten könnte. Denen sollten Sie zustimmen. Damit würden wir viel bewirken für die Menschen, aber auch gegen den Sozialleistungsmissbrauch.

Wir müssen die Jobcenter beispielsweise auch dahin gehend stärken, dass die Sprachbarrieren besser überwunden werden können. Es müssen den Jobcentermitarbeiterinnen und -mitarbeitern zuverlässige Sprachmittlerdienste zur Verfügung stehen. Es muss auch möglich sein, Dokumente aus anderen Ländern in fremder Sprache zuverlässig zu prüfen. Das sind alles Dinge, mit denen man präventiv Sozialleistungsmissbrauch begegnen kann. Dazu haben Sie keine Vorschläge gemacht, und das reicht nicht.

Wenn es um den Tatbestand der Schwarzarbeit geht, dann muss man vielleicht auch einmal sagen, dass die Zuverdienstgrenzen im

Hartz-IV-System so ungerecht sind, dass es sich für kaum jemanden lohnt, über eigene Arbeit überhaupt etwas dazuzuverdienen. Wenn wir über Schwarzarbeit reden, geht es deshalb eben auch darum, dass wir die Zuverdienstgrenzen gerechter gestalten, dass es sich für die Menschen lohnt, legal zu arbeiten. Das wäre eine notwendige Maßnahme. Dazu fordern wir Sie auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Gesetzentwurf weiter beraten. Wir glauben aber, dass es möglich ist, sehr viel unkomplizierter sehr viel mehr zu erreichen. Damit wollen wir Sie in Zukunft nicht alleine lassen. Wir werden weiterhin gute Vorschläge machen. Ich bitte Sie, diese in Zukunft nicht nur abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Es muss möglich sein, Dokumente aus anderen Ländern zuverlässig zu prüfen.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Schrodi (SPD), Alois Rainer (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos) und Johannes Steiniger (CDU/CSU).

Aktuelle Stunde zu den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 / 91. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 3. April 2019

Horst Seehofer, CSU, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat:

Deutschland soll eines der sichersten Länder bleiben



Horst Seehofer (*1949)
Bundesminister

Ich konnte Sie im vergangenen Jahr darüber informieren, dass wir im Jahre 2017 die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 1992 hatten. Das Bezugsjahr 1992 ist wichtig, weil es das erste Jahr mit einer gesamtdeutschen Kriminalitätsstatistik war.

Heute kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, dass 2018 die entsprechenden Zahlen noch einmal gesunken sind. 2018 verzeichnete die Polizeiliche Kriminalstatistik weniger als 5,4 Millionen Straftaten. Natürlich ist jede Straftat eine zu viel. Aber objektiv betrachtet, meine Damen und Herren, ist dies der niedrigste Wert seit Jahrzehnten. Das ist ein großer Erfolg.

Die Aufklärungsquote hat einen Höchststand erreicht – sie wird geschlüsselt seit dem Jahr 2005 festgestellt, nämlich 56,5 Prozent. Das ist der höchste Wert seit 2005. Auch hier haben wir eine Zunahme gegenüber 2017.

Angesichts dieser Zahlen, Rückgang bei den Straftaten, höhere Aufklärungsquote, kann man mit Fug und Recht festhalten, dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt ist. Das ist für die Bevölkerung eine gute Botschaft.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle denen danken, die in allererster Linie für den Schutz unseres Landes, unserer Bevölkerung tätig sind. Das sind unsere Polizistinnen und Polizisten. Ein Dankeschön für die sehr gute tägliche, schwierige Arbeit!

Ich möchte auch sagen: Die Entwicklung ist zwar erfreulich, aber wir müssen alle miteinander daran arbeiten, dass sie in den nächsten Jahren verstetigt wird. Deshalb möchte ich heute schon dem Parlament sagen: Wir brau-

chen bei allem, was da in den letzten Monaten und Jahren geschehen ist, weiterhin eine gute personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden, eine gute materielle Ausstattung, die auf der Höhe der Zeit ist. Wir müssen weiterhin Sicherheitslücken, die wir im Recht haben, schließen. Die schlechteste Antwort wäre, wenn wir uns auf diesen erfreulichen Zahlen ausruhen würden.

Ich sage heute noch einmal vor der Öffentlichkeit: Niemand kann eine absolute Sicherheit, eine hundertprozentige Sicherheit versprechen. Aber das Menschenmögliche für die Sicherheit in unserem Lande müssen wir zu jeder Zeit tun.

Meine Damen und Herren, auch wenn man die einzelnen Straftatengruppen betrachtet, ist die Entwicklung erfreulich, vor allem in den Bereichen, die für die Bevölkerung besonders belastend sind. Die Diebstahlsdelikte – übrigens der größte Bereich der Straftaten – befinden sich ebenfalls auf dem niedrigsten Niveau seit Jahrzehnten. Es gab einen Rückgang um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ganz besonders erfreulich ist die Entwicklung beim Wohnungseinbruchdiebstahl, der viele Menschen umtreibt: Die Statistik verzeichnet hier erneut eine Abnahme, und zwar um 16,3 Prozent. Gerade dieses Beispiel zeigt besonders, dass die Maßnahmen des Bundes und der Länder in den letzten Jahren gewirkt haben – sei es die schärfere Strafandrohung, die Telefonüberwachung, oder seien es die Sicherungsmaßnahmen an Wohnungen und Häusern, die vom Bund, aber auch von den Ländern gefördert wurden. Wie wirksam dies ist, können Sie an einer Zahl ablesen: Fast die Hälfte der Wohnungseinbrüche scheitert wegen des Widerstandswertes der Wohnungen und der Häuser schon beim Versuch. Ich finde, das zeigt ganz deutlich: Wenn man Anreize für mehr Sicherheit setzt und die Strafen erhöht, dann ist das Zusammenwirken dieser beiden Dinge mit einem gewaltigen

Sicherheitsgewinn in Deutschland verbunden. Auf diesem Weg müssen wir weitermachen.

Was mich auch immer persönlich sehr interessiert, ist die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und Einschätzung hatten wir bei den Gewaltdelikten ebenfalls einen Rückgang gegenüber 2017, um fast 2 Prozent.

Gleiches gilt für die Kriminalität von Ausländern: 2018 blieb der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen mit 30,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, mit 30,4 Prozent, praktisch konstant.

Wo Licht ist, ist auch Schatten, das möchte ich offen ansprechen: Bei bestimmten Deliktgruppen haben wir Zuwächse. Auf diese Bereiche müssen wir verstärkt blicken, und wir müssen auch handeln. Das gilt vor allem für die Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt. Hier haben wir eine Zunahme der Zahl der erfassten Fälle um fast 40 Prozent. Das ist sicher darauf zurückzuführen, dass wir das Recht geändert

haben und es jetzt eine präzisere Erfassung dieser Vorgänge gibt. Früher sind all diese Vorgänge unter dem allgemeinen Begriff der Körperverletzung erschienen, und jetzt erscheinen sie als Straftat „Widerstand gegen Vollstreckungs-

beamte“.

Das ändert überhaupt nichts an dem Befund, dass wir die Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte als Gesellschaft in keiner Weise hinnehmen dürfen und dass es einen Konsens in unserer Gesellschaft geben muss, das gehört zur Staatsräson, dass man keinen Widerstand gegen Polizeibeamte leistet.

Wir haben das Momentum der Digitalisierung.

Das Internet ist ein neuer Markt für die Kriminalität geworden. Das gilt für die Rauschgiftkriminalität, das gilt für den Bereich der eigentlichen Cyber-sicherheit, aber auch für die Verbreitung von Kinderpornografie und den Handel mit Waffen. Deshalb möchte ich heute schon sagen: Wenn die Bundesregierung und auch die Koalitionsfraktionen Vorschläge machen werden, um der Internetkriminalität stärker Herr zu werden, dann ist das auch in diesen Zahlen begründet. Wir können Anstiege der Kriminalität in diesen Bereichen einfach nicht hinnehmen. Wir müssen also in den nächsten Monaten Lücken in unserem Recht schließen.

Meine Damen und Herren, zum ersten Mal hat das Bundeskriminalamt im Rahmen der Kriminalitätsstatistik über lange Zeit eine Untersuchung durchgeführt, wie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist. Die Zahlen, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe, müssen natürlich, auch in Zukunft, nicht mit dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung übereinstimmen. Auf der einen Seite gibt es sehr gute, erfreuliche

Zahlen, auf der anderen Seite haben wir davon abweichende Sicherheitsgefühle in der Bevölkerung. Die Zahl der Menschen in der Bevölkerung, die persönlich von schweren Delikten wie Raub usw. betroffen sind, liegt allerdings bei unter 1 Prozent.

Um den bestimmt gleich folgenden Missinterpretationen, weniger bei der Koalition, aber daneben, entgegenzutreten: Wissen Sie,

die letzte Untersuchung zur Stimmung wurde im Jahr 2012 durchgeführt. Die jetzige Untersuchungsreihe geht bis zum Jahre 2017. Und ich sage ganz vorsichtig: In dieser Zeit hat sich in Deutschland und in der ganzen Welt,

als Beispiel nenne ich nur Terrorismus, leider eine ganze Menge zum Negativen entwickelt. Es liegt auf der Hand, dass die Bevölkerung angesichts der Entwicklung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, in Bezug auf das Sicherheitsgefühl etwas anders denkt als im Jahr 2012. Ich sage das nur präventiv gegenüber dem, was ich gleich hören werde.

Zusammengefasst: Die Zahlen sind erfreulich. Es gibt nachweisbare Erfolge. Wir werden unter unserer Regierungsverantwortung alles tun, damit es hier und dort noch besser wird bzw. wir das erreichte Niveau halten. Mein Ziel ist, dass Deutschland eines der sichersten Länder in der Welt bleibt. Dafür werde ich gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen alles tun.

Ich danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

2018 verzeichnete die Kriminalstatistik weniger als 5,4 Millionen Straftaten.

Die Aufklärungsquote hat einen Höchststand erreicht, nämlich 56,5 Prozent.



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU, Mitte) stellte vergangene Woche mit Holger Münch (Bundeskriminalamt, links) und dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Hans-Joachim Grote (CDU), die Kriminalstatistik 2018 vor.

© picture-alliance/dpa/Wolfgang Kumm

Dr. Gottfried Curio, AfD:

Angriffe auf Polizei, Sanitäter und Feuerwehr nehmen zu



Gottfried Curio (*1960)
Landesliste Berlin

Die Kriminalitätsstatistik wird vorgestellt, und Minister Seehofer ist ein zufriedener Mann. Warum eigentlich? Die Zahl der Rauschgiftdelikte etwa ist um 6 Prozent auf 350.000 gestiegen. Die Grenzen zu Belgien und Holland müssten dafür überwacht werden. GdP-Vorstand Krummen sagt: Der Grenzschutz findet zum jetzigen Zeitpunkt so gut wie gar nicht statt. Wir sind offen wie ein Scheunentor. Das ist unzumutbar. Staatsversagen!

Es gibt einen Anstieg um 40 Prozent bei Gewalt gegen Polizei, etwa bei Abschiebungen; viele müssen abgebrochen werden. Ob-

wohl die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger schon über 30 Prozent liegt, lässt Seehofer die Grenzen weiter sperrangelweit offen. Dabei kommen immer mehr Mehrfachtäter aus dem Maghreb, aus Libyen oder Zentralafrika. Die Abschiebep Praxis scheitert. Sie muss effektiver werden. Wir brauchen Abschiebehaft, finanzielle Sanktionen – Durchsetzung.

Gefängnisse – überfüllt, Polizei – Personalmangel, Gerichte – überlastet, arabische Clans breiten sich aus. Aber Minister Seehofer ist ein zufriedener Mann. Die Zahl der Angriffe auf Polizei, Sanitäter, Feuerwehrleute steigt. Das Dunkelfeld der nicht angezeigten Delikte wird ausgeblendet. Gefährderüberwachung wäre rund um die Uhr zu leisten, die Zahlen steigen. Aber Minister Seehofer ist ein zufriedener Mann. Aber nicht der Innenminister soll sich sicher fühlen, sondern der Bürger, und der weiß genau, was in seiner Stadt los ist.

Weniger Wohnungseinbrüche – eine Leistung der Regierung? Von wegen! Erfolg nur durch kostenintensivere Prävention seitens der Bürger. Gegen die Schengen-verursachte grenzüberschreitende Kriminalität tut die Regierung wenig.

Weil die Grenzen nicht gesichert werden, müssen die Leute jetzt ihre Haustür sichern.

Wenn Ärzte zunehmende Aggressivität beklagen, werden Deeskalationskurse und Sicherheitstrainings angeboten, natürlich für die Ärzte, Migranten dürfen ausrasten.

Wenn immer mehr Bürger Pfefferspray mit sich führen, ist Deutschland dann sicherer geworden? Wenn immer mehr Menschen nicht wagen, in No-go-Areas zu gehen, und das dann zum Rückgang der Kriminalität führt, dann ist das vorausseilende Risikovermeidung wegen bereits herrschender Kriminalität und geht auf Kosten des Lebensraums der Bürger. Das ist staatliches Totalversagen.

Der Anteil von Migranten unter Tatverdächtigen liegt bei 14 Prozent, bei schwereren Straftaten noch höher; der Bevölkerungsanteil liegt bei 2 Prozent. Bei Ausländern liegt die Kriminalitätsrate insgesamt bei über 30 Prozent, beim Bevölkerungsanteil bei

13 Prozent. Jeder dritte Gefängnisinsasse ist Ausländer. Was tut die Regierung gegen den überhöhen Anteil der Ausländerkriminalität? Sie verschenkt quasi deutsche Pässe. Wer so eine Regierung hat, muss sich um Rechtsbrechernachschub nicht mehr sorgen.

Ohne Frau Merkels Willkommenskultur hätte es letztes Jahr über 500 Tötungsdelikte, 1.300 Vergewaltigungen und 22.000 Fälle gefährlicher Körperverletzung nicht gegeben. Die Täter waren jeweils Flüchtlinge. Aber Frau Merkels freundliches Gesicht war ja wichtiger. Kein Wunder, wenn das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung zunimmt. Wer eine Hochrisikogruppe junger Männer aus Kulturen erlernter Gewaltbereitschaft und Frauenverachtung ohne jede Not – Stichwort „Selbsteintritt“ – in Millionenstärke ins Land bringt, der, meine Damen

und Herren, handelt verantwortungslos. Personalnotstand bei der Polizei. Rückläufige Zahlen in der Statistik gibt es auch, weil immer weniger Polizisten da sind, um Anzeigen aufzunehmen und Kontrollen durchzuführen. Staatsversagen!

Personalnotstand bei den Gerichten. 2018 kamen 65 dringend Tatverdächtige aus U-Haft frei, weil die Verfahren nicht rechtzeitig bearbeitet wurden. Die laufen

jetzt wieder frei rum. Staatsversagen!

Clankriminalität. Der Essener Polizeipräsident sagt: Da ist die Integration voll gegen die Wand gefahren, weil sich viele dieser Leute gar nicht eingliedern wollen. Diese Menschen sehen den Staat nur als Beute an. In Essen wird ein Clanchef nicht angeklagt; das Sicherheitsrisiko sei zu hoch. Staatsversagen! Irrenhaus Deutschland 2019.

Der Täter von Chemnitz hätte längst abgeschoben sein müssen: Intensivtäter, Messerangriff, 14 Aliasnamen, Diebstahl, Schlägerei, Drogenhandel. Die Duldung war abgelaufen, er durfte bleiben und tötete.

Die Bürger dürfen Frau Merkels freundliches Gesicht ausbaden, eine tödliche Fahrlässigkeit an unterlassener Gefahrenprävention. Und wo der verzweifelte Bürger gegen dieses Unrecht demonstrierend aufbegehrt, tritt das Kanzleramt eine Desinformationskampagne ohne gleichen los, und ein Topsicherheitschef, der das enttarnt, wird als politisch unbequem entlassen.

Im Sicherheitsranking des Weltwirtschaftsforums liegt Deutschland 2017 auf Platz 51, zwei Jahre zuvor lag es noch auf Platz 20. Wenn Herr Seehofer sagt, Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt: Ja, meine Damen und Herren, für Kriminelle.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Die Zahl der Rauschgiftdelikte etwa ist um 6 Prozent auf 350.000 gestiegen.

Dr. Eva Högl, SPD:

Cyberkriminalität in den Blick nehmen



Eva Högl (*1969)
Wahlkreis Berlin-Mitte

Die Polizeiliche Kriminalstatistik gibt uns hier immer eine hervorragende Grundlage und wichtige Daten, um zu schauen, wo wir stehen und wo wir noch Handlungsbedarf haben. Ich finde es absolut

richtig, dass wir mit guten Nachrichten anfangen – diese kann man gar nicht oft genug betonen –, nämlich dass wir in einem der sichersten Länder der Welt leben. Das ist ein echter Erfolg unserer gemeinsamen Politik der öffentlichen Sicherheit.

Wenn wir 5,76 Millionen Straftaten haben, dann ist natürlich jede einzelne Straftat eine zu viel und lässt uns nicht ruhen. Aber das ist der niedrigste Stand seit 1992. Der Rückgang erfolgt zum zweiten Mal in Folge. Das ist ein Erfolg. So machen wir weiter.

Das gilt auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Aufklärungsquote von 56,5 Prozent, die weiter steigt und die höchste seit 2005 ist. Wenn wir diese guten Nachrichten zusammenfassen, dann muss ich ganz deutlich sagen: Das

ist vor allen Dingen das Ergebnis der exzellenten, der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden in den Ländern und im Bund. Dafür auch vonseiten der SPD ein ganz herzliches Dankeschön.

Natürlich dürfen wir nie zufrieden sein, und wir sind es auch nicht. Wir müssen hier weiterhin miteinander über eine ganze Menge debattieren und auf den Weg bringen. Aber die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt uns, dass wir grundsätzlich auf dem richtigen Weg sind. Für die SPD ist das vor allen Dingen ein Dreiklang aus guten Gesetzen, die wir hier und in den Ländern verabschieden, aus gut ausgestatteten Sicherheitsbehörden und auch aus umfassender Prävention; denn das ist ein ganz wichtiger Baustein unserer

Sicherheitspolitik.

Ich freue mich, Herr Seehofer, dass Sie bereits als gutes Beispiel die sinkende Zahl der Wohnungseinbrüche erwähnt haben. Die resultiert aus einer guten Kombination aus guten Gesetzen, aus Bestrafung und aus gut ausgestatteten Sicherheitsbehörden, aber auch aus unserem hervorragenden KfW-Programm, das dadurch Sicherheit schafft, dass es die Prävention in den Vordergrund rückt. Ungefähr die Hälfte der Wohnungseinbrüche scheitert daran, dass die Türen und Fenster sicher sind. Sie bleiben im Versuchsstadium stecken. Das zeigt, dass dieses Programm genau richtig war. Es ist effektiv, es ist kostengünstig.

Der durchschnittliche Förderbetrag beträgt 500 Euro. Es ist auch nachhaltig; denn wir haben jetzt schon drei Jahre in Folge einen Rückgang der Kriminalität zu verzeichnen. Das ist ein hervorragendes

Beispiel dafür, wie wir hier Sicherheitspolitik gestalten. Das wollen wir fortsetzen und ausbauen.

Was uns beunruhigen muss, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich die Differenz zwischen der objektiven Sicherheit, die wir feststellen können, und dem Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Es lässt uns nicht ruhen, wenn wir feststellen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger sich nicht sicher fühlen. Das müssen wir sehr ernst nehmen.

Unsere Maßnahme ist vor allen Dingen die Stärkung des Rechtsstaats; denn unser Rechtsstaat mit mehr Polizei vor Ort und auf der Straße, mit schnelleren Verfahren, auch mit schnelleren Urteilen schafft Vertrauen. Dieser Rechtsstaat, diese Demokratie, diese gut ausgestatteten Behörden – Polizei und Justiz –, das schafft Vertrauen.

Unser Rechtsstaat mit mehr Polizei vor Ort, mit schnelleren Verfahren schafft Vertrauen.



Die Kriminalität verlagere sich von der Straße in die digitale Welt, gab Eva Högl (SPD) zu bedenken.

© picture-alliance/imageBROKER/Lilly

Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Beitrag dazu ist, das subjektive Gefühl der Sicherheit zu stärken.

Eine ganze Reihe von Bereichen der Kriminalität müssen wir noch stärker in den Blick nehmen. Das betrifft Cyberkriminalität, auch

die Sexualdelikte. Ich möchte einen Bereich nennen, nämlich die politisch motivierte Kriminalität. Da dürfen wir alles andere als ruhig und zufrieden sein, sondern müssen alle gemeinsam sehr aufmerksam sein und unsere Anstrengungen noch intensivieren.

Wir haben mobile rechtsextreme Netzwerke. Wir haben Rechts-extreme bis in die Parlamente hinein. Wir haben Hass und Hetze im Netz. Wir haben Gewalt und Übergriffe auf den Straßen und vor Ort.

Wenn 10 Prozent mehr antise-

mitische Straftaten festgestellt werden müssen, dann ist das ein gewaltiger und nicht hinzunehmender Anstieg.

Die antiziganistischen Straftaten – wir haben hier schon über Antiziganismus debattiert, als wir den Antrag verabschiedet haben – sind um über 50 Prozent gestiegen.

Wir haben 2017 über 20.000 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gehabt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das darf uns nicht ruhen lassen; denn das ist eine handfeste Bedrohung für unsere Gesellschaft. Da müssen wir handeln.

Ein allerletzter Aspekt: Die Kriminalität, auch das stellen wir fest, wird digitaler. Sie verlagert sich von der Straße ins Netz. Die Diebstähle finden weniger im Be-

reich von Autos, Fahrrädern und Taschen, sondern zunehmend im Bereich von elektronischen Identitäten, Passwörtern und Daten statt. Deswegen ist es für uns gemeinsam auch eine Herausforderung, unsere Sicherheitsbehörden fit für die Verbrechen 4.0 und für digitale Kriminalität zu machen.

Also, wir sind zufrieden, was einen Teil der Ergebnisse angeht, aber wir stellen auch fest: Wir haben hier noch viel zu tun. Die Polizeiliche Kriminalstatistik gibt uns wichtige Hinweise dazu, woran wir auch im Deutschen Bundestag weiterarbeiten müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Konstantin Kuhle, FDP:

Regierung hat Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht gestärkt



Konstantin Kuhle (*1989)
Landesliste Niedersachsen

Gestern ist die Polizeiliche Kriminalstatistik für das vergangene Jahr vorgestellt worden. Aus dieser Polizeilichen Kriminalstatistik geht hervor, dass die Gewaltkriminalität gesunken ist und dass die Zahl der Vermögensdelikte in Deutschland abgenommen hat. Das ist ein guter Befund.

Dieser Befund sollte für uns zunächst einmal Anlass sein, den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu danken, die jede Straftat, die hier aufgeführt ist, aufgeklärt haben. Hier hat die Polizei die Unterstützung des gesamten Hauses verdient.

Lieber Bundesminister Seehofer, Sie haben ja das Thema „Sicherheitsgefühl der Bevölkerung“ auch angesprochen. Aber wenn man mal ganz ehrlich ist, dann hat die Große Koalition und dann haben

SPD, CDU und CSU nicht gerade dazu beigetragen, dass die Bevölkerung sich in Deutschland sicher fühlt, sondern gerade Sie als zuständiger Minister haben unnütze Debatten angestoßen, angefangen beim Schicksal von Hans-Georg Maaßen über den Islam bis hin zu Migration, also Debatten, die geeignet waren, die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland anzuhetzen, statt sie zu befrieden.

Deswegen muss man ganz klar sagen: Wenn die Behörden in Deutschland gute Arbeit bei der Aufklärung von Straftaten gemacht haben, dann war das nicht wegen der Großen Koalition, sondern trotz der Großen Koalition. Das ist ein schlechter Befund anlässlich der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Polizei hat unsere Unterstützung verdient. Sie hat Unterstützung bei der finanziellen Ausstattung verdient. Sie hat aber auch Unterstützung dabei verdient, ihr eine hinreichende Datengrundlage und eine statistische Grundlage zur Seite zu stellen.

Da ist die Polizeiliche Kriminalstatistik ein sinnvoller Anfang. Sie ist aber nicht vollständig. Die Polizeiliche Kriminalstatistik enthält nicht die politisch motivierte Kriminalität. Sie enthält nicht bestimmte Aspekte der organisierten

Kriminalität. Beispielsweise das Thema Menschenhandel kommt in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht vor.

Andere Aspekte fehlen weiterhin. Auch die Opferperspektive und das Dunkelfeld, die Wahrnehmung der Bevölkerung, sind zwei Aspekte, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik überhaupt keine Rolle spielen. Deswegen ist die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik mit Vorsicht zu genießen. Deswegen braucht es eine neue Aufarbeitung auch des Dunkelfeldes.

Gestern hat die Bundesregierung die Polizeiliche Kriminalstatistik mit dem sogenannten Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamtes vorgestellt. Das klang erst mal gut. Aber hat die Sozialdemokratie eigentlich gemerkt, dass es sich dabei um eine reine Beruhigungsspiel handelte, weil die Union den Periodischen Sicherheitsbericht nicht möchte, der im Koalitionsvertrag verankert ist?

Wieso haben Sie denn die Gelegenheit nicht genutzt und mal den Periodischen Sicherheitsbericht vorgestellt, der im Koalitionsvertrag verankert ist? Das hätte längst kommen müssen. Das war

eine reine Beruhigungsspiel. Ich hoffe, die Sozialdemokraten haben es gemerkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns über die finanzielle Ausstattung, über die tatsächliche Ausstattung der Polizeibeamten unterhalten. Wir sollten hier aber auch über die Befugnisse der Polizei sprechen. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Große Koalition sich hier feiert und die Sicherheitssituation über den grünen Klee lobt, aber gleichzeitig in den Ländern dafür sorgt, dass die Polizeigesetze immer weiter verschärft werden.

Wir sprechen über den Staats-trojaner. Wir sprechen über die Vorratsdatenspeicherung. Wir sprechen neuerdings sogar über Uploadfilter für terroristische Inhalte, über Präventivhaft. All das sind Maßnahmen, die von Vertreterinnen und Vertretern der Großen Koalition in den Ländern

protegiert und vorgeschlagen werden. Und dann stehen Sie hier und loben die Sicherheitssituation in Deutschland. Das passt nicht zusammen.

Die Bevölkerung hat es verdient, von diesen Maßnahmen ernsthaft und besonnen überzeugt zu werden, aber nicht überrumpelt zu werden, indem man in Sonntagsreden die Sicherheitslage lobt, um dann, wenn wieder was passiert, mit der nächsten Überwachungsmaßnahme um die Ecke zu kommen. Diese Polizeiliche Kriminalstatistik verbietet geradezu eine weitere Einschränkung der digita-

len Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, einen letzten Aspekt möchte ich ansprechen. Das ist der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität. Die Polizeiliche Kriminalstatistik legt nahe, dass es in bestimmten Bereichen eine Häufung von Tatverdächtigen – und auch tatsächlich von Verurteilungen – gibt, die aus Milieus stammen, in denen Menschen nach Deutschland eingewandert sind.

Und machen wir uns einmal klar, dass das große Problem, das wir heutzutage mit Clankriminalität und mit organisierter Kriminalität in Deutschland haben, unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass wir hier Milieus haben, die über Jahre und Jahrzehnte im Unklaren darüber gelassen worden sind, ob sie in Deutschland ein Bleiberecht haben und ob sie in Deutschland arbeiten können. Ich will da nicht falsch verstanden werden. Die Herkunft ist niemals eine Entschuldigung dafür, eine Straftat zu begehen. Aber wer es bis zur Europawahl nicht hinkriegt, ein Einwanderungsgesetz mit Beschäftigungsduldung auf den Weg zu bringen, der züchtet sich die nächste Generation von Clankriminellen heran.

Deswegen muss die Duldung und muss der Zugang zum Arbeitsmarkt auch bei Geduldeten vor der Europawahl geregelt werden. Sonst hat Ihr Vorgehen gegen Clankriminalität überhaupt keine Grundlage. Auch das gehört zu einer wirksamen Bekämpfung von Kriminalität dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben 2017 über 20.000 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gehabt.

Die Herkunft ist niemals eine Entschuldigung dafür, eine Straftat zu begehen.

Ulla Jelpke, Die Linke:

Das ist unseriöse Politik auf der Grundlage von Angstmache



© Die Linke im Bundestag

Ulla Jelpke (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Zahl der erfassten Straftaten in Deutschland ist auf dem niedrigsten Niveau seit 25 Jahren. Das ist zweifellos eine gute Nachricht. Sie zeigt, dass die ständigen Forderungen von Hardlinern in der Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden weiter aufzurüsten und die Grundrechte weiter zu beschneiden, keine Berechtigung haben.

Dennoch verweist der Innenminister heute, wie auch gestern, wieder auf das gewachsene Bedro-

hungsgefühl in der Bevölkerung, um nach mehr Polizei- und Geheimdienstbefugnissen zu rufen. Herr Minister, ich sage Ihnen: Auf dieser Grundlage der Angst Politik zu machen, ist nicht nur unseriös, sondern auch eine Vorlage, wie wir heute wieder gesehen haben, an die AfD, die das natürlich gerne bedient.

Angstgefühle in der Bevölkerung sind ein direktes Ergebnis der Angstkampagnen, die wir in den letzten Jahren hauptsächlich von der CSU, also von Herrn Seehofer, aber auch von der AfD in diesem Land gespürt haben, indem man ständig Stimmung gegen Flüchtlinge macht.

Der Anteil von Einwanderern unter den Tatverdächtigen sinkt in der Tat. Trotzdem werden einzelne Straftaten, an denen sie beteiligt sind, vor allen Dingen von der AfD, aber auch von manchen blutrünstigen Medien, in einer Art und Weise thematisiert, dass man sich etwas fragen muss. Bei weißen deutschen Tatverdächtigen wird das nicht gemacht. Hier gilt auch die Unschuldsvermutung.

Aber wenn es beispielsweise darum geht, dass im letzten Jahr 2.000 Flüchtlinge angegriffen wurden, fragt man sich doch: Wo bleibt da der Aufschrei?

Dennoch suggeriert die CSU, von der AfD ganz zu schweigen, unverdrossen, Zuwanderung sei ein Sicherheitsproblem, man kann es nicht mehr hören!; deswegen müsse man die Grenzen dichtmachen und Schutzsuchende in Lager sperren. Diese Taktik ist so simpel wie böse: Erst schüren Sie Angst, dann ernten Sie Bedrohungsgefühle, um mit diesen wiederum Ihre Aufrüstung des Sicherheitsapparates zu rechtfertigen.

Besonders gerne verweisen gerade Sie von der AfD dabei auf die sexuellen Übergriffe auf Frauen. Ich sage Ihnen hier ganz deutlich: Sie instrumentalisieren die Frauen; es geht Ihnen gar nicht um die Frauen. Das ist wirklich perfide und zynisch.

Gerade kursiert ein Gesetzentwurf von Herrn Seehofer im Innenministerium, der die Befugnisse der Geheimdienste massiv er-

weitern soll. Privatcomputer und Handys sollen gehackt werden dürfen, in Wohnungen soll eingebrochen werden dürfen, und die Daten von Kindern sollen künftig gespeichert werden, um die Polizei mit entsprechenden Informationen zu versorgen. Damit startet der Innenminister eindeutig einen Großangriff auf die Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern. Das, meine Damen und Herren, sollte uns Angst machen, aber auch unseren Widerstand beflügeln.

Wenn davon die Rede ist, dass entgegen dem Trend die Zahl der Drogendelikte zugenommen hat, dann muss man auch sagen: Es geht dabei meistens um Cannabis. Die Linke sagt schon lange: Kiffen ist kein Fall für Staatsanwälte. Man sollte eine entsprechende Legalisierung vornehmen. Wenn es um harte Drogen geht, dann muss man die Drogenabhängigen wenigstens entkriminalisieren.

Die Zahl der Straftaten gegen Vertreter der Staatsgewalt hat zugenommen; das wurde hier schon genannt. Wer hier aber beispielsweise über Gewalt gegen die Polizei spricht, muss ehrlicherweise auch von Polizeigewalt sprechen. Wo ist denn zum Beispiel der Be-

richt über rechtsextreme Netzwerke in den Sicherheitsbehörden?

Darüber hinaus fehlen Kriminalitätsstatistiken zu bestimmten Bereichen, zum Beispiel zur Steuerhinterziehung von Superreichen.

Unterm Strich will ich ganz klar festhalten: Die größte Gefahr für unsere Sicherheit geht nicht von einem unkontrollierbaren Überwachungsstaat aus, sondern tatsächlich davon, dass hier mehr und mehr Überwachung eingefordert wird.

Im Endeffekt ist die PKS nur eingeschränkt aussagekräftig. Das haben wir hier mehrfach gehört. Über die Hell- und Dunkelfelder müssen wir mehr wissen, wir müssen mehr über Präventionsprogramme wissen, und wir müssen vor allen Dingen über die Ursachen der Kriminalität sprechen. Der Sicherheitsbericht, er ist hier schon angesprochen worden, würde in der Tat mehr Aufschluss darüber geben, wie man präventiv weiterkommen kann, wie der Kollege Kuhle schon gesagt hat.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ulla Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Hans-Jürgen Irmer [CDU/CSU] Rauschender Beifall!)

Dr. Irene Mihalic, Bündnis 90/Die Grünen:

Sicherheits- und Kriminalpolitik ist keine Stimmungsfrage



© Stefan Kaminski

Irene Mihalic (*1976)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Als ich gehört habe, dass Sie zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gesetzt haben und dann auch noch mit dem Titel „Erfolge bei der Bekämpfung der Kriminalität ...“, da habe ich mich schon gefragt, ob Sie sich jetzt ganz ernsthaft selbst für die positive Entwicklung im Bereich der Polizeilichen Kriminalstatistik feiern

wollen – nach dem Motto: Die Kriminalität geht zurück, Horst sei Dank! – Glauben Sie ernsthaft, Herr Seehofer, dass Sie dafür verantwortlich sind?

Wenn es wirklich gut läuft und bei der Polizeilichen Kriminalstatistik ein Rückgang zu verzeichnen ist, dann müssen wir dafür in allererster Linie den Polizistinnen und Polizisten danken, deren Beitrag hier sichtbar wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn ich meine, dass Sie sich das nicht auf Ihre Fahne schreiben können, haben Sie in einem Punkt recht, Herr Seehofer: Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. – Nur Bayern nicht; da gibt es erstaunlicherweise eine Zunahme der Zahl an Straftaten. Da fragt man sich schon: Was ist da eigentlich los?

Neben der PKS haben Sie gestern der Öffentlichkeit auch erste Ergebnisse der neuen Opferbefragung vorgestellt. Wir sehen, dass das Unsicherheitsgefühl in der Be-

völkerung massiv wächst, obwohl die Kriminalitätslage gleichzeitig auf einem historischen Tiefstand ist. Sie haben vorhin ein paar Gründe genannt, woran das Ihrer Vermutung nach liegt. Herr Seehofer, ist Ihnen eigentlich nicht einmal der Gedanke gekommen, dass auch Sie dafür eine gewisse Mitverantwortung tragen? Mit Ihrem Alarmismus, mit Ihrer Wahlkampfretorik haben Sie massiv dazu beigetragen, die Bevölkerung zu verunsichern.

Es funktioniert einfach nicht, damit spreche ich auch Sie an, Herr Kollege, den Menschen 364 Tage im Jahr zu erzählen, dass alles immer schlimmer und schlimmer wird, und sich einmal im Jahr vor die Bundespressekonferenz zu stellen und zu sagen: Deutschland ist sicher. Das geht einfach nicht.

Deshalb kann ich meinen Appell, den ich schon öfter an Sie gerichtet habe, nur noch einmal wiederholen: Hören Sie endlich damit auf, Sicherheits- und Kriminalpolitik nach Stimmungslage zu machen und dabei unsere Bürgerrechte massiv einzuschränken! Damit muss endlich Schluss sein.

Wir brauchen dringend eine Versachlichung der Debatte – ohne übertriebene Euphorie und Aktuelle Stunden, aber dafür mit soliden Analysen da, wo sich die Dinge negativ entwickeln. Das fängt damit an, dass wir uns erst einmal einen realistischen Überblick über die Kriminalitäts- und Sicherheitslage in Deutschland verschaffen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik sagt dazu nur sehr wenig aus.

Das sagen Ihnen auch Kriminologen, das BKA, die Polizeigewerkschaften. Alle Experten in diesem Bereich sagen Ihnen das alle Jahre wieder. Deswegen fordern ja auch viele Experten Periodische Sicherheitsberichte, die kontinuierlich vorgelegt werden, damit wir endlich einmal ein realistisches Bild von der Sicherheits- und Kriminalitätslage bekommen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal dafür werben, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Anhörung im Innenausschuss dazu haben wir ja schon hinter uns. Sie ist wirklich sehr gut gelaufen. Alle anwesenden Experten, außer dem der AfD, waren sich völlig einig: Der Periodische Sicherheitsbericht muss kommen, und zwar regelmäßig und auf verbindlicher Grundlage, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn oder gerade weil ein solcher Bericht nicht beliebig interpretierbar ist und sich deshalb nicht so sehr zur Selbstdarstellung eignet, sollten Sie sich dem nicht länger verschließen.

Apropos Selbstdarstellung: Eine Sache ist mir noch aufgefallen. Eigentlich legen Sie die PKS immer gemeinsam mit der Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität vor; nur in diesem Jahr nicht. Warum eigentlich nicht? Frau Högl hat eben deutliche Zuwächse im Bereich des Rechtsextremismus angesprochen. Aber wo ist eigentlich die Statistik dazu? Die würde ich gerne einmal sehen.

Hatten Sie Angst, dass uns die Straftaten von Nazis und Islamisten die gute Stimmung bei der ach so guten PKS verhaseln? Nein, meine Damen und Herren, wir sind nicht dazu da, nur die schöne

Wer hier über Gewalt gegen die Polizei spricht, muss auch von Polizeigewalt sprechen.

Viele Experten fordern Periodische Sicherheitsberichte, die kontinuierlich vorgelegt werden.

Hälfte der Bilanz hier im Hause abzufeiern, sondern wir sind dazu da, an den realen Problemen zu arbeiten. Und dazu gehören alle Zahlen, Daten und Fakten auf den Tisch.

Herr Seehofer, hören Sie damit auf, sich selbst zu inszenieren und

die Bilanzen so zu präsentieren, wie es Ihnen gerade in den Kram passt! Beginnen Sie endlich mit der Arbeit an der Sache! Das Bundeskriminalamt sagt, dass weniger als 10 Prozent aller Straftaten im Bereich Cybercrime angezeigt werden, weil viele Opfer der Polizei

überhaupt nicht zutrauen, in dieser Sache überhaupt etwas ausgerichtet zu können. Da müssen Sie als zuständiger Innenminister doch sofort anfangen, zu rotieren, und für mehr Spezialisten in diesem Bereich sorgen.

Legen Sie doch mal was vor zur

Islamismusprävention, zur Bekämpfung rechtsextremer Netzwerke, zur organisierten Kriminalität und vor allen Dingen auch zur dringenden Reform der Sicherheitsarchitektur. Es gibt sehr viel zu tun in Ihrem Bereich. Zeigen Sie uns endlich, dass wir einen In-

nenminister im Bund haben, der nicht nur nach dem eigenen Empfinden arbeitet!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Mathias Middelberg, CDU/CSU:

Wir machen bei Extremismus keine Differenzierung



Mathias Middelberg (*1964)
Wahlkreis Stadt Osnabrück

als Ministerpräsident in Bayern eine erstklassige Entwicklung mit ständig zurückgehender Kriminalität zu verantworten und hat auch den Rückgang hier mitzuverantworten.

Wenn wir schon beim Thema sind, wie wir das politisch auseinanderdividieren, dann stellen wir fest, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt. Frau Mihalic, wenn Sie sich mal ansehen, wie die Zahlen in Bayern und wie die Zahlen in anderen Bundesländern sind, dann stellen Sie fest, dass sie ziemlich erschreckend sind.

In Bayern haben Sie die niedrigste Zahl von Straftaten pro 100.000 Einwohner. Bayern ist das mit Abstand sicherste Land in Deutschland. Also, da kann ich doch nur sagen: Bayern, seit Jahrzehnten in CSU-Verantwortung, muss doch in diesem Bereich Muster für uns alle sein.

Dann haben Sie das bayerische Polizeiaufgabengesetz kritisiert. Also ich würde sagen: Wenn man einfach mal Erfahrungswerte gelten lässt, müsste das eigentlich das Musterpolizeigesetz für Deutschland werden.

Ich sage Ihnen noch mal, damit wir es genau wissen: München hat 5.800 Straftaten pro 100.000 Einwohner, Berlin über 14.000, Hannover über 14.000, Hamburg über 11.000. Das spricht nun alles nicht dafür, dass in Bayern irgendwie Hardliner am Werk sind, sondern das spricht dafür, dass da Leute am Werk sind, die den Rechtsstaat wahren und den Rechtsstaat sehr genau nehmen, und das ist richtig so.

Es ist auch so, dass gerade diese Regierung beim Thema Wohnungseinbruch vorangekommen ist; das ist von den Kollegen deutlich gemacht worden. Hier hat sich bezahlt gemacht, dass wir mehr Personal einsetzen, dass wir schon in der letzten Wahlperiode härtere Strafdrohungen festgesetzt, zusätzliche Ermittlungsbefugnisse ermöglicht und das besondere Programm für den Einbruchschutz aufgelegt haben. Alle diese Maßnahmen waren richtig, und

sie führen jetzt zu Ergebnissen. Damit darf man auch zufrieden sein.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen sagen: Diese Statistik ist natürlich nicht der Punkt, um zu sagen: „Wir ruhen uns aus“ und: „Wir freuen uns nur über die Ergebnisse“, sondern sie ist auch Ansporn, in bestimmten Bereichen noch schärfer hinzusehen und besser zu werden.

Ich nenne auch das Thema Messerkriminalität in diesem Zusammenhang. Ich glaube, dass wir das sehr genau und sehr aufmerksam

beobachten müssen, und zwar ganz unabhängig von der Nationalität oder der Herkunft der beteiligten Täter. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir die Strafdrohung in diesem Bereich anheben wollen, und wir müssen auch den Vorschlag zu schärferen Bedingungen bei Waffenverbotszonen, der jetzt aus Niedersachsen eingebracht wurde, sorgfältig prüfen.

Ich sage Ihnen abschließend, weil auch die Politisch motivierte Kriminalität hier angesprochen worden ist: Die Entwicklungen auf der rechten Seite sind besorgniserregend. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie sich die Zahlen angucken, wer als Linksextremist,

wer als Rechtsextremist und wer auf islamistischer Seite oder sonst wo unterwegs ist, dann werden Sie feststellen: Das sind alles ziemlich

bedrückende Zahlen, die sich in ihrer Höhe nicht deutlich unterscheiden, selbst wenn Sie dann die gewaltbereiten Täter nehmen. Hier gibt es keine großen Differenzierungen. Wir jedenfalls machen beim

Thema Extremismus keine Differenzierung. All das ist eine Bedrohung für den Rechtsstaat, und dem setzen wir uns mit voller Energie und ohne jede Einschränkung entgegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In Bayern haben Sie die niedrigste Zahl von Straftaten pro 100.000 Einwohner.

Martin Hess, AfD:

Mehr Sicherheit durch effektiven Grenzschutz



Martin Hess (*1971)
Landesliste Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Minister, alle Jahre wieder, könnte man sagen, das gleiche Schauspiel: Sie stellen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik vor und überschlagen sich dabei mit Superlativen. 2018 hatten wir, so behaupten Sie, sogar das sicherste Deutschland seit Jahrzehnten. Ihre Absicht ist dabei klar: Sie sprechen den Bürgern das eigene Urteilsvermögen ab und diffamieren all jene als Angsthasen oder Panikmacher, die aufgrund persönlicher Erfahrungswerte wissen, dass Sie, Herr Minister, unrecht haben.

Die Wahrheit ist: Deutschland wird immer unsicherer, und das subjektive Unsicherheitsgefühl unserer Bürger stimmt sehr wohl mit der objektiven Faktenlage der Statistik überein. Ich werde das so lange wiederholen, bis Sie, Herr Minister, endlich zur Kenntnis nehmen, dass die PKS nicht die tatsächliche Sicherheitslage in unserem Land abbildet. Früher hatten wir keine Betonpoller und keine schwerbewaffneten Polizisten

in unseren Innenstädten, und Frauenschutzzonen bei öffentlichen Veranstaltungen gab es auch nicht. Allein das zeigt doch jedem jeden Tag ganz offensichtlich, dass wir unsicherer leben als früher. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis, und beleidigen Sie nicht fortwährend die Intelligenz unserer Bürger!

Herr Minister, Sie sagten bei der Vorstellung der PKS, Sie wollten nicht über Gewalt durch Zuwanderer, also Flüchtlinge und Asylbewerber, sprechen, sonst würde

man Ihnen eine politische Instrumentalisierung der Zahlen vorwerfen. Und ich sage Ihnen ganz klar: Wir werden nicht zulassen, dass Sie Ihr eigenes Politikversagen mit solchen Tabuisierungen kaschieren. Wer Probleme lösen will, der muss Fakten klar benennen, und Fakt ist: Deutschland ist unsicherer geworden, und die Grenzöffnung von 2015 ist die Hauptursache dafür.

Über 1 Million Straftaten durch Zuwanderer, darunter 250.000 Rohheitsdelikte, 16.000 Sexualdelikte und 1.500 Tötungsdelikte wären niemals begangen worden, wenn Sie unsere Grenzen effektiv geschützt hätten.

Wenn wir das Verhältnis von Opfern und Tätern vergleichen, müssen wir feststellen: Letztes Jahr fielen 102 Deutsche einem vollendeten Tötungsdelikt durch Zuwanderer zum Opfer; aber nur ein einziger

Letztes Jahr fielen 102 Deutsche einem Tötungsdelikt durch Zuwanderer zum Opfer.

Fortsetzung auf nächster Seite

Zuwanderer wurde durch einen Deutschen getötet. Insgesamt wurden 2018 über 46.000 Deutsche zum Opfer einer Straftat durch Zuwanderer; das bedeutet einen Anstieg um 19 Prozent. Fakt ist: Deutsche werden immer häufiger Opfer schwerer Straftaten von Zuwanderern. Diese Entwicklung muss gestoppt werden und ist inakzeptabel.

Schauen wir nach Bayern, Herr Minister, wo Ihre CSU regiert: Letztes Jahr waren 20,8 Prozent der Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität Zuwanderer. Vor zehn Jahren waren es noch weniger als 2 Prozent. Das zeigt eindeutig: Sie versagen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik nicht erst seit 2015. Das können Sie nicht wegdiskutieren; das ist eine Tatsache.

Stichwort „Messerangriffe“. Selbst Täteranwälte geben zu: In den Herkunftsländern vieler Zuwanderer werden Konflikte mit dem Messer ausgetragen. Und ge-

nau dieser kulturelle Hintergrund wird durch die Kriminalstatistik bestätigt. In Baden-Württemberg stellen Zuwanderer 2018 über 30 Prozent der Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität mit dem Tatmittel Messer. Sehen Sie, Herr Minister, endlich ein: Wer Messerkriminalität stoppen will, muss die Massenmigration stoppen.

Neuerdings bilden Zuwanderer in Berlin sogar Straßenbanden. Dabei hat unser Rechtsstaat nicht einmal wirksame Konzepte gegen die eingesessenen kriminellen Familienclans, die unsere Bürger tyrannisieren und das staatliche Gewaltmonopol ablehnen. Durch Zuwanderung wird dieses Problem massiv verschärft. Das BKA warnt vor einer Zunahme der Clanstrukturen und der BND gar vor der nigerianischen

Mafia. Herr Minister, wer kriminelle Familienclanstrukturen bekämpfen will, der darf ihnen nicht massenhaft Nachschub ins Land holen.

Immer mehr Bürger melden sich bei mir, weil sie sich um die Sicherheit ihrer Familien sorgen. Insbesondere Frauen kommen auf mich zu, weil sie Angst vor sexuellen Übergriffen haben; Sie teilen mir mit, dass sie zum Beispiel abends nicht mehr joggen gehen. Und diese Ängste bestätigt ja auch ihr neuer Viktimisierungssurvey: Mehr als die Hälfte der Frauen vermeiden bestimmte Orte, um nicht Opfer einer Straftat zu werden. Ich erinnere an die Kölner Silvesternacht 2015: 661 Opfer von Sexualstraftaten, 43 Verfahren und 3 Verurteilungen. Nur 3 Verurteilungen! Diese Bilanz, Herr

Wer Massenkriminalität stoppen will, muss die Massenmigration stoppen.

Susanne Mittag, SPD:

Verschlechtern geht schnell, Verbessern dauert sehr lange



Susanne Mittag (*1958)
Landesliste Niedersachsen

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist positiv, die Tendenz ist positiv: Wir haben mehr Sicherheit in Deutschland. Dank auch an alle Umsetzenden; das ist nämlich die Polizei. Das ist alles gesagt worden, und dem kann ich mich nur anschließen.

Es ist aber auch nachvollziehbar: Nach Alarmismus, hatten wir gerade mal wieder, Dramatisierung und teilweise leider auch steigenden PKS-Zahlen in den letzten Jahren führen endlich sinkende Zahlen in diesem Jahr natürlich nicht automatisch zu einem größeren Sicherheitsgefühl. Tatsächliche Zahlen und Gefühl im Bereich des persönlichen Sicherheitsempfindens haben so gut wie nichts miteinander zu tun.

Ich komme aus einer Stadt, die vor über einem Vierteljahrhundert

ziemlich negative PKS-Zahlen hatte. Seither ist die Zahl der Straftaten massiv gesunken. Eine wirklich sehr gute Prävention findet seit Jahrzehnten statt. Trotzdem haben wir dort vor Ort immer noch ein schlechtes Image, ich nenne den Ort gar nicht; sonst geht es gleich weiter, und vermutlich brauchen wir noch 50 Jahre, um von diesem Image herunterzukommen. Verschlechtern geht schnell, Verbessern dauert sehr, sehr lange.

Auch jetzt, bei den verbesserten Zahlen, sind Gründe für Furcht und Verunsicherung im eigenen Umfeld nachvollziehbar; denn zu den Erlebnissen gehören auch niederschwellige Taten, die vielleicht nicht immer erwähnt werden, wie Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, Stalking, häusliche Gewalt. Oft sind Frauen davon betroffen; das wird ganz gerne übersehen. Auch wenn es Antragsdelikte sind: Sie werden verfolgt, und sie wirken bei den Betroffenen sehr lang nach.

Allein der Punkt Sachbeschädigung: 560.000 Fälle, und es gibt ein großes Dunkelfeld. „Ach, es hat ja gar keinen Zweck, das anzuzeigen“, so die Antwort. Da ist, immer latent, ein fehlendes Gefühl für die Aufklärung vorhanden; denn nur angezeigte Taten führen dazu, dass überhaupt aufgeklärt wird. Auch das ist ein Beitrag zum fehlenden Sicherheitsge-

fühl. Aber auch Wohnungseinbruch, entwendete Fahrzeuge – immerhin 30.000, gerne hochwertig – oder auch die 100.000 Fälle Taschendiebstahl, die angezeigt wurden – all das führt zu einer direkten Betroffenheit der Person mit jahrelangen persönlichen Auswirkungen: Die Person denkt immer daran, hat noch jahrelang später das Gefühl, dass bei der Sicherheit etwas schiefgelaufen ist. All das bringt Verunsicherung, und all das ist völlig nachvollziehbar.

Die letztgenannten Delikte gehören oft zur organisierten Kriminalität, und deren Täterstrukturen beziehen sich nicht nur auf Deutschland; das können wir also nicht allein in Deutschland regeln. Es wäre zur Betrachtung der Kriminalitätslage hilfreich gewesen, jetzt schon die Statistik zur organisierten Kriminalität zu haben. Viele der hier aufgelisteten Taten gehören nämlich zur OK und sind im Bereich der Ermittlungen dann ganz anders zu betrachten: strukturierter, grenzübergreifender, unter Berücksichtigung weiterer Folgetaten wie zum Beispiel Geldwäsche mit Immobilien- oder Firmeninvestitionen. Es ist daher wichtig, die Koordinierungsstelle OK beim BKA noch weiter auszubauen – das ist schon in gewisser Weise passiert; aber es muss noch mehr passieren – und nicht nur die Kriminalitätsbe-



Die Grenzöffnung, wie hier 2015 an der deutsch-österreichischen Grenze, habe Deutschland unsicherer gemacht, kritisierte Martin Hess (AfD).

© picture-alliance/dpa/Armin Weigel

Minister, ist eines Rechtsstaates unwürdig.

Und was machen Sie? Sie fragen sich: Wie kann ich den Bürgern ihre Ängste ausreden? – Und ich sage Ihnen: Sorgen Sie endlich für mehr Sicherheit! Dann verschwinden diese Ängste von ganz alleine.

Unser Rechtsstaat – auch das ist Fakt – erodiert immer mehr; aber

die AfD wird sich dem entschlossen entgegenstellen und Sie immer wieder mit dieser Realität konfrontieren. Deutschland kann erst wieder sicher werden, wenn die illegale Massenmigration gestoppt wird. Und die AfD ist dazu jederzeit bereit.

(Beifall bei der AfD)

kämpfung in Deutschland zu betrachten, sondern auch über die Grenzen hinaus. Es ist daher auch wichtig, mit unserem Haushalt Europol weiter zu stärken, und zwar personell und auch finanziell.

Spätestens die Statistik der Verbreitung pornografischer Schriften mit Kindern und Jugendlichen als Opfern, hier gibt es einen zweistelligen Zuwachs! zeigt, dass bessere Ermittlung und Sicherstellung von Daten, deren Menge sich inzwischen im Terabyte-Bereich bewegt, zu mehr Aufklärung von Taten führen. Das Hellfeld wird verbessert – ja –, lässt aber auch ahnen, wie groß, auch prozentual, das Dunkelfeld ist.

Und noch wichtiger: Es sind deutsche, europäische und internationale Straftaten. Das bedingt eine deutsche, europäische und internationale Zusammenarbeit. Wir haben hier ein Hellfeld; in der Polizeilichen Kriminalstatistik ist ja nur das aufgeführt, was wir wissen. Das Dunkelfeld ist eher vage. Hilfreich sind hier schon, auch wenn das kritisch angemerkt worden ist, die Viktimisierungsumfragen des BKA von 2012 und 2017.

Es stellen sich außerdem die Fragen: Wohin entwickelt sich eigentlich unsere Kriminalität in den nächsten Jahren? Wie können wir alle damit befassten Ermittlungsbehörden darauf vorbereiten? Und wie kann Prävention in der Zukunft aussehen? Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Teilansicht der Sicherheit in Deutschland, und ich denke, wir

sind auf einem guten Weg. Für die Sicherheit in der Zukunft brauchen wir aber noch eine ganze Menge mehr. Der Periodische Sicherheitsbericht, über den wir in dieser Legislaturperiode gesprochen und verhandelt haben, das ist schon erwähnt worden; wir sind da aber noch nicht fertig, ist ein ganz wichtiger Baustein. Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist immer der Schulterblick nach hinten, zurück in die Vergangenheit.

Dann wissen wir, woran wir sind. Aber wichtig ist, dass wir Methoden entwickeln, mit denen wir Trends für die Zukunft erkennen können, um noch besser vor die Lage zu kommen, um frühzeitig zu reagieren: bei der

Ausstattung, personell, haushalterisch, bei länderübergreifender Zusammenarbeit. Das wird die Herausforderung für den nächsten Periodischen Sicherheitsbericht sein.

Die PKS ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil. In diesem Jahr fällt sie ganz positiv aus. Trotzdem reicht uns das nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch wichtig, mit unserem Haushalt Europol weiter zu stärken.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Philipp Amthor (CDU/CSU), Uli Grötsch (SPD), Christoph de Vries (CDU/CSU) und Axel Müller (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

70 Jahre NATO

Wie geht es weiter?



Letzte Woche hatte die NATO ihren 70. Geburtstag.

Im folgenden Text steht zum Beispiel:

- Was ist die NATO?
- Was macht sie?
- Welche Schwierigkeiten hat sie im Moment?



Die wichtigste Regel dabei lautet:

Wenn ein NATO-Land von einem anderen Land mit Waffen angegriffen wird, dann haben alle anderen NATO-Länder die Pflicht, gemeinsam etwas gegen den Angriff zu machen.

Die NATO-Länder arbeiten aber auch zusammen, damit es gar nicht erst zu einem Angriff kommt.

Was ist die NATO?



Die NATO ist eine Gruppe von Ländern.

Und zwar von Ländern in Europa und Nord-Amerika.

Im Moment hat die NATO 29 Mitglieder.

Dazu gehören zum Beispiel: Deutschland, die USA und Frankreich.

Die Länder haben sich zusammengetan. Denn sie wollen gemeinsame Ziele erreichen.

Das wichtigste Ziel ist: Die NATO will die Sicherheit ihrer Mitglieder beschützen.



NATO ist eine Abkürzung.

Die steht für: North Atlantic Treaty Organization.

Das spricht man ungefähr so: Nors Ettlentick Drietie Orgeneisäischenn.

Auf Deutsch bedeutet das ungefähr: Organisation des Nord-Atlantik-Vertrags.

Gründung der NATO



Von 1939 bis 1945 gab es den Zweiten Welt-Krieg.

Das war ein großer Krieg.

Viele Länder auf der Welt haben gegeneinander gekämpft.

Auf der einen Seite zum Beispiel:

- Deutschland
- Italien
- Japan

Auf der anderen Seite zum Beispiel:

- Frankreich
- Groß-Britannien
- die USA
- die Sowjet-Union

Die Sowjet-Union gibt es heute nicht mehr. Sie hat sich in mehrere Länder aufgeteilt. Das größte dieser Länder ist Russland.

Die USA, die Sowjet-Union und viele Länder in West-Europa kämpften im Zweiten Welt-Krieg also auf der gleichen Seite.

Das änderte sich aber nach dem Krieg.

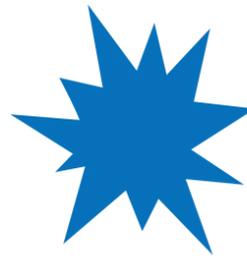
Es bildeten sich 2 neue Gruppen auf der Welt.

In der einen waren die USA das wichtigste Land.

Zu dieser Gruppe gehörten auch die meisten Länder in West-Europa.

In der anderen war die Sowjet-Union das wichtigste Land. Zu dieser Gruppe gehörten auch die meisten Länder in Ost-Europa.

Die beiden Gruppen waren sich nicht einig, nach welchen Regeln die Menschen auf der Welt leben sollten. Und welche Rechte sie haben sollten.



Aus diesen Fragen entstand ein Streit zwischen beiden Gruppen.

Er dauerte viele Jahre.

Diesen Streit nennt man den Kalten Krieg.

Das Wort „Krieg“ zeigt, dass der Streit sehr heftig war.

Die Länder in West-Europa machten sich Sorgen, dass die Sowjet-Union sie angreifen könnte.

Deswegen schlossen sie einen Vertrag mit den USA.

Sie beschlossen, zusammenzuhalten und sich gegenseitig zu verteidigen.

So gründeten sie die NATO.

Das war am 4. April 1949.

Und zwar in Washington D.C. Das ist die Haupt-Stadt der USA.



Die NATO hatte 12 Gründungs-Länder.

Die Bundes-Republik Deutschland war noch nicht dabei.

Sie wurde im Jahr 1955 Mitglied der NATO.

Die NATO wurde also immer größer.

Das fand die Sowjet-Union gefährlich.

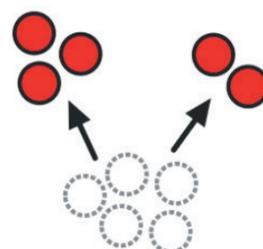
Deswegen schloss sie sich mit anderen Ländern zusammen.

Mit diesen Ländern gründete sie den Warschauer Pakt.

Der Warschauer Pakt war also so etwas wie die NATO. Nur eben für Länder in Ost-Europa.

Viele Jahre lang bestimmte der Streit von NATO und Warschauer Pakt die Welt.

Im Jahr 1991 teilte sich die Sowjet-Union dann in mehrere Länder auf.





Damals endete auch der Warschauer Pakt.

Die NATO gab es aber weiterhin.

Einige Länder des Warschauer Pakts gehören heute sogar zur NATO.

Die NATO heute



Auch nach dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO die gleiche Aufgabe: Sie soll ihre Mitglieds-Länder schützen.

Die Gefahren sind heute aber andere.

Folgende Themen beschäftigen die NATO zum Beispiel:

Streit mit Russland



Vor allem die NATO-Länder in Ost-Europa machen sich Sorgen wegen Russland.

Denn: Zwischen der NATO und Russland gibt es Streit.

Dabei geht es um eine Halb-Insel mit dem Namen: die Krim.

Die gehört eigentlich zum Land Ukraine.

Russland ist aber der Meinung: Die Krim gehört zu Russland.

Russland hat sogar Soldaten auf die Krim geschickt.

Die NATO ist aber der Meinung: Die Krim gehört weiter zur Ukraine.

Dieser Streit dauert nun schon 5 Jahre.

Das macht vor allem NATO-Ländern in Ost-Europa Sorgen.

Sie fragen sich: Könnte Russland auch Gebiete von ihnen haben wollen?

Der Umgang mit Russland ist also gerade ein wichtiges Thema.



Streit mit der Türkei

Streit gibt es auch immer wieder mit der Türkei.

Sie ist Mitglied in der NATO.

Sie ist das östlichste Land der NATO.

Darum ist sie wichtig, um die NATO an ihren Grenzen im Osten zu schützen.

Aber: Die Türkei macht immer wieder Dinge, mit denen die anderen NATO-Länder nicht einverstanden sind.

Letzte Woche hat sie zum Beispiel Waffen von Russland gekauft. Dabei hat Russland ja eigentlich Streit mit der NATO.

Viele NATO-Länder überlegen deswegen: Kann man sich noch auf die Türkei verlassen?

Und: Wie könnte man die Sicherheit im Osten der NATO ohne die Türkei sichern?

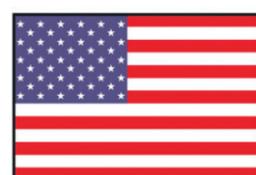
Streit ums Geld

Jedes Land in der NATO gibt Geld für die Verteidigung aus.

Zur Verteidigung gehören zum Beispiel die Ausgaben für Soldaten und für Waffen.

Manche Länder in der NATO geben allerdings mehr Geld aus. Andere weniger.

Darum sind sich die Länder nicht einig, wie gerecht das ist.



Die USA sind das mächtigste Land in der NATO.

Sie geben auch das meiste Geld für Verteidigung aus.

Seit 2 Jahren ist Donald Trump der Präsident der USA.

Er hat immer wieder gesagt: Er findet, dass die USA zu viel zahlen. Und dass er die NATO sogar überflüssig findet.



Das macht den anderen Ländern Sorgen.

Sie fragen sich:
Halten die USA noch zur NATO?

Denn: Ohne die USA kann die NATO nicht funktionieren.



Wie viel soll Deutschland zahlen?

Die Frage lautet also: Wie viel soll jedes Land zahlen?

Dafür gibt es eine Abmachung.

Die funktioniert so:

Für jedes Land gibt es einen Wert. Der zeigt an, wie reich das Land ist. Man nennt in BIP.

Die NATO-Länder haben ausgemacht:

Jedes Land soll 2 Prozent seines BIP für die Verteidigung ausgeben.

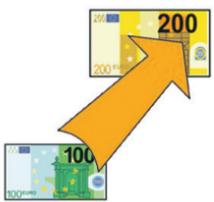
Bis zum Jahr 2024 sollen sie das schaffen.

Für Deutschland würde das bedeuten:

Jedes Jahr müsste Deutschland ungefähr 80 Milliarden Euro für die Verteidigung ausgeben.

Im Moment sind es etwas mehr als 40 Milliarden Euro.

Deutschland müsste also deutlich mehr Geld für die Verteidigung ausgeben.



In Deutschland gibt es Gespräche darüber, wie viel Geld man ausgeben will.

Klar ist:

Die Bundes-Wehr hat seit Jahren zu wenig Geld.

Ihre Ausrüstung ist zu alt.

Oft funktioniert sie nicht richtig.



Die einen sagen:

Deutschland muss deutlich mehr Geld für die Verteidigung ausgeben. Nur so kann sie richtig in der NATO mitarbeiten.

Andere sagen:

Geld allein sorgt nicht für Sicherheit. Man muss ganz neue Lösungen finden.

Es gibt jetzt den Plan, dass Deutschland bis zum Jahr 2024 1,5 Prozent vom BIP ausgibt.

Vielen ist das aber nicht genug.

Die Gespräche darüber werden also weitergehen.

70 Jahre NATO

Die NATO gibt es nun seit 70 Jahren.

Jetzt muss sie überlegen, wie sie in Zukunft arbeiten will.

Und gerade Deutschland muss überlegen:

Welche Rolle

will es in der NATO spielen?

Und wie viel Geld

will es dafür ausgeben?



Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance / dpa, Fotograf: Oliver Hoslet. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 15/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 15. April 2019.